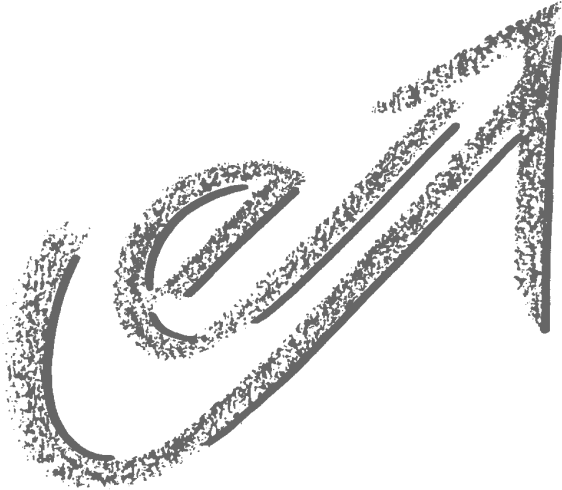


# Forum Umwelt & Entwicklung



## JOHANNESBURG IM NORD-SÜD-SPANNUNGSFELD

DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE AGENDA VOR DEM WELTGIPFEL

### AUS DEM INHALT

- ❑ Der (Minimal-) Konsens von Monterrey –  
*Jens Martens, Peter Eisenblätter*
- ❑ Bewegungen in Bewegung –  
*Renate Schüssler*
- ❑ Weltversammlung der BürgerInnen arbeitete  
an „Charta der Verantwortung“ – *Knut Unger*
- ❑ Wenn man ein Kaninchen und einen  
Tiger zusammen in einen Käfig sperrt... –  
*Johannes Brandstätter*
- ❑ Die internationale „Nutrition Community“ trifft  
sich in Berlin! –  
*Hans Schöneberger, Thoralf Schulze*
- ❑ Erster Nachfolgegipfel zum Welternährungs-  
gipfel – *Michael Windfuhr*
- ❑ Die Arbeit zum Thema „Entschuldung“ geht  
weiter – *Jürgen Kaiser*
- ❑ ATTAC und die Tobin Tax – *Peter Waldow*



# JOHANNESBURG IM NORD-SÜD- SPANNUNGSFELD DIE ENTWICKLUNGS- POLITISCHE AGENDA VOR DEM WELTGIPFEL

## Impressum:

Herausgeber:  
Projektstelle Umwelt & Entwicklung  
Am Michaelshof 8-10  
53177 Bonn  
Telefon: 0228-35 97 04  
Fax: 0228-923 993 56  
E-mail: info@forumue.de  
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier  
Redaktion: Monika Brinkmüller  
Serviceteil: Bettina Oehmen

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Juni 2002.

# INHALT

Editorial - *Jürgen Maier* 2

## Schwerpunktthema: Landwirtschaft & Ernährung

- Der (Minimal-) Konsens von Monterrey –  
*Jens Martens, Peter Eisenblätter* 3
- Appell an die Regierungen 5
- Bewegungen in Bewegung – *Renate Schüssler* 6
- Weltversammlung der BürgerInnen arbeitete  
an „Charta der Verantwortung“ – *Knut Unger* 8
- Wenn man ein Kaninchen und einen  
Tiger zusammen in einen Käfig sperrt... – *Johannes Brandstätter* 9
- Die internationale „Nutrition Community“ trifft sich in Berlin! –  
*Hans Schöneberger, Thoralf Schulze* 11
- Erster Nachfolgegipfel zum Welternährungsgipfel –  
*Michael Windfuhr* 12
- Die Arbeit zum Thema „Entschuldung“ geht weiter –  
*Jürgen Kaiser* 13
- ATTAC und die Tobin Tax – *Peter Waldow* 15

## Brennpunkt

- Kann PPP den armen Ländern helfen? –  
*Alexander Reyes-Knoche/ Uwe Hoering* 16

## Aktuell

- Neue Chefin im Klimasekretariat – *Monika Brinkmüller* 20

## Rio +10

- Nationale Nachhaltigkeitsstrategie:  
Weder nachhaltig noch Strategie – *Jürgen Maier* 21
- Richtige Themen, falsche Antworten – *Daniel Mittler* 23

## Aus den Arbeitsgruppen

- Frischer Wind in der AG Landwirtschaft & Ernährung –  
*Gudrun Soergel* 25
- Umweltszene auf einem Auge blind? – *Nina Katz* 26

## Weitere Berichte:

- Keine Trendwende in Sicht? – *Martina Backes* 27
- Bewohnerbewegungen setzen wenig Hoffnung in Rio+10 –  
*Knut Unger* 28
- Veranstaltungen / Publikationen 31



## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

Der erste Rundbrief des Jahres 2002 hat Entwicklungspolitik zum Schwerpunkt. Die UN-Konferenz „Financing for Development“ (FFD) Mitte März im mexikanischen Monterrey steht bevor und eröffnet die Serie der UN-Gipfelkonferenzen in diesem Jahr, gefolgt vom Welternährungsgipfel in Rom im Juni und dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im August/September. Alle drei werden im Zeichen einer verstärkten Nord-Süd-Kontroverse stehen. Armutsbekämpfung soll zwar im Zentrum des Johannesburg-Gipfels stehen, die Frage ist allerdings, was das konkret heissen soll. So wie es aussieht, werden die meisten Industriestaaten im wörtlichen Sinne mit leeren Händen nach Monterrey und Johannesburg fahren. Weder ist mit neuen, substantiellen Schuldenerlassen zu rechnen, noch mit einer Umkehrung des Trends der weiterhin sinkenden Entwicklungshilfemittel.

Parallel dazu läuft eine neue Welthandelsrunde, bei der die Entwicklungsländer auf den erhofften erweiterten Marktzugang in den für sie relevanten Bereichen Agrar und Textil wohl auch noch ziemlich lange warten müssen. In kaum einem Bereich zeigen sich auch die Staaten der Europäischen Union derart renitent gegen Zugeständnisse wie im Landwirtschaftssektor. Im vorliegenden Heft finden Sie Berichte über diese laufenden Prozesse.

Es kann kaum verwundern, dass bei vielen Entwicklungsländern inzwischen der Eindruck vorherrscht, sie seien bei Globalisierung wie auch dem Rio-Prozess auf der Verliererseite zu finden. Gleichzeitig instrumentalisieren eine Reihe Entwicklungsländer aus der OPEC dies sehr erfolgreich für ihre Partikularin-

teressen, wie man bei der 2. Vorbereitungskonferenz (Prepcom) für Johannesburg Anfang Februar wieder sehen konnte. Das vorgeschlagene Schwerpunktthema Energie - schon in Rio weitgehend ausgeklammert - wurde von den OPEC-Ländern erfolgreich zu einem „in allen Fragestellungen zu integrierenden“ Thema reduziert. Unheilige Allianzen zwischen bestimmten Ländern im Norden und im Süden sind das Resultat dieses Versagens auch der EU-Staaten.

Auch im bisher vorliegenden Entwurf einer Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist eine Änderung dieser kurzsichtigen Politik nicht erkennbar, bei allen rhetorischen Bekenntnissen zur Armutsbekämpfung und zum 0.7%-Ziel. Für die deutschen Nichtregierungsorganisationen ist dies daher ein Anlass, im Rahmen der anlaufenden Kampagne „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten“ zum Johannesburg-Gipfel Druck auszuüben, um hier endlich zu Fortschritten zu kommen.

Besonders hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Internetseite der Kampagne [www.rio-10.de](http://www.rio-10.de), die laufend über Veranstaltungen, Publikationen und Projekte im Rahmen dieser gemeinsamen Kampagne informiert. Alle NGOs sind eingeladen, ihre Aktivitäten zum Johannesburg-Gipfel mit in die Kampagne einzubringen, damit der Druck auf die Regierungschefs deutlich wird, in Johannesburg konkrete politische Fortschritte in Richtung Nachhaltige Entwicklung zu vereinbaren. Die Kampagnenseite ist Teil der vollständig „renovierten“ Internetpräsenz ([www.forumue.de](http://www.forumue.de)) des Forums Umwelt & Entwicklung, die seit Anfang Februar online ist.

Schauen Sie mal rein !

Jürgen Maier



## Der (Minimal-) Konsens von Monterrey

*Ein Kurzbericht über die letzte Vorbereitungstagung (PrepCom 4) zur UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (New York, 14.-27.1.2002)*

**In einem ungeahnten Gewaltakt haben die Regierungen bei der letzten Vorbereitungstagung zur UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development – FfD) Ende Januar in New York ein Kompromisspapier ausgehandelt, das bei der eigentlichen Konferenz vom 18. bis 22. März in Mexiko als „Monterrey Consensus“ verabschiedet werden soll. Der Text sollte eine „globale Antwort“ auf die entwicklungspolitischen Herausforderungen der Globalisierung geben und gewissermaßen den Washington Consensus ablösen, der über mehr als eine Dekade die neoliberale Politik von IWF und Weltbank bestimmt hat. Herausgekommen ist jedoch nicht mehr als ein Minimalkonsens, der in weiten Teilen die politischen Positionen der Bush-Administration reflektiert.**

**G**rößer könnte der Kontrast nicht sein: Während Regierungsbeamte aus aller Welt vom 14. bis 27. Januar 2002 in den unterirdischen Konferenzräumen der UNO darüber feilschten, aus welchen Töpfen und zu welchen Bedingungen Entwicklung künftig finanziert werden sollte, um am Ende mit nicht viel mehr als der erneuten unverbindlichen Bestätigung des 0,7-Prozent-Zieles für die öffentliche Entwicklungshilfe zu enden, machte das reichste Ehepaar der Welt Nägel mit Köpfen: Bill und Melinda Gates kündigten in einer Titelstory der New Yorker Zeitschrift Newsweek am 4. Februar 2002 an, künftig mit einem Stiftungsvolumen von 24 Mrd. US-Dollar Gesundheitsprojekte zu finanzieren, die vor allem Kindern in den ärmsten Entwicklungsländern zu Gute kommen sollen. Ganz nebenbei sponserte Bill Gates auf dem Weltwirtschaftsforum, das in diesem Jahr im New Yorker Waldorf Astoria stattfand, eine Veranstaltung zur UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung.

Die Regierungen beschränkten sich dagegen in ihrem Entwurf für den Monterrey Consensus weitgehend auf Appelle an die Eigenverantwortung der Entwick-

lungsländer, die Betonung von Handel und Privatinvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung und das Versprechen, künftig international besser zusammenzuarbeiten.

### **Rolle heimischer Ressourcen**

Schnell einig wurde man sich über die zentrale Rolle heimischer Ressourcen für die Entwicklung. Der Text betont die Bedeutung einer guten Regierungsführung („good governance“), von Demokratie und Menschenrechten, eines effizienten Steuersystems und eines funktionsfähigen heimischen Finanzsektors. Der Forderung der USA nach Verankerung ihrer drei Grundprinzipien „Frieden, Freiheit und Kapitalismus“ im Abschlusstext wurde weitgehend Rechnung getragen. Lediglich der Begriff „Kapitalismus“ wurde durch „markt-orientierte Politiken“ ersetzt.

### **Förderung ausländischer Direktinvestitionen**

Auch über die verstärkte Förderung ausländischer Direktinvestitionen bestand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern Einvernehmen. Forderungen aus der Wirtschaft, vor allem das Investitionsklima in den Entwicklungsländern zu verbessern, damit Unternehmen „effizient und profitabel“ operieren könnten, finden sich im Text wieder. Versuche der EU, darüber hinaus ihre Interpretation der Ergebnisse der WTO-Ministertagung von Doha im Bereich Handel und Investitionen in den Text aufzunehmen, schlugen dagegen fehl. Auf die von der EU geforderten Verhandlungen innerhalb der WTO über ein Multilaterales Investitionsabkommen („multilateral framework on FDI“) geht der Text nicht mehr ein. Gestrichen wurden auf Druck der

G-77 auch Hinweise auf die OECD-Guidelines für Multinationale Unternehmen und den Global Compact. Die Unternehmen werden lediglich gedrängt, neben wirtschaftlichen und finanziellen auch ökologische, soziale, geschlechtsspezifische und entwicklungsbezogene Folgen ihrer Aktivitäten „zu berücksichtigen“. Die von NGOs geforderte weitergehende Verankerung von Pflichten und Standards für ausländische Investoren wurde von nahezu allen Regierungen abgelehnt.

### **Thema Handel**

Unerwartet heftig verhandelt wurde über die Passagen zum Thema Handel, nachdem die EU auch hier Positionen einbrachte, die nach Ansicht der G-77 über die Beschlüsse von Doha hinausgingen. Letztlich blieb es bei der Aufforderung an die Staaten, die Ergebnisse von Doha umzusetzen.

### **Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)**

Bis zuletzt umstritten waren die Beschlüsse zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA). Am Ende fielen zahlreiche Vorschläge dem selbstauferlegten Konsenszwang und dem Druck der USA zum Opfer. Dies betraf auch die Verpflichtung zur umgehenden Verdoppelung der ODA um 50 Mrd. US-Dollar, um die internationalen Entwicklungsziele zu erreichen, wie sie in der Millenniumsdeklaration der Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 definiert wurden.

Statt sich, wie ursprünglich diskutiert, auf einen verbindlichen Stufenplan zur Erhöhung der ODA zu einigen, enthält das Konsenspapier lediglich den Hinweis, einen „Zeitrahmen zu prüfen“. Ersatzlos gestrichen wurden alle Passagen über die Finanzierung Glo-





baler Öffentlicher Güter – trotz aktiver Unterstützung dieses Themas u.a. durch die französische und schwedische Regierung. Tot ist dieses Thema damit noch lange nicht; im Vorfeld des Johannesburger Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) wird die Auseinandersetzung darüber sicherlich an Dynamik gewinnen. Neue Finanzierungsinstrumente, allen voran die Devisenumsatzsteuer („Tobin-Steuer“), wurden in vorausgehendem Gehorsam gegenüber dem Widerstand der USA erst gar nicht in den Verhandlungstext aufgenommen. Man einigte sich lediglich darauf, die beim UN-Generalsekretär in Auftrag gegebene Studie über neue Finanzierungsinstrumente in den „angemessenen Foren“ zu studieren. Die Fertigstellung der Studie wurde immer wieder verzögert. Sie soll nun im Frühsommer 2002 abgeschlossen sein und sicherlich ebenfalls in Johannesburg auf der Agenda stehen.

### Auslandsverschuldung

Auch im Bereich der Auslandsverschuldung bringt der Monterrey-Konsens kaum Neues. Er fordert, die erweiterte HIPC-Initiative unverzüglich umzusetzen und bei der Beurteilung der Schuldentragfähigkeit auch verschlechterte Wachstumsaussichten und Terms of Trade zu berücksichtigen. Erst bei zukünftigen Untersuchungen der Schuldentragfähigkeit sollten zudem die Auswirkung von Schuldenerlassen auf die Verwirklichung der Millenniumsziele (Armutreduzierung etc.) mit beachtet werden. Bemerkenswerte Fortschritte hatte es im Vorbereitungsprozess zur Monterrey-Konferenz bei der Diskussion über die Einführung eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens bei der Entschuldung – analog zum nationalen Insolvenzrecht – gegeben. Letztendlich ist davon lediglich die Empfehlung übrig geblieben, in den zuständigen Foren einen internationalen „debt workout mechanism“ zu prüfen.

### Systemische Fragen

Von Anfang an umstritten waren die sogenannten „systemischen Fragen“ auf der Agenda der FfD-Konferenz. USA und EU widersetzten sich bis zuletzt Forderungen nach konkreten institutionellen Reformen im internationalen Finanzsystem. Übrig geblieben sind Appelle, die Entwicklungsländer stärker in die Entscheidungspro-

zesse der Internationalen Finanzinstitutionen einzubeziehen und die Vereinten Nationen, insbesondere die Generalversammlung und den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), zu stärken. Im Folgeprozess von Monterrey sollen vor allem die Frühjahrstreffen von ECOSOC und Bretton-Woods-Institutionen sowie der alle zwei Jahre stattfindende Hocharangige Entwicklungsdialog der Generalversammlung eine zentrale Rolle spielen. Der Generalversammlung wird dabei ausdrücklich die Kompetenz zugewiesen, sich auch mit der entwicklungspolitischen Kohärenz und Konsistenz des internationalen Währungs-, Finanz- und Handelssystems zu befassen. Dies könnte zumindest als graduelle Aufwertung der Vereinten Nationen gegenüber IWF, Weltbank und WTO interpretiert werden.

Alles in Allem reflektiert der Monterrey-Konsens den kleinsten gemeinsamen Nenner, der in der globalen Entwicklungspolitik derzeit offensichtlich möglich ist. Der enorme Druck, der am Ende der Verhandlungen aufgebaut wurde, um bereits zu diesem Zeitpunkt ein Konsenspapier fertigzustellen, kam für viele Beteiligten überraschend. Dahinter stand offensichtlich die Bestrebung, US-Präsidenten Bush zur Teilnahme an der Konferenz zu bewegen. Sie wurde aus Kreisen der US-Delegation nach Ende der Verhandlungen bereits bestätigt. Es wird erwartet, dass im Tross von Bush nun eine Reihe weiterer Staats- und Regierungschefs nach Monterrey kommen werden – und sie werden vermutlich nicht mit leeren Händen kommen. Vor allem von den USA und von der EU wird nun erwartet, dass sie mit unilateralen Initiativen über den Minimalkonsens von Monterrey hinausgehen, um sich als entwicklungspolitische Vorreiter zu profilieren. Der Sache mag dies dienen, dem Multilateralismus wird mit dieser Doppelstrategie kein Dienst erwiesen.

### Nichtregierungsorganisationen

Wie bereits bei früheren UN-Konferenzen, waren auch an dieser Vorbereitungstagung viele Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus dem Süden und dem Norden aktiv beteiligt, mit schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen, eigenen Veranstaltungen sowie diversen Lobbyaktivitäten. Spürbaren Einfluss auf das

Abschlussdokument hatten sie am Ende allerdings kaum. Noch schlimmer: Im krassen Gegensatz zu den feierlichen Erklärungen über die notwendige Beteiligung der Zivilgesellschaft drohte ihnen (auf Betreiben vor allem der USA) vor Beginn der entscheidenden zweiten Verhandlungswoche sogar der Rausschmiss: die Delegationen sollten nur noch „informell“, d.h. unter Ausschluss der Öffentlichkeit, weiterverhandeln. Nur auf Druck der G-77 (dem sich eher zögerlich auch die EU anschloss) konnte das schließlich verhindert werden.

Die europäischen NRO nahmen die mageren Resultate des Vorbereitungsprozesses zum Anlass, einen dringenden Appell an die Regierungen zu verfassen (vgl. nachstehenden Artikel, d.Red.), der das mangelnde Engagement der Staaten des Nordens in scharfer Form verurteilt und sieben „Minimalforderungen“ aufstellt, deren Erfüllung aus NRO-Sicht die absolute Mindestvoraussetzung dafür darstellt, dass die Monterrey-Konferenz nicht als völlig gescheitert angesehen werden muss. Dazu zählen die Einführung eines verbindlichen Stufenplans zur Erhöhung der ODA, die explizite Erwähnung der Devisenumsatzsteuer als innovativem Finanzierungsinstrument und die Unterstützung eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens bei der Entschuldung.

Dem schwachen Konsens der Regierungen zum Trotz sind die NRO weiter zur aktiven Beteiligung und Einmischung entschlossen. Beim „Global Forum“ der Zivilgesellschaft, das unter dem Motto „Financing the Right to Sustainable and Equitable Development“ unmittelbar vor der Konferenz vom 14. bis 16. März in Monterrey stattfindet, wollen sie ihre politischen Alternativen zum offiziellen Konsens formulieren und über die weiteren Strategien beraten.

*Jens Martens, Peter Eisenblätter*

Die Autoren sind Mitarbeiter bei Weed, bzw. terre des hommes

Weitere Informationen zur Monterrey-Konferenz sowie der Monterrey Consensus im Wortlaut befinden sich auf der FfD-Website von WEED und terre des hommes: [www.weedbonn.org/ffd](http://www.weedbonn.org/ffd)

Der Artikel ist in ähnlicher Form zuerst erschienen in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 02/2002.



# Appell an die Regierungen

## *Mindesterwartungen europäischer Nichtregierungsorganisationen zum Ergebnis der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD) in Monterrey*

New York, 25. Jan. 2002

Die folgenden sieben Punkte stellen zusammengefasst das für einen erfolgreichen FfD-Prozess notwendige Mindestergebnis dar. Wir sind besorgt, dass die bei anderen Konferenzen in den 90er Jahren eingegangenen Verpflichtungen unerfüllt bleiben und die Entwicklungsziele des Millenniumsgipfels (Millennium Development Goals = MDGs) unerreichbar sind, wenn die Regierungen diesen Maßnahmen nicht zustimmen.

Wir glauben, dass das mangelnde Engagement vieler Regierungen des Nordens in diesem Prozess eine breite öffentliche Debatte verdient, und sind fest entschlossen, das bisher schwache Ergebnis in die Öffentlichkeit zu bringen, etwa bei der kommenden Versammlung in Porto Alegre und in unseren eigenen Ländern. Das Fehlen konkreter Fortschritte führt zur Unterminierung dieses Prozesses. Wir fürchten außerdem, dass damit auch Fortschritte beim Weltgipfel über Nachhaltige Entwicklung verhindert werden.

Diese sieben Punkte sind das absolute Minimum dessen, was im Abschlussdokument der Monterrey-Konferenz enthalten sein muss:

1. Wir erwarten, dass die finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit unverzüglich angehoben werden und zur Erfüllung des 0,7%-Zieles ein Zeitrahmen verabschiedet wird. Dieser Zeitrahmen muss mit den Fristen zur Erreichung der Millenniumsziele (MDGs) übereinstimmen.
2. Wir erwarten, dass die Vereinten Nationen das ausdrückliche Mandat erhalten, mögliche Maßnahmen zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems zu erforschen, einschließlich einer Besteuerung von Devisentransaktionen (Currency Transaction Tax = CTT). Außerdem erwarten wir eine explizite Bezugnahme auf Devisenumsatzsteuern als innovativer Einnahmequelle für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung.
3. Wir erwarten, dass die Tragfähigkeit des Niveaus der Auslandsschulden souveräner Staaten an deren Finanzbedarf gemessen wird, um die Millenniumsziele (MDGs) für ihr Land zu erreichen.

Außerdem erwarten wir, dass Schuldenerlass in außerordentlichen Fällen selbst dann gewährt wird, wenn das betreffende Land nicht die Zugangskriterien für die Länderliste der hoch verschuldeten, ärmsten Länder (HIPC) erfüllt. Besonders wichtig ist uns, dass alle Schuldenerlasse aus zusätzlichen Mitteln bestritten werden.

4. Wir erwarten die Einrichtung von fairen und transparenten Insolvenzverfahren, sie souveränen Schuldnerstaaten einen Neubeginn ermöglichen, und zwar basierend auf der Entscheidung neutraler Gremien. Alle Beteiligten/Betroffenen (stakeholders) müssen ein Anhörungsrecht haben. Das Existenzminimum der Bevölkerung muss vor dem Zugriff der Gläubiger geschützt bleiben, und bei Insolvenzverfahren muss ein Schuldendienstmoratorium geschaffen werden.
5. Wir erwarten, dass die Rahmenregelwerke für Handel und Investitionen evaluiert werden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Armutsbekämpfung, Umweltschutz, geschlechtliche Gleichstellung sowie Nahrungssicherheit, und dass sie im Blick auf die Erreichbarkeit der Millenniumsziele (MDGs) überarbeitet werden.
6. Wir erwarten eine Reform der Internationalen Finanzinstitutionen sowie eine partizipatorische Überprüfung der Zusammensetzung ihrer Entscheidungsgremien, mit dem Ziel, die gleichberechtigte Beteiligung von Entwicklungsländern und Transformationsländern sicherzustellen. Wir erwarten außerdem, dass die Welthandelsorganisation (WTO) die angemessene Repräsentation ihrer Mitglieder in allen ihren Gremien und Arbeitsgruppen, sowie das Recht für Organisationen der Zivilgesellschaft, an allen Verfahren als Beobachter teilzunehmen, garantiert.
7. Wir erwarten unabhängige, externe Evaluierungen von Aktivitäten und Arbeitsweisen der Internationalen Finanzinstitutionen, einschließlich ihrer sozialen, umweltbezogenen und geschlechtsspezifischen Auswirkungen,

damit eine kritische öffentliche Debatte möglich wird.

Hinsichtlich des Nachfolgeprozesses erwarten wir, dass die Generalversammlung ermächtigt wird, die Erfüllung der Millenniumsziele (MDGs) und insbesondere die Ergebnisse der Monterrey-Konferenz zu überwachen. Dazu muss der bestehende „Hochrangige Entwicklungsdialog“ (high-level development dialogue) der UN-Generalversammlung von 2004 an zu einem Forum für die höchsten wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger umgestaltet werden, welches für alle Beteiligten/Betroffenen (stakeholders) offen ist. Dieses Forum muss das Mandat erhalten, innovative Mechanismen für die Stärkung der Demokratie in globalen ökonomischen Entscheidungsprozessen zu entwerfen.

Europäische Nichtregierungsorganisationen haben an diesem Prozess bisher in bestem Glauben teilgenommen und dabei dasselbe von ihren Regierungen erwartet. Was wir jedoch erleben, sind anhaltende Versuche einiger Regierungen der Industrieländer, einschließlich EU-Mitgliedsstaaten, die Konferenz scheitern zu lassen. Dazu gehört:

- Umstoßen des Gleichgewichts, das den FfD-Prozess anfänglich charakterisierte, zwischen den internationalen/systemischen Herausforderungen und den nationalen Problemen von Entwicklungsländern, wobei der politische Schwerpunkt auf letztere verlagert wird;
- Zurückweisung aller Vorschläge, die auf konkrete Reformen der globalen ökonomischen „Governance“ (global economic governance) abzielen;
- Vermeidung der bindenden Verpflichtung, auch nur einem Dollar mehr für die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) bereitzustellen, sowie Verwässerung von Vorschlägen, öffentliches Bewusstsein zu fördern und öffentliche Gelder für Entwicklung zu mobilisieren;
- Minimierung der Verantwortung von Industrieländern für die Entwicklung zugunsten der Armen der Welt, bei gleichzeitiger Maximierung der Rolle



des privaten Sektors und der Handelsliberalisierung;

- Anwendung präziser Formulierungen immer dann, wenn es die Entwicklungsländer betrifft, und gleichzeitig das Beharren auf vagen Nettigkeiten, wenn es Regierungen des Nordens oder internationale Finanzinstitutionen betrifft.

Die Initiative für den FfD-Prozess war ursprünglich in der gemeinsamen Überzeugung aller Betroffenen/Beteiligten (stakeholders) im Norden und Süden begründet, dass die globale ökonomische „Governance“ (global economic governance) und das internationale Finanzsystem künftig allen Menschen dienen müssen. Wenn diese allerdings weiterhin hauptsächlich den Interessen der Reichen und Mächtigen dienen, wird das dazu führen, dass die Menschen multilateralen Bemühungen um globale Lösungen ihrer Probleme nicht mehr vertrauen.

Als Nichtregierungsorganisationen, die Millionen von Menschen vertreten, können wir nicht einen Prozess unterstützen,

bei dem man zwar behauptet, etwas zu verändern, eben dies aber nicht tut.

In den kommenden Wochen haben Sie eine letzte Möglichkeit,

- diese Konferenz neu auszurichten auf eine an den Menschen und der Gleichstellung der Geschlechter orientierte und nachhaltige Entwicklung;
- die zur Erreichung der Millenniumsziele (MDGs) notwendigen Mittel zu mobilisieren; sowie
- sich mit der lähmenden Schuldenlast der Entwicklungsländer, den ungerechten Bedingungen des Welthandels und der Demokratisierung globaler wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse zu befassen.

Falls Sie es versäumen, in den multilateralen Prozessen die Anliegen der Zivilgesellschaft und der Mehrheit der Weltbevölkerung zu berücksichtigen, werden Sie auch den Millionen von Menschen vor den Kopf stoßen, welche in die Monterrey-Konferenz ihr Vertrauen gesetzt haben, und werden denjenigen weitere Motive liefern, die ihre Anliegen auf die Straße tragen.

#### Erstunterzeichner:

Raisa Sinelnikova, **Counter Part**, Belarus  
Bogdan van den Bergh, **Broederlyk Delen**, Belgium  
Yvon Bartelink, **University Center of Development Cooperation**, Belgium  
Desislava Latskova, **Bulgarian Gender Studies Foundation**, Bulgaria  
Helle Nielsen, **KULU Women and Development**, Denmark  
Lioba Diez, **Kairos Europa**, Germany  
Peter Eisenblätter, **Terre des Hommes**, Germany  
Jens Martens, **WEED**, Germany  
Peter Lanzet, **Church Development Service EED**, Germany  
Juergen Kaiser, **Jubilee Germany**, Germany  
Julia Clones, **Mediterranean Womens Study Center**, Greece  
Martin Koehler, **Campaign to Reform the World Bank**, Italy  
Svetlana Shakirova, **Center of Gender Studies**, Kazakhstan  
Ellen Verheul, **WEMOS**, Netherlands  
Han van Putten, **Evert Vermeer Foundation**, Netherlands  
Gunhild Orstavik, **ForUM**, Norway  
Philo Morris, **Medical Mission Sisters International**, United Kingdom  
Belen Vazquez, **Actionaid**, United Kingdom  
Oksana Kisselyova, **Liberal Society Institute**, Ukraine

(Übersetzung aus dem Englischen: P.Eisenblätter, tdh, 12.2.02)

## Bewegungen in Bewegung

### Zum 2. Weltsozialforum in Porto Alegre, Brasilien

**Was führt mehr als 50.000 Menschen aus den verschiedensten Zipfeln der Erde nach Brasilien? Die Hoffnung auf eine andere, eine bessere Welt? Der Wunsch, an deren Ausgestaltung mitbasteln zu können? Die Entschlossenheit, einen Gegenakzent zur vorherrschenden Welthandels-un-ordnung zu setzen?**

Eine andere Welt ist möglich“ – so der Slogan und (leider Grand Prix-verdächtige) Schlagler des nun zum zweiten Mal veranstalteten Weltsozialforums im südbrasilianischen Porto Alegre. Es versteht sich als eine Gegenveranstaltung zum Treffen der Mächtigen im Weltwirtschaftsforum, das in diesem Jahr nicht wie üblich im Schweizer Davos, sondern ausnahmsweise in New York stattfand. Folgerichtig dient das Weltsozialforum der Artikulation und dem Austausch über

alternative Entwürfe zur vorherrschenden Weltwirtschaft sowie den sich global verschärfenden sozialen Disparitäten.

#### Spiegel für die Mächtigen

Dabei scheint die Rechnung einer parallel stattfindenden „Doppelspitze“, besser gesagt einer Konterkarierung des New Yorker Wirtschaftstreffens durch das Meeting der Basisbewegten aufzugehen. Das Weltsozialforum in Porto Alegre hält dem Treffen der Mächtigen einen Spiegel vor. In diesem zeigen sich die fatalen Auswirkungen dessen, was mit den plakativen Begriffen von Globalisierung, Neoliberalismus und Welthandels-un-ordnung nur unscharf umrissen werden kann. Übrigens veranschaulicht auch die in Porto Alegre lebhaft entbrannte Auseinandersetzung um Gegenentwürfe – Deglobalisierung, Globalisierung von unten, Erdendemokratie – nur einmal mehr, wie schwer es ist, Vielfalt in begriffliche

Programmatik und stimmige Konzepte einzubinden.

#### Breite Themenpalette

Das verzerrte Spiegelbild der ungleichen Weltwirtschaftsverhältnisse, das in Porto Alegre zutage gefördert wurde, zeigt deren Folgen sowohl in den großen Umrisen wie auch im Detail. So fand beispielsweise angesichts der illegitimen Verschuldungsspirale, von der viele Länder des Südens stranguliert werden, ein zweitägiges Schuldentribunal statt, in dem Probleme und Lösungsansätze sowohl in internationaler als auch in lokaler Perspektive behandelt wurden. Auch andere zentrale Anliegen und Themen wurden sowohl entlang ihrer makrostrukturellen Hintergründe als auch in ihren konkreten Auswirkungen thematisiert. Die Themenpalette war breiter und vielfältiger als erwartet: neben Welthandelsfragen, Deglobalisierung und Ernährungssouveränität, Transnationalen Konzernen und internationaler Finanzwirtschaft wurde rege über Menschenrechte, Genderpolicies, Differenz und Identität, Migration, und partizipative Demokratie, über Agrarreformen, genmanipuliertes Saat-



gut, die Privatisierung von Wasser und anderen Ressourcen, Nachhaltigkeit, Diskriminierung, Gewalt, alternative Pädagogikansätze und vieles mehr diskutiert.

### **Mannigfaltige Ausdrucksformen**

Aufbereitet wurden die Themenkomplexe durch mannigfaltige Organisations- und Ausdrucksformen. Zwei Riesendemos, in denen u. a. gegen die amerikanische Freihandelszone Protest gelaufen wurde, flankierten das Forum. Dazwischen wurde in Großkonferenzen, Seminaren und Zeugenberichten mit Simultanübersetzung in mehrere Sprachen dokumentiert und diskutiert. Unzählige kleine Workshops boten Raum, um meist in einem Mix aus portugiesisch und spanisch, manchmal in englisch oder französisch, intensiv in die Details zu gehen. Auf den Außenflächen spiegelte sich die Vielfalt der Bewegungen durch unzählige bunte und oftmals witzige Artikulationsformen wider, die ein gewisses Gegengewicht zu den intensiven theoretischen Diskussionen schufen. Daneben gab es ein Jugendcamp mit eigenem Programm und rund 15.000 TeilnehmerInnen, das Treffen der Bewegungen, eine symbolische Landbesetzung der brasilianischen Landlosenbewegung MST vor dem Agrarreforminstitut und ein ansprechendes kulturelles Begleitprogramm.

### **Vier thematische Achsen**

Angesichts der breiten Vielfalt von Veranstaltungen stellen die vier thematischen Achsen nur den verzweifelten, aber weitgehend erfolglosen Versuch dar, die thematische Vielfalt der rund 30 Großkonferenzen, 100 Seminare und 700 Workshops zu bündeln und zu ordnen. Diese thematische Vielfalt birgt zwar die Gefahr der Beliebigkeit und Kontingenz, wird aber zugleich von vielen Beteiligten frei nach dem Motto „Einheit in Vielfalt“ gerade als eine Stärke des Forums geschätzt.

Ganz pragmatisch gesehen zeichnet sich hier auch das alltägliche Dilemma der ForumsbesucherInnen ab: die Entscheidung zwischen den konkurrierenden Veranstaltungen fiel schwer, was in den zentralen Veranstaltungsräumen auf dem Universitätscampus oft zu einem regelrechten Seminar-Hopping führte bzw. dem permanenten Gefühl vieler TeilnehmerInnen, „gerade etwas zu verpassen“.

### **WSK-Rechte**

Für den Blick in die Details seien an dieser Stelle zwei Beispiele aus dem Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten, den sogenannten WSK-Rechten, herausgegriffen. Nur schon aufgrund seines Namens bietet sich das Weltsozialforum als Plattform für die WSK-Rechte regelrecht an - und das Potential dieser Menschenrechte wird in zunehmenden Maße in entwicklungspolitischen Zusammenhängen erkannt. So fand u. a. eine viertägige intensive Seminarreihe statt, in der die Themenpalette der WSK-Rechte wie das Recht auf adäquate Nahrung, Wohnung und Bildung in ihren verschiedenen Dimensionen erörtert, vorhandene Instrumente und Strategien überprüft und ihre Durchsetzungschancen auch mit Blick auf multilaterale Institutionen, Welthandelspolitik und WTO diskutiert wurden.

In einem anderen gut besuchten Seminar gerieten die marktorientierten Landpolitiken, die die Weltbank in verschiedenen Ländern der Erde, allen voran in Brasilien fördert, ins Kreuzfeuer der Kritik. Sie verdrängen vielerorts bestehende Agrarreformprozesse und weisen tiefgreifende konzeptionelle Schwächen auf. Der fehlende Zugang zu Land ist eine der Hauptursachen für Armut und Hunger in ländlichen Gebieten. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach der Durchführung von Agrarreformen nicht nur fundamental, um soziale Gegensätze zu verringern, sondern auch um das Menschrecht sich zu ernähren verwirklichen zu können. Im Seminar wurde nach einer konzeptionellen Einführung anhand von Beispielen aus Afrika, Asien und Lateinamerika auf die Mehrdimensionalität der neoliberalen Landreformen sowie ihrer Probleme hingewiesen und Interventionsansätze wie die von FIAN und La Vía Campesina initiierte internationale Agrarreformkampagne „Brot, Land und Freiheit“ vorgestellt.

### **Forum zieht weite Kreise**

Zurück zum allgemeinen Rahmen: das Weltsozialforum, das im letzten Jahr in Deutschland kaum auf Widerhall in der entwicklungspolitischen, geschweige denn der allgemeinen Öffentlichkeit stieß, wurde in diesem Jahr in den überregionalen Blättern rege dokumentiert und kommentiert. Dies ist nicht nur einer deutlich ge-

wachsenen Schar von TeilnehmerInnen, ReferentInnen und PressevertreterInnen aus Deutschland zuzuschreiben, deren Aufgabe es insbesondere sein sollte, die Erträge des Weltsozialforums in ihre Organisationen und die hiesige Öffentlichkeit zurückzutragen. Es ist sicher auch ein Indiz dafür, dass das Forum immer weitere Kreise zieht und dem Bedürfnis entspricht, für den internationalen Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit differenzierte Artikulationsformen und Vernetzungsmöglichkeiten zu schaffen.

### **Alles eitel Sonnenschein?**

Natürlich nicht. Als augenscheinlichste Schwachstelle kann angesichts des Anspruchs ein Weltforum zu sein, die deutliche Unterrepräsentanz von TeilnehmerInnen aus Asien und Afrika genannt werden – wengleich diese im Vergleich zum Vorjahr schon verbessert wurde. Dabei ist es natürlich leichter, nach einer gangbaren Alternative zu rufen, als diese zu finden. Die Organisation des Mega-Events Weltsozialforum bedarf entsprechender Supportstrukturen, wie sie in Porto Alegre neben der Unterstützung durch die kommunal und regional regierende Arbeiterpartei (PT) auch aufgrund des unermüdlischen Engagements von Tausenden von ehrenamtlichen HelferInnen gegeben war. So wurden der Ansturm von BesucherInnen und die erheblichen logistischen Herausforderungen souverän bewältigt. Auch im nächsten Jahr wird das Forum noch einmal in Porto Alegre stattfinden, bevor es dann im Jahr 2004 zum ersten Mal in Indien abgehalten werden soll. Flankiert werden die Schritte hin zur stärkeren internationalen Integration durch die Veranstaltung zusätzlicher kontinentaler Sozialforen und thematischer Zusatzforen wie beispielsweise dem Weltbildungsforum.

### **Gefahr der Vereinnahmung?**

Natürlich bringt die medienwirksame Großveranstaltung auch die Gefahr der Vereinnahmung mit sich. Bei der Eröffnungsveranstaltung, zu der ein beeindruckender Demonstrationzug geführt hatte, war die Bühne von einem Fahnenmeer unterschiedlichster Organisationen verdeckt. Oder: wer kann schon trennen, ob Lulas Auftritte eher den hehren Forumszielen, sprich etwa dem Kampf gegen die amerikanische Freihandelszone





oder der eigenen Sache, d. h. der Profilierung im Präsidentschaftswahlkampf dienen? Und während bei einer deutschen Pressekonferenz noch bedauert wurde, dass deutsche – etwa im Gegensatz zu den französischen – ParlamentarierInnen deutlich unterrepräsentiert waren, wird andernorts, z. B. von La Via Campesina, auf die Gefahr der Institutionalisierung des Forums – und damit eines möglichen Ziehens seines widerständischen Stachels hingewiesen.

Bleibt ferner die Frage, ob im Rahmen des Forums strategische Weichenstellungen für die Bewegung, will heißen für die Bewegungen, getroffen werden können. Vor diesem Hintergrund sei auch dahingestellt, ob die umstrittene Verabschie-

dung einer gemeinsamen Abschlusserklärung repräsentativ für die manifestierte Vielfalt sein kann und als Sprachrohr der Bewegungen demokratisch legitimierbar ist: durchgesetzt wurde sie in letzter Minute um der nachvollziehbaren Forderung nach einem strategischen Output für die Konfrontation mit den Weltmächtigen in Gestalt von WTO, IWF, Weltbank, Regierungen in Händen zu halten.

### Symbolische Sogkraft

Als Artikulationsform der globalisierungskritischen Bewegungen wäre es dem Weltsozialforum, das in solch kurzer Zeit einen nahezu beispiellosen Popularitätswachstum erfahren hat, zu wünschen, dass es sich dynamisch weiterhin Raum

erkämpft - sowohl politisch als auch geographisch. Seine symbolische Sogkraft reißt mit, seine theoretischen Gegenwürfe sind, wenngleich schwer „auf den Punkt“ zu bringen, gerade in den Detailvorschlägen wertvoll und interessant, sein Networkingpotential ist immens. Vielleicht ist das gleichzeitig unscharfe wie hochgegriffene Ziel einer anderen, sprich besseren, sozial-gerechteren und demokratischeren Welt angesichts der ungleichen Machtverhältnisse nicht zu bewerkstelligen. Notwendig ist der Widerstand Davids gegen Goliath und der Einsatz für eine bessere Welt allemal.

Renate Schüssler

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei FIAN International

## Weltversammlung der BürgerInnen arbeitete an „Charta der Verantwortung“

*Allianz für eine verantwortliche, plurale und vereinte Welt*

Anfang Dezember nahmen im französischen Lille etwa 400 Delegierte aus allen Erdregionen, diversen „sozio-professionellen Gruppen“ und zahlreichen Arbeitszusammenhängen an der lange vorbereiteten „Weltbürgerversammlung“ der „Allianz für eine verantwortliche, plurale und vereinte Welt“ teil. Fernziel des in Deutschland weitgehend unbekanntem weltweiten Konsultationsprozesses: Der UN-Charta und der Erklärung der Menschenrechte soll eine „Charta der Verantwortlichkeiten“ als „dritte Säule“ des internationalen Systems zur Seite gestellt werden.

Das Anliegen des ehrgeizigen Ziels lässt sich vielleicht so zusammenfassen: Die Menschenrechte formulieren individuelle Ansprüche, das Völkerrecht regelt das Verhältnis zwischen den Nationen. In einer globalisierten Welt mit immer mehr Wechselwirkungen und Risiken fehlt ein Orientierungsrahmen für ein verantwortliches Handeln der Individuen, Gruppen, Unternehmen. Ein solcher Rahmen aber –

und damit wären wir bei einer zentralen Schwierigkeit – kann nicht verordnet und auch nur schwer verallgemeinert werden. Verantwortlichkeit setzt „Diversität“ voraus und bestätigt sie.

### „Diversität“ als Schlagwort

Ganz im Sinne des zentralen Schlagwortes „Diversität“ wurde denn auch versucht die Tagung zu organisieren. Flankiert von Großveranstaltungen mit viel sozialistischer Prominenz beschäftigten sich die Delegierten in zahlreichen parallelen Workshops mit einer breiten Themenpalette. Ausgewählt worden waren sie in einem komplexen Verfahren auf Vorschlag verschiedener internationaler Arbeitszusammenhänge. Dabei legte die „Allianz“ besonderen Wert auf eine „Balance“ zwischen unterschiedlichen Stakeholdern und Weltregionen. Im Ergebnis fanden sich dann Friedensaktivisten neben einzelnen Generälen, kritische Aktionäre neben Fischern, Wissenschaftler neben Religionsführern – allerdings mit einer ganz deutlichen Dominanz sozialer Bewegungen.

Auch der Ablauf der Tagung war an derartigen „Balance“ orientiert: Zunächst diskutierten zwei Tage lange die unter-

schiedlichen „sozio-professionellen Gruppen“ (zum Beispiel „Bewohner“, „Frauen“, „Wissenschaftler“). Deren Ergebnisse flossen dann in eine neu zusammengesetzte zweite Runde zu Themen und schließlich wurde alles noch einmal in regionalen Foren überdacht.

### Methodologische Mängel

So einleuchtend diese Struktur war, es gab erhebliche methodologische Mängel, von der unterfinanzierten Übersetzung ganz zu schweigen. Vielen TeilnehmerInnen wurden die einzelnen Debattenschritte nicht richtig klar, es gab kein Krisenmanagement und die Bündelung zentraler Fragen wurde merkwürdig technisch mit Hilfe von Computergrafiken durchgeführt. Aber abgesehen davon war es natürlich ein umfassendes und in dieser Form seltenes Dialog- und Begegnungsergebnis. Alle Delegierten waren auf Kosten der Fondation Leopold Mayer angereist und wurden großzügig untergebracht.

### Geschichte der Allianz

Entstanden war die Allianz in den 80er und 90er Jahren. 1986 versammelten sich einige französischsprachige Intellek-



tuelle in der „Gruppe von Vézelay“, um intensiver über technologische Risiken nachzudenken. Daraus entwickelte sich schnell eine viel breitere Fragestellung, die zu der Idee der Einberufung von „Weltgeneralständen“ führte. Im Vorfeld des Rio-Summits 1992 diskutierte die inzwischen erweiterte Gruppe die Gefahren eines vom Norden diktierten „neuen Imperialismus“. Der Erd-Gipfel sei noch nicht die erforderliche Versammlung der Weltgeneralstände. Diese Betonung einer irreduziblen „Diversität“ von Kulturen und Praktiken wurde neben den Fragen der nachhaltigen Entwicklung wie wir sie in Deutschland kennen, zu einem Schwerpunkt der wachsenden Diskussionszusammenhänge, die dann 1994 zur Grün-

dung der „Allianz für eine verantwortliche, plurale und vereinte Welt“ führten.

#### **Projektziel Weltversammlung**

Auf zahlreichen regionalen und thematischen Workshops wurde seitdem die gesamte Palette zivilgesellschaftlicher Themen diskutiert. Heute existieren internationale Arbeitsgruppen zu Welthandel und Bodenschutz, zu Religion und industrieller Ökologie, zu Regionalplanung und Biodiversität... In den 90er Jahren wurde diesen Diskussionsprozessen ein vereinheitlichendes Projektziel gegeben: die Weltversammlung der BürgerInnen.

Zum Abschluss der 1-Wöchigen-Tagung wurde dann nicht nur ein neuer, verbesserter Entwurf der „Charta“ vorge-

stellt, die politische Führung der gastgebenden Region Pays des Calais stellte auch wortreich ihre Version einer „anderen Globalisierung“ im Bündnis zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft dar. Zwischen der nordfranzösischen Region und dem Gebiet um Porto Alegre besteht übrigens eine Partnerschaft. Beide Gebietskörperschaften sind stolz darauf, an der Speerspitze der globalisierungskritischen Bewegung zu stehen.

*Knut Unger*

Der Autor ist einer der Koordinatoren der AG Habitat des Forum Umwelt & Entwicklung  
Weitere Informationen unter:  
[www.alliance21.org](http://www.alliance21.org)

## **Wenn man ein Kaninchen und einen Tiger zusammen in einen Käfig sperrt ...**

*Was machen die Agrarverhandlungen mit den Entwicklungsländern?*

**Was machen die Agrarverhandlungen mit den verarmten und Hungerleidenden Menschen in den Entwicklungsländern? Nach dem 11. September hat die Frage, was die Weltagrarverhandlungen für die Ernährungssicherheit bedeuten, wieder an Aktualität gewonnen. Unter dem Titel „Die WTO-Agrarverhandlungen aus entwicklungspolitischer Sicht - Stand und Perspektiven“ richtete Germanwatch am 30. Januar in Berlin eine sechstündige, von der GTZ gesponserte Veranstaltung aus.**

Im voll besetzten Saal des Hauses der Evangelischen Kirche am Gendarmenmarkt referierten und diskutierten Repräsentanten der verschiedenen Interessenträger über den Stand der Verhandlungen bei der WTO in Genf. Zunächst führte Alexander Werth vom International Center for Trade and Sustainable Development in Genf in die Grundprobleme ein.

#### **„Augenmaß bewahren“**

Heiner Thofern vom BMVEL bewertete die Agrarverhandlungen bei der WTO als „bislang sehr befriedigend“. Doha habe auch für die Entwicklungsländer Erfolge gebracht. Allerdings müsse bei einer weiteren Agrarliberalisierung „Augenmaß bewahrt“ werden. Denn selbst ohne ihre Agrarsubventionen könnten die EU-Länder für schwächere Länder eine Gefahr darstellen. Würde im Zuge der zunehmenden Produktdiversifizierung die EU minderwertiges Fleisch wie z.B. Hühnerhälften in die Entwicklungsländer exportieren, könnten sich diese dagegen nicht wehren. Ein besonderer Schutz sei gerechtfertigt. Auch müssten die ökologischen und sozialen Folgen der Liberalisierung mit bedacht werden.

#### **Fragen der Ernährungssicherheit ungelöst**

Aus Sicht der FAO stellt sich die Situation für die Entwicklungsländer nicht befriedigend dar. Ihr Abgesandter Panos Konandras brachte eine eindrückliche Darstellung dessen, was die Unzulänglichkeiten des Landwirtschaftsabkommens der WTO ausmachen. In seiner Power-

point-Präsentation analysierte er Verlierer und Gewinner der Verhandlungen. Zwar solle seiner Ansicht nach der Agrarbereich im Zuständigkeitsbereich der WTO verbleiben. Die WTO sei aber nicht hinreichend, um die Fragen der Ernährungssicherheit zu lösen.

#### **Stimme der 3. Welt**

Aileen Kwa vom „Focus on the Global South“ machte sich darauf als Stimme aus der Dritten Welt bemerkbar. Sie verteidigte ihre kritische Anfrage, ob die Landwirtschaft aus dem Zuständigkeitsbereich der WTO nicht doch herausgenommen werden sollte. Der Verhandlungsstil bei der WTO in Genf müsse grundlegend verändert werden. Die Länder des Nordens entschieden ihre nur ihnen nützenden Positionen bereits im Vorfeld, und die entwicklungsfreundliche Sprache der Abschlusserklärung von Doha sei eine reine PR-Übung. Daher sei der Süden gegen eine neue Verhandlungsrunde. Der 11. September werde gegen die Entwicklungsländer benutzt, beispielsweise sei Pakistans Widerstand gegen die Doha-Vereinbarung mit Drohungen der USA gebrochen worden. Auch für Indiens Ein-



lenken bei der WTO-Ministerkonferenz habe der Vorwurf, es beherberge Terroristen in seinen Grenzen, eine Rolle gespielt.

### Sicht der Cairns-Gruppe

Gabriel Taboada von der Ständigen Vertretung Argentiniens bei der WTO stellte die Sicht der in der Cairns-Gruppe zusammengeschlossenen Agrarexportländer dar. Die Cairns-Gruppe, zu der einige Industrieländer und mehrheitlich Entwicklungsländer, darunter Brasilien und Indonesien gehören, ist zwar bekannt für ihre weitgehenden Liberalisierungsforderungen. Seine Präsentation machte aber deutlich, dass die Gruppe gar nicht so weit entfernt von den Positionen anderer Entwicklungsländer ist, wie bei deutschen NROs manchmal vermutet. Er beklagte sich über die wenig kooperative Haltung der großen Industrieländer. „Wir haben seit dem 1. Januar 2001 die Situation, in der die entwickelten Länder keine Bindungen mehr eingehen, während die Entwicklungsländer ihre Marktbeschränkungen weiterhin reduzieren müssen, wegen ihrer längeren Umsetzungsperiode, die erst am 1. Januar 2005 endet. Dies ist auch das Datum, an dem die Umsetzung der neuen Runde von Doha beginnen würde.“ Als einzige vernünftige Rechtfertigung der neuen Handelsrunde könnten Verhandlungen über die baldige Abschaffung der für den Süden so schädlichen Exportsubventionen gelten. Den dadurch benachteiligten Entwicklungsländern könnten im Rahmen der „speziellen und besonderen Behandlung“ längere Übergangsperioden gewährt werden, um Härten zu vermeiden. Die Beseitigung dieser Subventionen werde auch der Ernährungssicherheit dienen. Aber auch marktverzerrende inländische Stützungsmaßnahmen müssten substanziell vermindert und die Eskalationszölle reduziert

werden. Nicht-handelsbezogene Anliegen der Industrieländer dürften nicht für die Errichtung eines fairen Agrarmarktes missbraucht werden. Sie seien von den berechtigten, nur minimal handelsverzerrenden Anliegen der Entwicklungsländer zu unterscheiden. Zu diesen nicht-handelsbezogenen Anliegen zählte er ländliche Armut, Arbeitslosigkeit und den Umweltschutz.

### Development Box

Diese Ausführungen blieben nicht unwidersprochen. Die Exportinteressen großer Sojafarmer aus Brasilien kummernten ihn nicht, sagte Duncan Green von der britischen Hilfsorganisation Cafod. Mit einer gehörigen Position Humor stellte er den achtzig Zuhörenden die auch von Brot für die Welt, dem EED und Misereor unterstützte Initiative für eine Development Box vor. Sie solle als Ausnahmenkatalog zu den Freihandelsbestimmungen der WTO ausschließlich bäuerlichen Kleinbetrieben in Entwicklungsländern zu Gute kommen. Denn diese verdienen Schutz vor ungehinderter Liberalisierung. Die geltenden Regeln des Landwirtschaftsabkommens, kritisierte er, lieferten die schwachen den starken Handelspartnern aus, wie wenn man Kaninchen zusammen mit einem Tiger in den Käfig sperrte.

Die Entwicklungsbox gehört auch zu den Forderungen einer Reihe von Entwicklungsländern, führte der ugandische Botschafter Nathan Irumba aus. Aus dem in Deutschland zuständigen BMVEL kam dazu, trotz vieler deutlicher Verständniskundungen für die Schutzbedürftigkeit von Agrarsektoren der ärmsten Länder, allerdings bisher keine Resonanz.

### Widerspruch in der Abschlussrunde

Vielfältigen Widerspruch im Saal erntete Georg von Koppenfels vom BMZ mit

seinen Äußerungen in der Abschlussrunde. Er könne, sagte er, in den geleisteten Redebeiträgen keine Zweifel erkennen, dass die Landwirtschaft von den Liberalisierungsbemühungen für den Welthandel nicht ausgenommen werden dürfe. Nur kleinere Änderungen und Korrekturen seien auf dem eingeschlagenen Weg erforderlich.

Friedrich Graefe zu Baringdorf von der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (ABL) antwortete Koppenfels, ein qualifizierter und begründeter Außenschutz für die Landwirtschaft eines jeden Landes müsse möglich sein. Die WTO solle demokratischer und die Partizipation in ihren Mitgliedsländern verbessert werden. Sonst seien die großen Agrarbetriebe die alleinigen Gewinner der Verhandlungen.

### Landwirtschaft soll bei WTO bleiben

Einigkeit herrschte unter den meisten, die Landwirtschaft solle prinzipiell bei der WTO bleiben. Besser seien unzureichende Regeln als gar keine. Das WTO-System wurde als zwar notwendig aber bei Weitem nicht hinreichend für die Belange der Entwicklungsländer erachtet. Die EU und die USA dürften sich bei den Verhandlungen nicht als Elefanten aufführen und dabei die berechtigten Schutzinteressen der Machtlosen und wirtschaftlich Schwachen zu kurz kommen lassen.

Eine über manche Strecke etwas trockene, aber verdienstvolle Veranstaltung. Die Besucher kamen jedenfalls auf ihre Kosten. Mit dem saftigen Teilnahmebeitrag wurden ein vorzügliches Kuchen- und ein Abendbuffet gedeckt. So entstand ausreichend Raum für Diskussion und ungezwungenen Austausch in angenehmer Atmosphäre.

Johannes Brandstätter

Der Autor ist Mitarbeiter von Brot für die Welt



# Die internationale „Nutrition Community“ trifft sich in Berlin!

*Reibungsverluste minimieren, Synergien maximieren*

**In Berlin-Köpenick findet vom 11. bis 15. März die 29. Sitzung des Sub-Committees on Nutrition statt, das UNO-Organisationen, bilaterale Entwicklungsinstitutionen und NGOs weiter vernetzen soll. Wesentlicher Bestandteil der Konferenz ist ein Symposium zum Thema „Nutrition in the Context of Crisis and Conflict“.**

Fragen der Ernährungssicherung und -souveränität spielen seit jeher eine große Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit: die Bekämpfung des Hungers ist eine Grundvoraussetzung für eine wie auch immer geartete Entwicklung. Das es noch viel zu tun gibt, zeigte eine Umfrage unter den Delegierten der letztjährigen IFPRI-Konferenz: 80 Prozent der Anwesenden schätzten das Vorhaben, bis zum Jahre 2020 Ernährungssicherheit für alle Menschen herzustellen, als wenig realistisch ein. Auch die Debatte um die Nutzung der Gentechnik zur Bekämpfung des Hungers hat das Thema Ernährungssicherung erneut in den Vordergrund gerückt.

## **Vielfalt der Akteure**

Entsprechend viele Institutionen und Organisationen sind auf diesem Feld tätig. Allein unter dem Dach der UNO haben 17 Organisationen direkt oder indirekt mit Welternährungsfragen zu tun – zu diesen zählen unter anderem die Organisation für Nahrung und Landwirtschaft (FAO), die Weltbank, das Welternährungsprogramm (WEP), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), das Weltkinderhilfswerk (UNICEF) und das Hohe Flüchtlingskommissariat (UNHCR).

Auch Nichtregierungsorganisationen wie CARE, CRS, Action Against Hunger, Helen Keller International, FIAN, die Welthungerhilfe und viele andere arbeiten zur Problematik der Unterernährung, ihren Ursachen, zu ihren Auswirkungen auf Entwicklung und an der Entwicklung von Strategien zu ihrer Beseitigung. Bilaterale Entwicklungsinstitutionen wie etwa US-AID, die Canadian International Development Agency (CIDA), SIDA, die GTZ und andere bilden eine weitere Gruppe von Akteuren. Auch bei den durch diese

Träger durchgeführten Programmen haben Fragen der Ernährungssicherung mittlerweile einen hohen Stellenwert.

## **Auftreten von Reibungsverlusten**

Die Vielzahl der zu Fragen der weltweiten Ernährungssicherung tätigen Organisationen und Institutionen ist einerseits erfreulich, andererseits ist es unvermeidlich, dass bei einer mangelnden Abstimmung der verschiedenen Akteure Reibungsverluste entstehen und Synergieeffekte nicht genutzt werden. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, haben die Vereinten Nationen das Subkomitee für Ernährung (Sub-Committee on Nutrition, SCN) gegründet. Aufgabe des SCN ist es, die Aktivitäten der UN-Institutionen zur Sicherung der Welternährung zu koordinieren und sie mit den Projekten der bilateralen Geberorganisationen und der NROen zu verzahnen. Die aktive und gleichberechtigte Teilnahme der multilateralen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure macht das SCN zu einer in dieser Form einzigartigen Institution in der UN-Familie.

## **Konferenz in Berlin**

Darüber hinaus veranstaltet das SCN einmal im Jahr eine Konferenz zur Koordination und zum Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Organisationen, Gebern und Nichtregierungsorganisationen. Fester Bestandteil dieser einwöchigen Treffen ist ein zweitägiges Symposium, auf dem ernährungsrelevante Themen diskutiert werden.

Auf Einladung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) findet die 29. Konferenz des SCN in diesem Jahr vom 11. bis zum 15. März erstmals in Deutschland statt (im Internet: [http://acc.unsystem.org/scn/Publications/AnnualMeeting/SCN29/29th\\_session.htm](http://acc.unsystem.org/scn/Publications/AnnualMeeting/SCN29/29th_session.htm)).

Dazu wurden ca. 200 Teilnehmer aus allen Teilen der Welt nach Berlin eingeladen. An der Vorbereitung und Durchführung sind neben dem SCN-Sekretariat auch die GTZ (Sektorvorhaben Welternährung) und die DSE (Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft) beteiligt. Das Thema des diesjährigen Symposiums, das am 12. und am 13. März statt-

finden wird, hat dabei einen sehr aktuellen Bezug: „Ernährung im Kontext von Krisen und Konflikten“. Zu den Teilnehmern des Symposiums zählen u.a. Heidemarie Wieczorek-Zeul, Austen Davis (Direktor von Médecins Sans Frontières Niederlande), Catherine Bertini (Direktorin des World Food Programme) und Prof. M.S. Swaminathan als Moderator. Für Diskussionsstoff werden kontroverse Themen sorgen wie etwa der Missbrauch von Nahrungsmitteln durch kriegsführende Parteien (Food as a Weapon), die Kluft zwischen dem Anspruch, auch in schwierigen Situationen Mindeststandards der humanitären Hilfe zu erfüllen, und der Realität im Feld u.ä..

Weitere wichtige Bestandteile der Agenda der Konferenz sind Arbeitsgruppen zu den Themen Capacity Strengthening for Food and Nutrition, Breastfeeding and Complementary Feeding, Nutrition and HIV/AIDS und Micronutrients. Die Veranstaltung soll auch genutzt werden, um der interessierten Öffentlichkeit eine vom Sekretariat des SCN herausgegebene Reihe von sogenannten Advocacy Papers („Nutrition: A Foundation for Development“) vorzustellen.

Von der Reorganisation der UNO-Organisationen vom letzten Jahr wird auch das SCN betroffen sein, das künftig den Namen UN System Nutrition Forum tragen wird. Die Auswirkungen dieser Reorganisation werden ebenfalls Thema auf der Veranstaltung sein.

Das BMZ als Gastgeber sowie GTZ und DSE/ZEL als Ko-Organisatoren hoffen auf eine rege Beteiligung deutscher NROen und auf interessante und spannende Debatten und erwarten, dass diese wichtige Veranstaltung im Vorfeld des Welternährungsgipfels dazu beiträgt, das Thema Hungerbekämpfung im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu halten.

Die nächste SCN-Konferenz wird 2003 in Indien stattfinden, Gastgeber wird mit der Swaminathan Foundation zum ersten Mal eine NGO sein.

*Dr. Hans Schoeneberger,  
Thoralf Schulze*

Die Autoren sind Mitarbeiter beim Sektorvorhaben Welternährung BMZ/GTZ



# Erster Nachfolgegipfel zum Welternährungsgipfel

*NRO unzufrieden mit lahmen Follow-up Prozeß.*

**Vom 10.-13. Juni 2002 werden sich in Rom die Vertreter der FAO-Mitgliedsstaaten zum ersten Nachfolgegipfel zum Welternährungsgipfel von Rom 1996 treffen. Ursprünglich sollte der Nachfolgegipfel im November stattfinden. Nach den Konflikten während des G8 Gipfels in Genua im Juli 2001 bestand die italienische Regierung auf einer Verlegung des Gipfels nach Rimini. Da daraufhin die Zahl der Staats- und Regierungschefs abnahm, die zum Gipfel kommen wollten, beschloß die FAO eine Verlegung auf den Juni 2002, nun wieder in Rom.**

Die bisherigen Ergebnisse des Umsetzungsprozesses des WEG von 1996 sind ausgesprochen ernüchternd. Die 1996 ausgegebene Zielsetzung lautete, Reduzierung der Zahl der Hungernden bis 2015 um die Hälfte. War der WEG 1996 für diese Zielsetzung noch massiv kritisiert worden, da die angestrebte Reduktion um die Hälfte als zu gering angesehen wurde, wird inzwischen deutlich, dass selbst dieses moderate Ziel, nicht erreicht werden wird, sollte der Umsetzungsprozeß so lahm und energielos weitergehen wie bisher.

Die FAO kritisiert inzwischen selbst die Halbherzigkeit der Umsetzung der WEG-Ziele in ihren Dokumenten. Sie hat vor allem zwei Ursachen identifiziert, die auch als Hauptthemen beim Nachfolgegipfel (WFS:FYL/ World Food Summit: Five Years Later) wieder aufscheinen. Den Mitgliedsstaaten fehlt der politische Wille zur Umsetzung und – damit eng verknüpft – werden nicht ausreichend Mittel für die Umsetzung zur Verfügung gestellt. Die Budgets für Themen wie ländliche Entwicklung, Ernährungssicherheit etc. sind in den meisten Ländern rückläufig. Parallel sind auch die Hilfsbudgets für diese Themenbereich drastisch eingebrochen. Wurden 1986 noch 7 Mrd. US-Dollar bilateraler Hilfe für diese Sektoren ausgegeben, war diese Summe 1999 auf 3 Mrd. US-Dollar zurückgegangen. Die FAO möchte ein größeres Engagement von Staaten für eine engagierte Umsetzung in diesem Themenbereich kreieren.

So zutreffend diese Kritik sein mag, sie geht den Nichtregierungsorganisationen (NRO), die den Prozeß begleiten (darun-

ter viele aus dem Süden) nicht weit genug. Sie widersprechen der Idee, dass mit etwas mehr politischem Willen und etwas mehr Mitteln die Ziele des Welternährungsgipfels tatsächlich erreicht werden könnten. Grundlegende Widersprüche stehen einer wirkungsvollen Umsetzung entgegen, die in doppelter Hinsicht wirken: Zum einen sind viele Widersprüche in dem Aktionsplan von Rom selbst angelegt. Während dort in einigen Kapiteln ausgeführt wird, wie eine Agrarpolitik aussehen könnte, die sich vor allem um ländliche Kleinproduzenten, Bauernfamilien etc. kümmern würde, wird gleichzeitig einer schnellen Marköffnung das Wort geredet, die genau diese Bauernfamilien in die Konkurrenz mit subventionierten Produkten aus Europa oder den USA bringt. Zum anderen kritisieren sie, dass zunehmend in anderen Politikfeldern die Rahmenbedingungen festgezurrt werden, die einer effektiven Umsetzung des Aktionsplans entgegenlaufen. Enthält der Aktionsplan etwa ein vorzügliches Kapitel zum Thema Agrarreform und Zugangsregeln von Armen zu produktiven Ressourcen, setzt die Weltbank kontinentübergreifend auf eine Schaffung privater Landmärkte als Instrument zur „Armutsbekämpfung“.

In ihrem neuesten Hintergrunddokumenten und in ihrer Einladung zum Parallelevent der Zivilgesellschaft im Juni in Rom formulieren die NRO daher weitergehende Forderungen. Diese setzen an drei großen Themenbereichen an, in denen ein Umsteuern erreicht werden müsste, wenn die Ziele des WFS überhaupt langfristig erreicht werden sollten.

1. Zentrale Forderung ist es, die Aktivitäten von Staaten und anderen Akteuren an den Verpflichtungen des Rechts auf Nahrung zu orientieren. Eine auf dem Rechtsansatz basierende Umsetzung des Aktionsplans könnte helfen, die für Verletzungen des Rechts auf Nahrung verantwortlichen Akteure auch tatsächlich verantwortlich zu machen. Im bisherigen Follow-up Prozeß wird kein Land explizit untersucht oder kritisiert. Nur Positivbeispiele werden direkt benannt.

2. Zum zweiten fordern sie ein grundlegende Überarbeitung des derzeitigen globalen landwirtschaftlichen Entwicklungsmodells, dass auf industrielle Landwirtschaft, weitere Technisierung und neue Hochleistungssorten verbun-

den mit Patenten setzt. Agrarökologie, der Erhalt von Vielfalt in allen Bereichen, sowie ein Moratorium der Nutzung von gentechnisch veränderten Lebewesen werden neben vielen Details als Forderungen benannt.

3. Damit zusammenhängend fordern sie die Schaffung von handelsrechtlichen Rahmenbedingungen, die mithelfen, dass Entwicklungsländer wieder Spielräume für nationale agrarpolitische Maßnahmen erhalten, um eine kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern. Strittig ist zwar die strategische Schlussfolgerung für die Handelspolitik. Während manche Organisationen sich für die Einführung von Sonderregeln (wie einer Development box) im Rahmen der WTO stark machen, fordert die Mehrzahl der NRO, den Bereich der Landwirtschaft wieder aus dem Regelwerk der WTO herauszunehmen und im Rahmen einer getrennten Konvention neu zu regeln. Die Intention ist jedoch dieselbe, Schaffung von Spielräumen für eine nationale Agrarpolitik, sofern sie sich an Ernährungssicherheit orientiert. Schlagwort der Zivilgesellschaft dafür ist der Begriff „Ernährungssouveränität“/ „Food Sovereignty!“.

Die an dem bisherigen Prozeß beteiligten Nichtregierungsorganisationen haben sich auf internationaler Ebene gut organisiert. Eine „International Core Group“ bereitet zusammen mit den italienischen NRO die geplante Gegenveranstaltung der Zivilgesellschaft und die parallelen Aktivitäten für den Juni 2002 vor. Für alle zentralen Themen wurden Hintergrundpapiere erarbeitet, die jetzt den regionalen Vorkonferenzen zur Debatte vorliegen. Parallel zu diesen Vorkonferenzen gibt es auch parallele NRO-Treffen, auf denen die gemeinsamen Positionen diskutiert werden. Die Ergebnisse der regionalen Diskussionsprozesse werden anschließend vor dem Gipfel zusammengetragen und sollen dann im Juni als gemeinsame Plattform dienen, um den bisherigen verschlafenen Nachfolgeprozeß anzuschieben und wirkungsvoll Veränderungen einzufordern.

*Michael Windfuhr*

Der Autor arbeitet im Internationalen Sekretariat der Menschenrechtsorganisation FIAN in Heidelberg und ist dort für Kampagnen- und Lobbyarbeit zuständig (Kontakt: Windfuhr@fian.org).



# Die Arbeit zum Thema „Entschuldung“ geht weiter

Von der Kampagne „Erlaßjahr2000“ zum Bündnis „erlassjahr.de“

**Der Weltwirtschaftsgipfel von Köln im Juni 1999 ist ein Meilenstein in der jüngeren Geschichte der Erlaßjahr2000-Bewegung. Damals haben die reichen Regierungen der G7 und die Internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank den ärmsten und hochverschuldeten Ländern des Südens mit der so genannten „Kölner Schuldeninitiative“ den bis dahin weitest gehenden Schuldenerlass zugesagt. Sie taten dies unter starkem Druck der internationalen Bewegung „Erlaßjahr2000“ (international: „Jubilee2000“), die während des Gipfels in Köln eine große Menschenkette rings um das Kongressgelände organisierte und den verantwortlichen Politikern symbolisch 24 Millionen Unterschriften überreichte, die zuvor auf der ganzen Welt für den Schuldenerlass gesammelt worden waren.**

In den folgenden zwei Jahren allerdings - bis zum G7-Gipfel in Genua - passierte dann in Sachen Schuldenerlass für die Länder des Südens überhaupt nichts mehr. Im Rückblick wird das Kalkül der deutschen Bundesregierung und ihrer Kolleg/innen deutlich: die Erlaßjahr2000-Bewegung, die 1997 entstanden und danach rasant gewachsen war, sollte mit einem begrenzten Erlaß (der maximal 70 Mrd. von insgesamt 2500 Mrd. US-\$ Schulden des Südens umfasste) zufrieden gestellt werden, um dann das Jahr 2000 gelassen auszusitzen.

Schließlich machte zu diesem Zeitpunkt schon der Name der weltweiten Kampagne „Erlaßjahr2000“ ihre zeitliche Befristung deutlich. Allen Beteiligten war klar, dass jenseits der symbolkräftigen Jahrtausendwende eine derart große Mobilisierung nicht fortzusetzen sein würde. Allein in Deutschland hatten sich der Kampagne insgesamt 2024 Organisationen angeschlossen. Schließlich gibt es auch andere wichtige Aspekte im Nord-Süd-Verhältnis und die Kräfte einer Solidaritätsbewegung in diesem Land waren schon immer begrenzt.

„Erlaßjahr2000“ stand deshalb am Ende seiner vorgesehenen Lebensdauer im

Sommer 2001 vor dem Dilemma, die Arbeit zum Thema Entschuldung entweder wie geplant einzustellen oder aber eine geeignete Form der Weiterarbeit zu finden. Die Mitträger, kirchliche und nichtkirchliche, bundesweite und lokale, formelle und informelle Organisationen, die der damalige Kampagnenrat Ende 2000 und Anfang 2001 befragte, optierten mehrheitlich für ein „Dranbleiben“ am Thema. Ausgedrückt wurde damit zum einen die Solidarität mit den Menschen in den verschuldeten Ländern, die sich schließlich auch nicht aussuchen können, ob sie sich mit der Frage der Verarmung ihrer Länder durch den Schuldendienst weiterhin auseinandersetzen wollen oder nicht. Es spielte aber auch eine Rolle, dass viele Aktive der Erlaßjahr2000-Kampagne die Bundesregierung mit ihrem „Placebo-Erlaß“ von 1999 nicht davonkommen lassen wollten. Genauso wie sich engagierte Menschen hierzulande für eine Entschuldung Boliviens oder Tansanias einsetzten, hatten sich beispielsweise auch Netzwerke zu Indonesien oder Ecuador gebildet – beides Länder, die trotz dramatisch wachsender Armut und hoher Auslandsverschuldung von der Kölner Schuldeninitiative nicht einmal in den Blick genommen wurden. Weitere Krisensituationen in veritablen Mitteleinkommensländern wie Argentinien zeichneten sich zudem bereits ab.

Auf diesem Hintergrund wurde im Mai 2001 in Münster das Nachfolgebündnis erlassjahr.de gegründet, das die Arbeit der Kampagne seitdem weiterführt. Bis zum Februar 2002 haben sich rund 650 der ehemals 2000 Mitträger dem Bündnis angeschlossen und ihre Bereitschaft zur inhaltlichen und finanziellen Unterstützung erklärt. Wie bereits bei Erlaßjahr2000 kommen die meisten von ihnen aus dem kirchlichen oder kirchennahen Bereich. Es sind aber auch eine ganze Reihe nicht konfessioneller Mitträger an Bord des neuen Bündnisses erlassjahr.de

## Alte und neue Aktionsformen

Auf zwei Mitträgersammlungen in den Jahren 2000 und 2001 haben die Aktiven diskutiert, in welcher Form und mit welchen Schwerpunkten die Arbeit weitergehen kann. Es wurden einige Weichen gestellt:

- erlassjahr.de ist keine Kampagne, sondern ein Bündnis. Auch wenn die Mitträger sich zunächst nur für einen begrenzten Zeitraum von drei Jahren verpflichteten, sollten Frau Wieczorek-Zeul und Herr Eichel nicht darauf spekulieren, dass sie eine soziale Bewegung aussitzen können.
- Das Bündnis stellt allen, die zum Themenbereich „Verschuldung des Südens“ in Deutschland arbeiten, Grundlegende Informationen zur Verfügung und eröffnet Möglichkeiten gemeinsamer Arbeit zum Thema. Regelmäßige Informationen über den Fortgang der bestehenden Entschuldungsprogramme, ihre konzeptionelle Veränderung und die mit ihnen einhergehenden Bedingungen bilden die Infrastruktur der thematischen Arbeit. Dazu gibt es eine regelmäßig aktualisierte Homepage ([www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de)) und den vierteljährlich erscheinenden Kampagnen-Kurier.
- Wie schon bei der Erlaßjahr-Kampagne sucht das Bündnis auf allen Ebenen die Auseinandersetzung mit Regierung und Parlament. Insbesondere Gespräche mit lokalen MdB waren in der Vergangenheit ein wichtiges Instrument, um die Forderung nach wirksamer Entschuldung aus den Wahlkreisen heraus an die Bundesregierung heranzutragen. Darüber hinaus gibt es aber auch wieder eine zentrale öffentliche Aktion, die im März startet. Ihr Motto: „Entschuldung fair ändern“. Damit werden Bürger/innen in Deutschland eingeladen, ihre Unterstützung für die Forderung nach einem fairen Entschuldungsverfahren FTAP (siehe unten) im örtlichen Eine-Welt-Laden, per Postkarte oder im Internet mit ihrer Unterschrift und einem „Fairness-Ring“ auszudrücken.
- Die Ländernetzwerke innerhalb des Bündnisses setzen sich mit den jeweils spezifischen Gegebenheiten der Verschuldungssituation ihrer Länder auseinander. So konzentriert sich beispielsweise das Ecuador-Netzwerk im Moment auf die skandalöse Finanzierung der den ecuadorianischen Regenwald bedrohenden „OCP-Pipeline“ durch die West-LB. Nicht nur, um das desaströse Projekt im letzten Moment doch noch zu stoppen, sondern auch



um deutlich zu machen, dass solche Projekte in den Ländern des Südens überhaupt nur eine Chance haben, weil damit ein eigentlich untragbarer Schuldendienst für die nächsten Jahre abgesichert werden soll. Eine faire und transparente Lösung des ecuadorianischen Schuldenproblems würde die Bedrohung eines der artenreichsten Gebiete der Erde ökonomisch schlicht überflüssig machen.

### Der Dominanz der Gläubiger an die Wurzeln gehen

Politisch erschöpft sich die Arbeit aber nicht in einer Kritik an den bestehenden unzulänglichen Entschuldungen und der Forderung nach ihrer Ausweitung. Die Geschichte von „Erlaßjahr2000“ sowie der Entschuldungsarbeit von Nichtregierungsorganisationen in der Zeit vor der Kampagne lehrt, dass eine tragfähige Lösung des Überschuldungsproblems nicht zu erreichen ist, solange die Gläubiger die Verfahren dominieren. Konkret: Seit 1989 gewähren Regierungen, Banken und Internationale Finanzinstitutionen im Rahmen des „Pariser Clubs“ der Regierungen bzw. des „Londoner Clubs“ der Geschäftsbanken überschuldeten Ländern begrenzte Schuldenerleichterungen. Diese erweisen sich zuverlässig als unzulänglich, und insbesondere die Rahmenwerke des Pariser Clubs führen dazu, dass einmal entlastete Länder sich innerhalb weniger Jahre wiederum in einer Situation der Zahlungsunfähigkeit befinden und deswegen erneut in Paris um Streckung oder Teilerlass ihrer Zahlungsverpflichtungen einkommen müssen. Dies liegt in erster Linie daran, dass in den Verfahren des Pariser Clubs die Gläubiger gleichzeitig Kläger, Richter und Gutachter in einer Person sind. Das ist eine Konstellation, die in keinem funktionierenden Rechtsstaat vorstellbar wäre, und von der niemand ernsthaft Ergebnisse er-

wartet, die andere als die Interessen der Gläubiger zufrieden stellt.

Deswegen konzentriert sich das Bündnis jetzt auf die Forderung nach neuen, rechtsstaatlichen Verfahren zwischen internationalen Schuldnern und Gläubigern. Die Idee eines „Fairen und transparenten Schiedsverfahrens“ (FTAP) anstelle der bisherigen Gläubigerclubs wird auf Initiative internationaler Erlassjahr-Kampagnen bereits in der UNO („Financing for Development“) sowie mit Regierungen in Nord und Süd diskutiert. Sogar der US-amerikanische Finanzminister hat sich im September 2001 für ein Internationales Insolvenzverfahren anstelle der immer teureren Rettungsoperationen („Bail-outs“) des IWF für hoch verschuldete Schwellenländer wie Argentinien ausgesprochen.

Im November hat sich dann selbst der Internationale Währungsfonds IWF diesen Vorschlag zu eigen gemacht. IWF-Vize-Direktorin Anne Krueger legte ein noch sehr grobes Konzept für ein internationales Insolvenzverfahren vor, das wichtige Elemente des Vorschlags von [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de) aufnimmt – an einigen Stellen, insbesondere, was die Rolle des Fonds selbst im Verfahren angeht, aber auch von ihm abweicht. Als Teil einer internationalen Bewegung führt [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de) an diesem Punkt die Auseinandersetzung mit dem Management des IWF ebenso wie mit den Regierungen, die dort den Ton angeben – an prominenter Stelle der Bundesregierung.

### Ein offenes Netzwerk

Das Bündnis [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de) steht allen offen, die sich mit der Bereicherung der reichen Länder auf Kosten der armen durch einen untragbaren und ungerechten Schuldendienst nicht abfinden und praktische Alternativen entwickeln und politisch durchsetzen wollen. Mitträger können Organisationen jeder Art und Größe werden, die die Ziele des Bündnisses teilen und einen Beitrag zur Finanzierung der gemeinsamen Arbeit leisten.

Über die finanzielle und politische Unterstützung hinaus bietet es die Möglichkeit zu vielfältigem Engagement:

- Die im Büro des Bündnisses und von den Fachorganisationen aufbereiteten Materialien können für die eigene Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen zu Nord-Süd-Themen genutzt werden.
- Öffentliche Aktionen zu besonderen Anlässen tragen das Thema in die Öffentlichkeit. Dazu gehören Demonstrationen, Mahnwachen, Postkarten- und Faxaktionen, aber auch Gespräche mit örtlichen Bundestagsabgeordneten oder Bankern.
- Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit den Schwerpunktthemen des Bündnisses; dazu gehört die Entschuldung einzelner Schwerpunktländer wie Ecuador, Indonesien, Tansania, Sambia, Peru und anderen; aber auch thematische Gruppen, die sich mit der Umsetzung eines Schiedsverfahrens, mit den Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme und Alternativen dazu oder aber mit der Frage der Legitimität der Forderungen des Nordens an den Süden beschäftigen. Alle Gruppen sind offen und freuen sich über weitere Interessent/innen.

Die jeweils aktuelle Liste der Arbeitsgruppen und Kontaktmöglichkeiten sind im Kampagnen-Kurier und auf der Homepage zu finden. Zentraler Ansprechpartner ist das Kampagnenbüro: [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de), Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg, Tel: 02241/591226; fax: 591227; E-Mail: [bueroe@erlassjahr.de](mailto:bueroe@erlassjahr.de). Homepage: [www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de)

Jürgen Kaiser

Der Autor ist Leiter Erlassjahr-Kampagne



# ATTAC und die Tobin Tax

## *Eine Steuer als Verbindungsanker für zivilgesellschaftliche Bewegungen*

**Die Einführung einer Tobin Tax ist eine der Hauptforderungen von ATTAC. Weitere Forderungen zielen ebenfalls auf die Regulierung der Finanzmärkte ab. Die zunehmend breitere Orientierung an den ökonomischen und sozialen Fragen der Globalisierung führt zwangsläufig zu einer Ausweitung und Anpassung des inhaltlichen Profils von ATTAC. Über die Thematik Finanzmärkte stehen schon jetzt Fragen zum internationalen Handel, zur Sicherung der Sozialsysteme und die Auseinandersetzung mit Krieg und Gewalt auf der Agenda.**

Schon vor Jahren entstand eine Allianz von Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Politikern des Südens und NGOs im Norden, die sich für die Steuer aussprachen. Das Tobin Tax Konzept, vielfach überarbeitet und verfeinert, fristete jedoch in der Vergangenheit ein Mauerblümchendasein.

Erst mit der medialen Wahrnehmung der globalisierungskritischen Bewegung und der gleichzeitig immer stärker werdenden Akzeptanzkrise des neoliberalen Modells änderte sich das Bild. Mittlerweile interessieren sich Medien und Politiker für die Bewegung und für die Inhalte der Globalisierungskritiker. In diesem Zusammenhang ist die Forderung nach Einführung der Tobin Tax zum ersten Mal in eine breitere Öffentlichkeit getragen worden. ATTAC wirkte bei diesem Prozess wie ein Katalysator.

ATTAC nutzt die „Diskurspforte Tobin Tax“: Wenn man über die Tobin Tax diskutiert, diskutiert man gleichzeitig auch über die Probleme an den Finanzmärkten, über machtpolitische Konstellationen der Weltwirtschaft und auch immer über Umverteilung. Bei der Tobin Tax geht es vor allem um Umverteilung - von Reich nach Arm, von Nord nach Süd.

### **Finanzmärkte stabilisieren...**

Im gleichen Maße, wie das Volumen der Finanzströme angewachsen ist, sind die Finanzmärkte instabiler geworden und haben sich Finanzkrisen gehäuft. Hauptursache für die Instabilität auf den Finanzmärkten sind die kurzfristigen Kapitalströme: Die Dominanz kurzfristiger Transaktionen auf den Finanzmärkten

führt dazu, dass langfristige Erwartungen, die sich aufgrund volkswirtschaftlicher Fundamentaldaten bilden, zunehmend an Bedeutung verlieren und kontinuierlich Anreize für kurzfristige Spekulationen geschaffen werden.

Zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems müssen daher die destabilisierenden kurzfristigen Kapitalbewegungen vermieden werden und die Masse der Finanzflüsse auf ein angemessenes und sinnvolles Maß reduziert werden. Genau an diesem Punkt setzt der Vorschlag einer Tobin Tax an.

Der größte Teil der Devisenumsätze hat den Zweck, kurzfristige Kursdifferenzen im Promille-Bereich zu nutzen. Bei einem entsprechend hohen Einsatz lassen sich auf diese Weise beträchtliche Renditen erzielen. Eine geringfügige Besteuerung würde einen Teil dieser Transaktionen unrentabel machen.

Durch die Besteuerung werden alle Devisentransaktionen teurer. Durch die unterschiedlichen Fristigkeiten der Finanzströme sind die Effekte auf die unterschiedlichen Geschäfte aber sehr unterschiedlich: Ein Handelsgeschäft oder eine Auslandsinvestition wird zunächst einmal zwar verteuert, bleibt aber angesichts des geringen Steuersatzes (0,05 – 0,25 %) weiterhin rentabel. Ganz anders dagegen die kurzfristigen Spekulationsgeschäfte. Während bei einer langfristigen Realinvestition der einmalige Abschlag sich in zu vernachlässigender Größenordnung auf den Gewinn auswirkt, bekommt die Steuer bei kurzfristigen Anlagen einen prohibitiven Charakter.

Kurzfristige Transaktionen werden gegenüber Langfristigen marktlich diskreditiert. Damit stabilisiert eine Devisenumsatzsteuer generell die Finanzmärkte. Zusätzlich entfällt durch den Rückgang der kurzfristigen Transaktionen für Händler der Anreiz, auf kurzfristige Kursanstiege bzw. -rückgänge zu spekulieren. Die destabilisierende Überliquidität der Finanzmärkte würde abgebaut, indem die „alltägliche“ Spekulation gebremst wird. Zuletzt könnten Notenbanken ihre Geldpolitik in Grenzen wieder als Instrument makroökonomischer Steuerung einsetzen (Zinssenkungen zur Ankurbelung des Investitions- und Konsumverhaltens), ohne dass es unmittelbar zu Kapitalabzug käme.

### **... Entwicklung Finanzieren**

Angesichts der Krise der Entwicklungsfinanzierung – auf der einen Seite durch das kontinuierliche Schrumpfen öffentlicher Entwicklungshilfe und auf der anderen Seite ob des erhöhten Finanzierungsbedarfs im Umwelt- und Sozialbereich – ist es unumgänglich neue Finanzierungsmittel für internationale Aufgaben zu schaffen.

Am intensivsten findet die Auseinandersetzung mit der Devisenumsatzsteuer statt, deren Steueraufkommen selbst bei nur 0,25 % und einer pessimistischen Prognose mehr als doppelt hoch wie die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe aller OECD Staaten zusammen wäre.

Die Steuererhebung wäre unproblematisch, denn Banken und Fonds haben in den vergangenen Jahren Zahlungsverkehr und Abwicklung von Finanzgeschäften mit Hilfe der Computertechnik stark formalisiert und vereinfacht, so dass weder neue Steuerbehörden, noch kostenintensives Personal und Verwaltung notwendig wären. Eher problematisch erscheint die Frage der Verteilung der Gelder. Wer soll oder darf über die Verteilung der Gelder entscheiden? und wofür werden die Einnahmen verwendet?

Im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung scheint die internationale Verteilung der Steuereinnahmen die optimale Lösung. Dazu müssten keineswegs neue Institutionen geschaffen werden. Die UNO-Vollversammlung könnte das Mandat erhalten, die Gelder zu verteilen. Die Verwendung sollte nicht zweckgebunden sein, sondern sich an öffentlichen und global bedeutsamen Aufgaben – z.B. Armut, Umweltzerstörung, AIDS - orientieren.

Das Haupthindernis für die Einführung einer Devisenumsatzsteuer liegt jedoch ohnehin nicht beim Problem der Verteilung der Einnahmen. Wenn politisch eine grundsätzliche Weichenstellung zu Gunsten der Steuer gefallen ist, wären Verhandlungen dazu zwar auch ein zähes Ringen um das jeweils größtmögliche Stück des Kuchens, aber sie würden mit Sicherheit zu einem erfolgreichen Kompromiss führen, da alle Beteiligten etwas zu gewinnen haben.

*Peter Waldow*

Der Autor ist Mitarbeiter von WEED





## Brennpunkt

# Kann PPP den armen Ländern helfen ?

## *Chancen und Risiken von Privatisierung in der Wasserwirtschaft*

**Privatisierung ist ein heikles Thema. Im Zuge der Globalisierung lässt sich ein vermehrter Trend zur Privatisierung feststellen – auch zur Privatisierung bisher öffentlich bereitgestellter Güter. Dazu gehört Wohnraum genauso wie die Wasserver- und Entsorgung.**

Das BMZ geht davon aus, dass das Zusammenfließen öffentlicher und privater Beiträge Synergieeffekte bewirkt. Daher haben BMZ und GTZ ein PPP-Programm ins Leben gerufen. Als Private Public Partnership (PPP) bezeichnet man da-

bei Partnerschaften von Staat und privater Wirtschaft bei Vorhaben, die einen entwicklungspolitischen Nutzen erbringen und gleichzeitig im Interesse der beteiligten Privatunternehmen liegen. Mit dem PPP-Programm wollen das BMZ und die GTZ innovative Wege der Entwicklungszusammenarbeit aufzeigen.

Diese positive Einschätzung dieser Kooperationen wird für die Wasserver- und Entsorgung von Alexander Reyes-Knoche von der Firma AquaMundo geteilt. Die Firma hat ein Konzept erstellt, das das Verhältnis zwischen Entwicklungszusam-

menarbeit, öffentlich-rechtlichen Betreibern, privaten Partnern und den Kunden regelt. Dabei soll das Empfängerland von know-how und Kapital des privaten Partners profitieren.

Uwe Hoering kritisiert diese Privatisierungsprozesse massiv. Vor allem in Entwicklungsländern sollte die Wasserwirtschaft nicht privatisiert werden. Selbst eingesetzte Regulierungsbehörden seien nicht stark genug, um eine Verschlechterung der Situation für die Ärmsten zu verhindern. Er sieht im derzeitigen Prozess eine Aushebelung zentraler Elemente der Entwicklungspolitik

# 1. Privatisierung der Wasserwirtschaft in den Entwicklungsländern

## *Das PPP-Konzept von AquaMundo*

**Die Sicherung der nachhaltigen Trinkwasserversorgung und der umweltgerechten Abwasserentsorgung ist bereits jetzt in allen Ländern der Welt von zunehmend hoher Bedeutung. Zur Lösung dieser zentralen Aufgabe haben sich im Laufe der Zeit verschiedene Organisationsformen entwickelt, alle ausgehend von öffentlich rechtlichen Strukturen. Der gegenwärtige Trend der Entwicklung geht weltweit in die Richtung zunehmender privaten Beteiligung (PPP – Public Private Partnership).**

In den Entwicklungsländern verfügt man noch nicht über konkrete Ergebnisse der privaten Beteiligung im Wassersektor. Es gibt verschiedene Initiativen mit guten oder schlechten vorläufigen Ergebnissen. Auch sind in den Entwicklungsländern die Erfahrungen mit der Einbeziehung von privaten Organisationsformen in der Wasserversorgung recht neu.

Grundsätzlich kann die Einführung privater Elemente in der Wasserversorgung

und Abwasserentsorgung in der Form von Managementverträgen, Managementverträgen mit erfolgsabhängiger Vergütungskomponente, Konzessionsverträgen, BOT/BOOT Modelle, Akquisition der Unternehmen oder Beteiligung an den Unternehmen erfolgen. Zunehmende private Kapitalbeteiligung erhöht den notwendigen Einfluß der staatlichen Regulationsinstrumente und steigert die Effizienz der Unternehmen.

Private Beteiligung ist jedoch nur sinnvoll wenn sowohl die operativen Kosten, als auch die Finanzierung gedeckt sind, und ein Gewinn in Aussicht gestellt werden kann. Die wichtigste Kennzahl bei allen privaten Beteiligungen, die „debt coverage ratio“, muß positiv ausfallen.

Die erfolgreiche Beteiligung des privaten Sektors hängt weiterhin von verschiedenen Faktoren ab:

- politische Faktoren, z.B. politische Stabilität des Landes und/oder Bereitschaft des Landes eine Privatsektorbeteiligung zu fördern bzw. zuzulassen
- sozioökonomische Bedingungen und Bevölkerungs- bzw. Kundenstruktur

- ökonomische Bedingungen, z.B. Kosten, Bedarf, Effizienz
- technische Randbedingungen, z.B. Zustand der Infrastruktur, Bedarfsdeckung, Zielplanung, Erneuerung, Erweiterung

### **„Spirale des Misserfolgs“**

Die Situation der Wasserversorgung in den Entwicklungs- und Schwellenländer folgt einer „Spirale des Mißerfolgs“: Einer Mißwirtschaft des Unternehmens folgt gezwungenermaßen ein schlechter Service. Demzufolge sinkt die Zahlungsbereitschaft der Kunden. Als Konsequenz der geringen Einnahmen kann das Unternehmen aus eigener Kraft keine Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der Dienstleistungen initiieren. Ein technischer und wirtschaftlicher Verfall des Unternehmens ist schließlich unumgänglich. Die Beteiligung des privaten Sektors bewirkt eine Umkehrung der Spirale.

### **Möglichkeiten der Regulierung**

Die wichtigste Schnittstelle zwischen privatem Unternehmen und öffentlicher Kontrolle ist die Regulierungsbehörde.



Die Regulierungsbehörde ist zuständig für das Ausbalancieren des wirtschaftlichen Interesses des Privatsektors und der Versorgungsverpflichtung.

Ziel ist einerseits die Garantie der Grundversorgung zu erschwinglichen Preisen für die Bevölkerung, und andererseits die Deckung der operativen Kosten und der Finanzierung und der Aussicht auf eine Erfolgskomponente für den privaten Betreiber.

Die Regierungen und Entwicklungshilforganisationen suchen eine enge Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, um gemeinsam Lösungen für den Wassersektor in den Entwicklungsländern zu finden, denn einerseits sind die privaten Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern stark angestiegen, und andererseits sind die öffentlichen Mittel zur Umsetzung entwicklungspolitischer Ziele gesunken.

Enge Zusammenarbeit staatlicher und privater Einrichtungen in Geberländern, z.B. in Form eines Public Private Partnerships kann dabei folgende Chancen und Grenzen aufweisen:

**Chancen einer engen Zusammenarbeit:**

- Über PPP wird privates Kapital und Know-How mobilisiert
- Eine Partnerschaft zwischen dem privaten Investor und beispielsweise der KfW gewährleistet eine Art politische Geländefunktion für den privaten Investor (political comfort, additionality). Dies gilt für die Verbesserung der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen
- Optimierung der Initiativen

**Grenzen einer engen Zusammenarbeit:**

- mangelnde Erfahrung
- Berührungspunkte
- unterschiedliche Arbeitsweisen / Denkweisen
- unterschiedliche Prioritätensetzung bezüglich: Gewinn, Profitabilität und Wirtschaftlichkeit, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit, Förderung von Randgruppen, Fixierung auf Grundsätze der Entwicklungszusammenarbeit

**Das PPP-Konzept von AquaMundo**

AquaMundo hat zur Lösung der Problematik im Wassersektor in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein Konzept entwickelt, bereits in einigen Ländern vorgestellt und den bilateralen und multilate-

ralen Gebern als Modell empfohlen. Das AquaMundo – Konzept sieht PPP zwischen deutscher Entwicklungszusammenarbeit, Privatunternehmen und öffentlichen Trägern im Partnerland vor und betrachtet diese Möglichkeit als den deutschen alternativen Weg im internationalen Wettbewerb. Dieses Konzept ist vor allem bei der KfW positiv aufgenommen worden.

**Die Ziele des AquaMundo – Konzeptes lauten:**

- In Entwicklungsländern einen effizienten und wirtschaftlich tragfähigen Betrieb der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung nachhaltig sicherstellen;
- Hierzu eine langfristig eigenständig funktionierende Betriebsorganisation aufbauen;
- Dabei die Stärken der lokalen öffentlich rechtlichen Partner fördern und fordern;
- Und die Schwächen lokaler Strukturen durch Privatsektorbeteiligung kompensieren und beseitigen;
- Mittelfristig und stufenweise staatliche Subventionen abbauen und die soziale Ausgewogenheit der Versorgung sichern, unter Beachtung sozialverträglicher Tarifgestaltung.

**Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit ist dabei:**

- Die EZ als Katalysator für die Sicherstellung nachhaltiger Infrastruktur nach dem „deutschen“ partnerschaftlichen Modell;

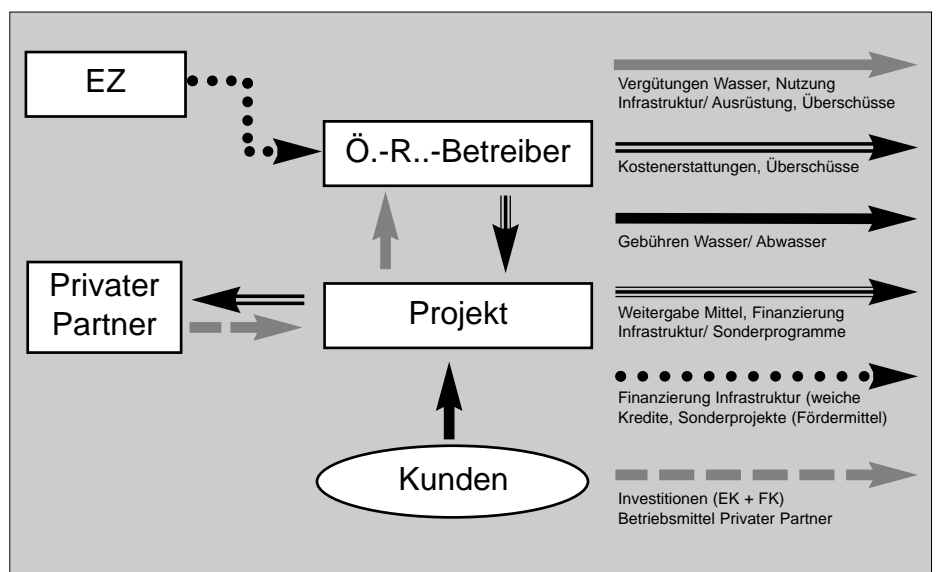
- Einsatz vorhandener PPP-Förderinstrumente zur langfristigen Sicherstellung der Beteiligung deutscher Anbieter an diesem Modell;
- Bereitstellung weitergehender Förderinstrumentarien zur institutionellen und finanziellen Begleitung des Prozesses (weiche Kredite, Zuschüsse).

**Die Rolle der Privatunternehmen:**

- Erfüllung der Anforderungen an PSP/PPP als Know-How-Träger mit Fachkompetenz und finanzieller Leistungsfähigkeit;
- Grundprinzipien: leistungsabhängige Vergütung, graduell steigende finanzielle Beteiligung und Risikoübernahme, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit vorhandenen Trägern;
- Stärkung der vorhandenen Träger durch maximale Einbeziehung und Förderung bestehender Kompetenzen und Potentiale.

Zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung durch die Einbindung des privaten Sektors werden im AquaMundo – Konzept die Komponenten Betriebsführung, Investitionen und Sonderprogramme vorgesehen, die in der unten aufgeführten Abbildung näher erläutert werden.

Die folgende Abbildung zeigt die Finanzströme, die für die verschiedenen Aktivitäten vorgesehen sind.



Schema der Finanzströme im AquaMundo - Konzept.



### Fallbeispiel: Küstenregion der ehem. Rep. Montenegro

Das AquaMundo – Konzept wird seit etwas mehr als einem Jahr in der Küstenregion der ehemaligen Republik Montenegro mit Erfolg angewendet. Ziel ist dort die Wasserversorgung in sechs Städten dauerhaft sowohl für 150.000 Bewohner, als auch für 250.000 Touristen, die in den Sommermonaten dazukommen, zu sichern. In einer späteren Phase ist die Reinigung der Abwässer, die gegenwärtig

ungeklärt ins Meer gelangen, geplant. Beteiligt an diesem PPP-Projekt sind neben der AquaMundo GmbH die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) und die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), aber auch die lokale Wasserbehörde PEW. Mitte 2002 ist die Gründung eines privaten Zweckverbandes aus DEG, AquaMundo und lokalen Investoren unter Federführung der AquaMundo GmbH angedacht. Dieses neugegründete Unter-

nehmen MonteAqua soll die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der Küstenregion Montenegros auf unbestimmte Zeit übernehmen. Das Montenegro – Projekt gilt als gutes Beispiel für die gemeinsame Umsetzung eines Public Private Partnerships Konzeptes.

Alexander Reyes-Knoche

Der Autor ist Project Manager bei der AquaMundo GmbH

## 2. Falsche Partnerwahl

*Die Entwicklungszusammenarbeit sollte die Privatisierung im Wassersektor nicht fördern*

**Bekanntlich stagniert die öffentliche Entwicklungshilfe seit Jahren. Als Ausweg setzt die Entwicklungspolitik auf ein dreifaches Wunder durch die "Entwicklungspartnerschaft" mit der Privatwirtschaft: sie erhofft sich davon eine wundersame Geldvermehrung, eine bessere Versorgung der armen Bevölkerungsgruppen und eine nachhaltige Entwicklung.**

Doch Wunder dauern bekanntlich etwas länger, wie die bisherigen Erfahrungen mit dieser Partnerschaft bestätigen. Mehr noch: Die Privatisierungsideologie führt dazu, dass die Entwicklungspolitik für die Taube auf dem Dach den Spatz in der Hand fliegen lässt, sprich: bessere Ansätze zur Lösung der Wasserkrise vernachlässigt.

### Öffentlich-Private-Partnerschaft

Dem großen Vorbild Weltbank nahehernd, hat auch die deutsche Entwicklungspolitik die Privatisierung - euphemistisch auch Öffentlich-Private-Partnerschaft, PPP, genannt - zu einem zentralen Fixpunkt ihres Denkens und Handelns ge-

macht. Dafür setzt sie alle Mittel ein, die ihr zur Verfügung stehen: politischen Einfluss, ja Druck auf die Regierungen des Südens, subventionierte Kredite und den ganzen Instrumentenkasten der Entwicklungszusammenarbeit - alles im Namen der Entwicklung. Privates Profitstreben, Armutsminderung und nachhaltige Entwicklung, so die in vielen Varianten wiederholte Botschaft, lassen sich vereinbaren, zum Nutzen und Frommen aller. Und deshalb sei der Einsatz von Steuergeldern dafür gerechtfertigt.

### Hergang des Prozesses

Der Prozess läuft meistens so ab: Auf Drängen von IWF, Weltbank oder Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wird die Wasserver- und Abwasserentsorgung ganz oder teilweise privaten Unternehmen - meist mächtige, global operierende Versorgungskonzerne wie Ondeo, Thames Water oder AquaMundo - übertragen, nicht selten gegen massiven politischen und gesellschaftlichen Widerstand. Die Entwicklungszusammenarbeit hilft auch dabei, günstige Bedingungen für den privaten Investor zu schaffen: durch die Identifizierung rentabler Bereiche, durch Umschuldung, die Entlassung von Angestellten oder die Bereitstellung zinsgünstiger Kredite. Vertragliche Verpflichtungen und autonome Regulierungs-

behörden sollen sicherstellen, dass der private Versorger seine wirtschaftliche Machtstellung als Monopolist für die Versorgung mit dem lebenswichtigen Gut Wasser nicht missbraucht, etwa durch überhöhte Preise, und Umwelt- und Gesundheitsstandards und vertragliche Zusagen auch einhält. Soweit die von vollmundigen Versprechungen begleitete Overtüre. Die folgenden Akte sehen dann meist ganz anders aus:

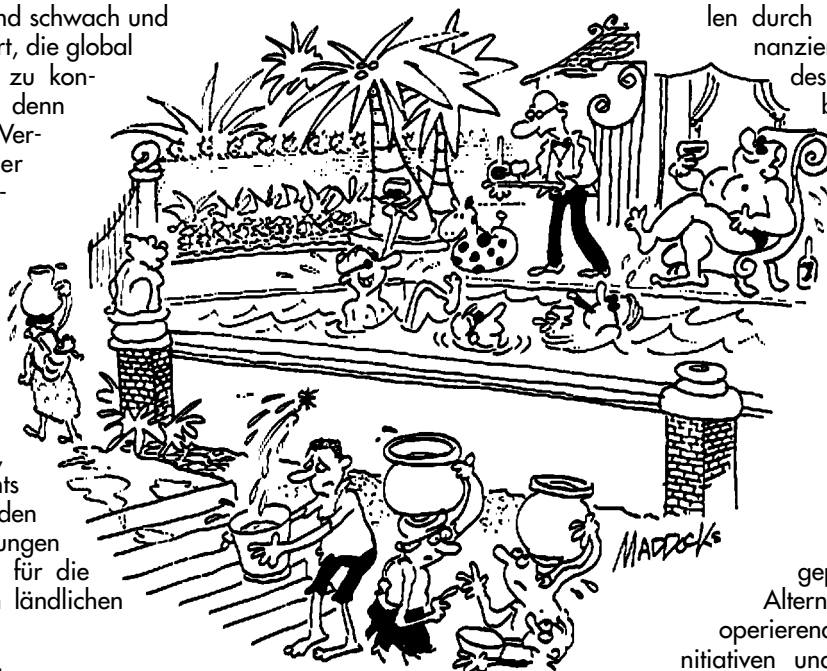
- Es gibt viele Beispiele dafür, dass nach einer Privatisierung das Wasser massiv teurer wird, von Cochabamba über Abidjan bis nach Manila. In vielen Städten wird den Verbrauchern, die nicht zahlen können, der Hahn abgedreht. Korruption ist im Wassersektor weit verbreitet.
- Die Hoffnung, durch die Konzerne würden substanziiell zusätzliche Investitionen mobilisiert, erfüllt sich in vielen Fällen nicht: sie holen sich ihre Investitionsmittel dort, wo sich auch öffentliche Unternehmen finanzieren, über die Gebühreneinnahmen, also von den Kunden, oder von öffentlichen Finanzinstitutionen wie der Weltbank oder der KfW.
- Gleichzeitig ist es der Entwicklungszusammenarbeit nahezu unmöglich,



„Mitnahmeeffekte“ durch Unternehmen zu verhindern: Wie sollen die Beteiligungen eines Unternehmens überprüft werden, das mit treuem Augenaufschlag versichert, ohne subventionierte Kredite würde es keine müde Mark investieren, wohl wissend, dass die Entwicklungspolitik scharf darauf ist, ihr Konzept der „Partnerschaft“ durch Erfolg zu schmücken?

- Eine Regulierung und Kontrolle durch staatliche oder autonome Instanzen findet in der Regel kaum statt: entweder solche Institutionen existieren überhaupt nicht, oder sie sind schwach und hoffnungslos überfordert, die global operierenden Goliaths zu kontrollieren, geschweige denn bei Verstößen gegen Vertragsbedingungen oder Umweltauflagen zur Rechenschaft zu ziehen.
- Die Profitorientierung der privaten Unternehmen führt dazu, dass das Wasser dorthin fließt, wo das Geld ist - in die wohlhabenderen Stadtviertel, zu den Luxushotels, zur Industrie. Wo nichts zu verdienen ist, werden meist auch keine Leitungen gelegt - in die Slums, für die Abwässer oder in den ländlichen Regionen.

gend benötigte Entwicklungsgelder aufgezungen. Zudem wird der Spielraum der Länder für eine selbstbestimmte, umfassende Politik, etwa im Wassersektor, weiter eingeschränkt. Regierungen, Stadtverwaltungen und Kommunen werden abhängig von global operierenden Konzernen mit weltumfassenden Geschäftsstrategien, die sie nicht vorhersehen, geschweige denn beeinflussen können, von ausländischer Technologie und Experten.



### 3. Suche nach Alternativen wird verhindert

Knappe öffentliche Mittel werden zur Subventionierung global operierender, finanzkräftiger Konzerne eingesetzt und fehlen damit für die Umsetzung bestehender Alternativen. Zum einen müssten die einheimischen öffentlichen Versorgungsunternehmen, die nach wie vor den größten Teil der Versorgung leisten, gestärkt werden. Dafür, dass das möglich ist, gibt es viele Beispiele. Sie können allerdings nur dann wirtschaftlich operieren und auch die Versorgung in ärmeren Stadtteilen durch „Quersubventionierung“ finanzieren, wenn die „Filetstücke“ des Wassersektors, die rentablen Bereiche wie die Versorgung wohlhabender Stadtviertel oder Industriegebiete, nicht an private Versorger vergeben werden, die die Gewinne ins Ausland schaffen. Der zweite Teil der Lösung der Krise im Wassersektor ist die Stärkung lokaler Selbsthilfe-Initiativen. Auch hier gibt es erfolgreiche Vorbilder für selbstbestimmte, lokal angepasste und kostengünstige Alternativen. Anders als global operierende Unternehmen sind Basisinitiativen und öffentliche Unternehmen aber auf Entwicklungsgelder angewiesen, da sie bei Banken kaum Kredite bekommen. Dafür sind die Aussichten, dass sie soziale und ökologische Anforderungen erfüllen, weitaus größer, unterliegen sie doch, anders als die Global Players, stärkerer Kontrolle durch die Öffentlichkeit, durch gewählte kommunale Vertretungen oder durch die Nutzer selbst.

Uwe Hoering

Nähere Informationen zu diesem Thema: weed Arbeitspapier Privatisierung im Wassersektor, von Uwe Hoering, 40 Seiten, Preis: 5 Euro (zzgl. Versandkosten), zu bestellen bei weed, Bertha-von-Suttner-Platz 13, 53111 Bonn, oder: [www.weedbonn.org](http://www.weedbonn.org)

### Öffnung des Wassermarktes ist die Folge

Der wichtigste Erfolg der Partnerschaft besteht denn auch darin, den Konzernen den zukunftsträchtigen Wassermarkt in den Ländern des Südens zu öffnen. Dafür werden zentrale Elemente der Entwicklungspolitik ausgehebelt:

#### 1. Privatisierung häufig aufgezwungen

Immer wieder beteuern Weltbank und Co., wie wichtig die „Ownership“ für den Erfolg von Entwicklungsprogrammen sei: Regierungen sollen selbst entscheiden, welche Programme wie umgesetzt werden. Doch die Privatisierung – nicht nur im Wassersektor – wird den Regierungen vielfach als Teil von Strukturanpassungsprogrammen und Vorbedingung für drin-

#### 2. Eingeschränkte Transparenz

Durch die Beteiligung der Versorgungskonzerne, deren soziale Verantwortung und ökologisches Bewusstsein nur so weit reicht wie der „shareholder value“, werden die Transparenz von Entscheidungsprozessen, Verträgen und Erfolgskontrollen, die Beteiligung von Nutzern oder eine gründliche Prüfung von sozialen oder Umweltauswirkungen stark eingeschränkt - der Investor lässt sich weder gerne in die Karten, spricht: seine Kosten- und Gewinnkalkulationen schauen, noch liebt er langwierige Verfahren. Damit werden sowohl demokratische Kontrollmöglichkeiten, die u.a. wichtig sind für die Korruptionsbekämpfung, unterlaufen, als auch ein umfassendes, koordiniertes Umweltmanagement.

## Aktuell

# Neue Chefin im Klimasekretariat

*Joke Waller-Hunter wechselt von der OECD nach Bonn*

**Sie muss gleichzeitig 120 Mitarbeiter zu Höchstleistungen anspornen und, Diplomatin sein. Und das alles mit dem Ziel, das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls bis zum Weltgipfel in Johannesburg doch noch zu ermöglichen. Die bisherige Leiterin des Umweltdirektorates der OECD Joke Waller-Hunter verlässt ihren derzeitigen Posten und stellt sich neuen Herausforderungen in Bonn.**

Im Januar hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi A. Annan Joke Waller-Hunter zur neuen Exekutiv-Sekretärin des UN-Sekretariats der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) ernannt. Sie tritt die Nachfolge von Michael Zammit Cutajar an, der sich Ende Januar zur Ruhe gesetzt hat. Sie verlässt damit ihren jetzigen Arbeitsbereich als Leiterin des OECD-Umweltdirektorates, wo sie seit 1998 tätig war.

Joke Waller-Hunter blickt schon jetzt auf eine bewegte berufliche Laufbahn zurück. Bevor sie bei der OECD eintrat, war sie von 1994-1998 Leiterin des CSD-Sekretariats.

Von 1984 bis 1994 arbeitete sie beim niederländischen Ministerium für Wohnbau, Raumordnung und Umwelt. Als Vizechefin für Internationale Umwelt-Angelegenheiten war sie aktiv an den Vorbereitungen zur UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (Rio de Janeiro 1992) beteiligt. Von 1992-1994 war sie als Leiterin der Strategischen Planung verantwortlich für die Vorbereitungen des 2. Nationalen Umweltplans der Niederlande.

Die Niederländerin begann ihre berufliche Laufbahn 1973 in einer Bezirksregierung in Nord-Holland, wo sie als Referentin für Umweltinformation und für die Koordinatorin der Umweltplanung zuständig war.

### **Sekretariat der Klimarahmenkonvention**

Zur Zeit hat das UNFCCC Büro in Bonn ca. 120 Mitarbeiter, die u.a. in politischen, technischen und logistischen Bereichen arbeiten. Die Exekutivsekretärin ist Leiterin des Klimasekretariats und gleich-



Joke Waller-Hunter

zeitig Beigeordnete Generalsekretärin der Vereinten Nationen. Die Rolle des Sekretariats besteht darin, der Konvention und seinen Gremien zuzuarbeiten und den Prozess der Konvention zu erleichtern.

Joke Waller-Hunter mag Herausforderungen. Das, so sagt sie, ist vermutlich einer der Gründe, warum sie sich entschieden hat, die neue Position anzunehmen. Gerade die bisher komplizierten und komplexen Verhandlungen stellen für sie einen Reiz dar – und dass eine Menge Arbeit ansteht.

Bisher hat sie ihren neuen Posten noch nicht angetreten aber als Optimistin geht sie davon aus, dass das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls bis zum Johannesburg-Gipfel noch machbar ist.

Da das Kyoto-Protokoll sehr „innovativ“ ist, d.h. sehr viele nicht erprobte Neuerungen enthält, müssten möglichst bald nach dem Inkrafttreten erst einmal mehrere Beispiele für die verschiedenen Mechanismen in die Realität umgesetzt werden. Nur so könne gezeigt werden, dass die Mechanismen funktionieren. Dies wiederum könne das Vertrauen in den Kyoto-Prozess stärken („building confidence“).

Die nationale Klimastrategie der USA (zum Zeitpunkt des Interviews war sie noch nicht veröffentlicht) müsse sehr genau geprüft werden, um nach Gemein-

samkeiten, nach „common ground“ zu suchen. Es sei sehr wichtig, weiterhin das Gespräch mit den USA zu suchen, da sie ein sehr wichtiger Akteur seien.

Auf die Frage nach der Einbeziehung der „normalen“ Bevölkerung – für die ja der Kyoto-Prozess im allgemeinen ein Buch mit sieben Siegeln ist – meinte sie, dass sie nicht so stark zwischen „Wirtschaft“ und „Bevölkerung“ trennen würde. Schließlich sei die Bevölkerung über ihre Wirtschaftskraft ein sehr starker Teil der Wirtschaft. Man müsse der Bevölkerung klar machen, dass jede Form von Änderungen sich auch auf sie auswirken werde – die positiven Ergebnisse des Verhandlungsprozesses genauso wie die Destabilisierung

des Klimaregimes. Hierfür müsse der Prozess möglichst durchsichtig gestaltet werden und verständlich vermittelt werden. Über Konkrete Maßnahmen oder mögliche Veränderungen in der Arbeit des Sekretariats konnte sie noch keine Angaben machen.

Hoch oben auf ihrer Agenda stehen also Transparenz, Information und Vertrauensbildung. Sie hält sehr viel von Partizipationsmodellen, also auch der Beteiligung der NGOs. Hierbei betonte sie ihre Wurzeln in der CSD-Szene. Sie hofft, dass die bisherige gute Kooperation weiter bestehen bleibt.

Auf Bonn freut sie sich unter anderem deshalb, weil sie gehört hat, dass es hier landschaftlich sehr schön sein soll. Sie hofft, dass hier die Luft gut ist, weil sie gerne mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt. Auch von der Umtriebigkeit der Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann hat sie schon gehört und freut sich drauf, sie kennen zu lernen.

Monika Brinkmüller

Die Autorin ist Mitarbeiterin in der Projektstelle des Forums Umwelt & Entwicklung

Die Informationen basieren auf einem Telefoninterview mit Joke Waller-Hunter am 12.02.2001



# Nationale Nachhaltigkeitsstrategie: Weder nachhaltig noch Strategie

## *Eine kritische Analyse nachhaltiger Entwicklung in Deutschland*

Ein Auftrag von Rio 1992 war, dass alle Staaten Nationale Nachhaltigkeitsstrategien erstellen sollen. So wie die Kommunen lokale für sich überlegen sollten, wie sie die Agenda 21 umsetzen („Lokale Agenda 21“), sollten dies auch die Nationalstaaten tun. Diese an sich logische Konsequenz aus der ambitionierten Agenda 21 wurde von der Bundesregierung jahrelang abgelehnt. Erst im Sommer 1998 zeichnete sich mit der einstimmigen Empfehlung der Enquetekommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“, eine solche Strategie zu erstellen, eine Trendwende ab.

Nach dem Regierungswechsel übernahm der Unterausschuss im Januar 2000 die Empfehlung der Enquetekommission, und die Regierung war beauftragt, nicht nur die Strategie zu erstellen, sondern zwecks gesellschaftlicher Partizipation auch einen Rat für Nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Schliesslich hatte die Agenda 21 festgestellt, dass die Aufgabe der Nachhaltigen Entwicklung so umfassend ist, dass Regierungen sie ohne die Mitwirkung der gesellschaftlichen Gruppen nicht umsetzen könnten.

### Regierung zögerlich

Wer nun erwartete, die Bundesregierung würde zügig ans Werk gehen, bis zum bereits damals feststehenden „Rio+10“-Gipfel die Versäumnisse nachzuholen, sah sich allerdings schwer getäuscht. Bis Februar 2001 gab es weder einen Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), noch irgendeinen erkennbaren Prozess, die lange verbummelte Strategie zu erstellen.

### Wenig Partizipation

Nun rückt Johannesburg näher, und plötzlich muss alles ganz schnell gehen. Die Bundesregierung hat sich daher zu dem einfacheren Verfahren entschlossen, den RNE seine eigenen Papiere schreiben

zu lassen und die Strategie einfach alleine zu erstellen. Die gesellschaftliche Partizipation beschränkt sich auf einige zweistündige Gesprächstermine mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen, deren Anregungen allerdings bisher kaum aufgegriffen wurden. Dennoch behauptet die Bundesregierung, „die Erarbeitung der Strategie ging einher mit einem breit angelegten Dialog, in dem Bürger und Bürgerinnen sowie die gesellschaftlichen Gruppen ihre Vorschläge und Anregungen einbringen konnten“. In jedem Entwicklungsland hätten wir eine solche Behauptung als Zeichen von „bad governance“ angeprangert und echte Partizipation eingefordert.

### Karikatur einer Strategie

Was seit Januar als „Entwurf einer Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ vorliegt und im Internet unter [www.dialog-nachhaltigkeit.de](http://www.dialog-nachhaltigkeit.de) abrufbar ist, kann selbst von Gutwilligen nur noch als Karikatur einer Nachhaltigkeitsstrategie bezeichnet werden. An der praktisch völlig fehlenden gesellschaftlichen Partizipation will ich mich gar nicht lange aufhalten, sondern rein am vorliegenden Entwurf. Nur mit einem Satz sei angemerkt, dass das Parlament an der Nachhaltigkeitsstrategie noch weniger partizipiert wird und dementsprechend die politische Bindungswirkung einer solchen Strategie sich rein auf die gegenwärtige Exekutive beschränkt.

### Analyse fehlt

Wenn eine Nachhaltigkeitsstrategie einen Sinn machen soll, erwartet man zunächst eine ehrliche Analyse, wo Deutschland bisher nicht nachhaltig ist, warum das so ist und schliesslich strategische Lösungsoptionen, wie man das ändern will. Schon diese elementaren Voraussetzungen fehlen in diesem 270-Seiten-Papier völlig. Es bleibt bei einer Ansammlung von Fakten, Statistiken und Diagrammen, und der Schlussfolgerung, Deutschland ist auf dem richtigen Weg. Im einzelnen werden 3 umweltpolitische Themen vertieft behandelt:

### Energiepolitik: Weiter so

Sucht man etwa in den Ausführungen zur Energiepolitik nach politischen Innovationen oder wenigstens Ansätzen einer neuen Politik, findet man nichts. Wir erinnern uns: vor wenigen Jahren hatte das Umweltbundesamt noch festgestellt, der Energiesektor sei der „Flaschenhals für Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“, in dem vieles stecken bleibt. Die Nachhaltigkeitsstrategie kündigt demgegenüber die Fortsetzung der bisherigen Energiepolitik an. Das soll wohl heissen: sie ist schon nachhaltig. Da verheddert man sich schon auch mal in Widersprüche, wenn etwa die Ökosteuerreform nicht fortgesetzt werden soll, weil die Energie schon teuer genug ist, gleichzeitig auf S.117 stolz verkündet wird, dass die industriellen Strompreise in der EU in Deutschland am niedrigsten sind. Die stereotypen Bekenntnisse zur heimischen Kohle im einsamen Kohlesubventions-Weltrekordhalterland haben mit Nachhaltigkeit natürlich auch nichts zu tun, sondern mehr mit spezifisch sozialdemokratischen Politikritualen.

### Fehlannonce auch im Verkehrssektor

Wenn auf S.123 erklärt wird, Ziel sei es, die insbesondere im Verkehrsbereich anhaltende CO<sub>2</sub>-Emissionsentwicklung zu stoppen und umzukehren (dort steigen die Emissionen am stärksten), sucht man vergeblich irgendwelche Massnahmen, wie das geschehen soll. Stattdessen die lapidare Aussage, der motorisierte Verkehr wächst auch weiterhin, und am allermeisten der Luftverkehr (S.146). Lediglich auf S.143 findet sich die Aussage, man plane „Klimaschutzkampagnen im Gebäudebereich und Verkehr“, und auf S.142 „Anreize zur Vermeidung und Verlagerung von Verkehr ohne Einschränkung der Infrastrukturfunktion und der Mobilität“. Verglichen mit der politischen Realität reine Augenwischerei: jährlich 5 Mrd € für Autobahnausbau (verschämt auf S.159 als „Schliessung von Lücken im Autobahnnetz“ tituliert!), überall öffentliche Mittel in Milliardenhöhe für Flugha-

fenausbauten, Kürzungen der ÖPNV-Mittel des Bundes gegen den erbitterten Widerstand der Länder, erklärtes Bekenntnis des Kanzlers zu keinen weiteren Ökosteuern auf Benzin und Erhöhung der ohnehin überhöhten Nettoneuverschuldung des Bundes um 2.3 Mrd € für sinnlose Transrapidprojekte.

### Flächenverbrauch: Politische Hilflosigkeit

Die richtigen und in dieser Deutlichkeit in regierungsamtlichen Publikationen (abgesehen vom UBA) noch kaum da gewesenen Aussagen darüber, dass der derzeitige Flächenverbrauch von täglich 130 ha auf 30 ha bis 2020 zurückgeführt werden solle, bleiben folgenlos, trotz eines eigenen Kapitels (S.239-249). Wie soll das denn geschehen? Lapidare Aussagen, das sei in erster Linie Länder- und Kommunalangelegenheit (S.239), helfen nicht weiter. Auch die auf S.146 richtige Analyse, dass die Suburbanisierung eine wichtige Ursache dafür ist, bleibt ohne naheliegende Konsequenzen. Zwar sagt die Regierung selbst „Es fehlt an ökonomischen Anreizen, die zu einem anderen Verhalten führen würden“ (S.246), aber Konsequenzen werden daraus keine gezogen. Kein Wort zur Streichung der Entfernungspauschale als äusserst wirksame Zersiedelungssubvention, trotz des Eingeständnisses, dass diese Entfernungspauschale „in erster Linie zugunsten der Pkw-Ferpendler wirke“ (S.246). Wenn auf S.240 konstatiert wird, dass im Wohnungseigentumsbereich die Flächennachfrage trotz sinkender Bevölkerung weiter steigt, reicht es nicht, zu sagen: „Für die künftige Entwicklung ist ins Bewusstsein zu rufen, dass Wohnungseigentumsbildung nicht nur auf der grünen Wiese, sondern verstärkt auch im Innenbereich stattfinden sollte“ (S.240). Da muss man über Konsequenzen bei der Wohnungseigentumsförderung nachdenken (aber das fällt unter das in Deutschland ohnehin extrem unbeliebte Thema Subventionsabbau), oder über Konsequenzen bei Grundverbrauchssteuern.

### Fazit

Mit der Fortsetzung der gegenwärtigen nicht-nachhaltigen Energie-, Verkehrs- und Flächenverbrauchspolitik wird Deutschland nie nachhaltig, aber eine neue Energie- und Verkehrspolitik ist definitiv nicht geplant.

### Zur Entwicklungspolitik

fällt vor allem auf, wie dünn die Liste der neuen, zusätzlichen politischen Massnahmen ist. Ankündigungen für weiteren Schuldenerlass: exakt Null. Aussagen für erleichterten Marktzugang für Entwicklungsländer: Nichts Neues. Hermes-Reform: Fehlanzeige. Aussagen, wie der sinkende Etat für Entwicklungszusammenarbeit wieder auf das Niveau von 1993 oder gar 0.7% gebracht werden soll: noch nebulöser als sonst. Zwar wird die Verpflichtung bekräftigt, 0.7% „so schnell wie möglich“ zu erreichen, aber wie das dann gehen soll, findet man in dieser „Strategie“ nicht. Da wird stattdessen die EU-Kommission, die für Schröder sonst nur die Quelle allen Übels ist, herangezogen: „Die Bundesregierung wird in Gesprächen mit der EU-Kommission zu konkreten Schritten hinsichtlich der Erreichung dieses Zieles mit allen EU-Mitgliedsstaaten konstruktiv mitwirken“ (S.259). Zu diesem Ablenkungsmanöver fällt mir nur der Kommentar ein: Das einzige, was es dazu bedarf, sind Gespräche in der Koalition und im Bundestag, wie man jede Menge völlig sinnloser Staatsausgaben vom Transrapid über Flughafenausbauten bis zu den Kohlesubventionen in den Entwicklungsetat umleitet. Der 3.6 Mrd € umfassende Entwicklungsetat könnte schon mit den geplanten 2.3 Mrd € für den Transrapid um mehr als 60% erhöht werden. Bei der Vermeidung sinnloser Staatsausgaben war die

EU-Kommission bisher vorwiegend Feind Nr.1 der Bundesregierung, wie man aktuell bei den Abwehrschlachten Schröders gegen die Pläne der Kommission sieht, Obergrenzen für Investitionssubventionen für Konzerne einzuführen (wie zB den 450 Millionen Euro für das neue BMW-Werk in Leipzig oder den 900 Millionen Euro für das Airbus-Werk im Hamburger Naturschutzgebiet Mühlenberger Loch, von Schröder persönlich gegen die Kommission durchgeboxt). Ist nun die Kommission auch noch dafür mitverantwortlich, wenn Deutschland die 0.7% nicht erreicht?

Schlussfolgerung: „Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist das politische Programm für ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Deutschland. Sie nennt für die nächsten Jahre Prioritäten und nennt konkrete Ziele und Massnahmen. Damit ist ein wichtiger Schritt hin zu einer nachhaltigen Entwicklung getan.“ In anderen Worten: Weiter so, Deutschland. Deutschland soll nachhaltig werden, in dem nicht-nachhaltige Politik umdefiniert wird, nicht indem sie geändert wird. Ich empfehle: Diese „Strategie“ ist unbrauchbar. Die Regierung sollte die Agenda 21 und das „Zukunftsfähige Deutschland“ studieren und neu anfangen.

Jürgen Maier

Der Autor ist Leiter der Projektstelle des Forums Umwelt & Entwicklung

## Neu im Netz: [www.rio-10.de](http://www.rio-10.de)

Aktuelle Materialien zum Weltgipfel in Johannesburg und der Rio+10 Kampagne

### „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten“

sind nun zu finden unter:  
<http://www.rio-10.de>  
Hier werden demnächst auch der Veranstaltungskalender und weitere Services zu finden sein.





# Richtige Themen, falsche Antworten

*Die Agenda für den Johannesburg-Gipfel steht*

**Etwa 2.000 Menschen tummelten sich vom 28.1. bis 8.2. im Keller des UN-Hauptgebäudes in New York um den Agenda für den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung festzuzurren. Zunächst durften alle sogenannten "Stakeholders", die im Agenda 21 aufgelisteten gesellschaftlichen Gruppen, sich äußern. Dies ist eine alte Tradition der in Rio entstandenen 'Commission for Sustainable Development' (CSD); bei diesem „Multistakeholder Dialogue“ hörten aber im Gegensatz zu früheren CSD-Erfahrungen mehr Regierungsvertreter zu. Vielleicht half dabei, das zumindest der erste Dialogabschnitt in der General Assembly Hall, also dem großen Saal des UN-Gebäudes, stattfand.**

Die Kulisse war beeindruckend. Und es gelang - auch das ist eher selten - in Ansätzen ein echter Dialog (oft werden einfach nur die Statements der stakeholder abgelesen). So hatten die NGOs gemeinschaftlich eine Konvention für die Verantwortung internationaler Konzerne ("Convention on corporate accountability") gefordert und dazu ein zweiseitiges Papier vorgelegt. Der Delegation Ungarns gefiel diese Idee und sie fragte ausführlich nach. Dies gab den NGOs die Gelegenheit die Notwendigkeit dieser Konvention noch genauer zu begründen und motivierte andere Stakeholder, wie Frauen, Jugend, Gewerkschaften, indigene Völker und Farmer, sich dieser NGO-Forderung anzuschließen. Plötzlich war ein neues Thema auf der Tagesordnung, das z.B. in den regionalen Konsultationsprozessen im Herbst des letzten Jahres noch eher ein Schattendasein geführt hat.

## **„Corporate Accountability“**

war das Thema der ersten Woche - sicherlich auch, da zur gleichen Zeit der Enron-Skandal die amerikanischen Nachrichten dominierte und am Ende der ersten Woche das „World Economic Forum“ ebenfalls in New York stattfand. Die Lobbyaktivitäten innerhalb des UN-Gebäudes wurden deshalb durch die Ereignisse außerhalb noch bestärkt (1)

## **Themen für Johannesburg**

Am Ende der ersten Woche legte der Chair des Prozesses, Professor Salim aus Indonesien, eine Liste von Themen vor, die die Resultate des bisherigen Vorbereitungsprozesses zusammenbringen sollte. Die Liste spiegelte sehr gut die erste Woche der Verhandlungen wieder - die Resultate der regionalen Vorbereitungskonferenzen waren darin aber kaum wiederzufinden. Dies war insofern ironisch, als im letzten Jahr verhindert worden war, dass die Themen für Johannesburg festgelegt wurden, eben weil unbedingt zunächst ein „bottom up“ Prozess mit regionalen Konsultationen stattfinden sollte. Am Ende der ersten Woche fragte man sich, was dieser „bottom up“ Prozess genau bewirkt hatte.

Über die Liste von Professor Salim wurde sofort verhandelt. Das Dokument wurde Punkt für Punkt durchgegangen, obwohl zunächst eine „allgemeine Einschätzungsrunde“ geplant war. Dieser Prozess war fast tödlich für das neue Thema „corporate accountability“. Die NGO Forderung war nämlich gleich auf die erste Seite der Chairman's „List of Issues“ gerutscht - und zwar genau in der Form in der es sich die NGOs gewünscht hatten (2). Diese prominente, frühe Nennung führte natürlich dazu, das einige gewichtige Gegner dieser Idee - die USA Japan, aber auch Südkorea, z.B. - sofort ihren Widerstand zu Protokoll gaben. Bei der ersten Diskussionrunde hatten viele noch nicht einmal den gesamten Text gelesen; aber die Seite 1 kannten alle und dazu äußerten sich dann vor allem Länder, sie sich nicht erst regional abstimmen müssen (wie z.B. die USA). Nur durch intensive Lobbyarbeit und vor allem auch die Tatsache, dass viele Länder innerhalb der G 77 sich positiv zu dem Thema äußerten, konnte in der zweiten Woche verhindert werden, dass das bestimmende Thema der ersten Woche wieder komplett von der Tagesordnung des Gipfels gestrichen wurde. Allerdings wurde die Bedeutung der „corporate accountability“ im endgültigen Text deutlich geschwächt und es wurden hauptsächlich freiwillige unverbindliche Initiativen gelobt und in Aussicht gestellt.

## **Inhaltliche Abschwächung**

Diese inhaltliche Abschwächung war typisch für die endgültigen Ergebnisse des Sitzungsmarathons, die man nur als enttäuschend bezeichnen kann. Die Regierungen waren sich zwar einig darüber, dass sie die wichtigsten Themen unserer Zeit, wie die Herausforderung der wirtschaftlichen Globalisierung und die fortbestehenden extrem unnachhaltigen Konsums- und Produktionsmuster in den Industrieländern, in Johannesburg behandeln müssen. Auch die Schlüsselthemen Energie und Wasser sollen einen prominenten Platz einnehmen. Aber bei all diesen Themen fehlt der Wille die nötigen strukturellen Veränderungen voranzubringen. So beschränkten sich die Regierungen, trotz einiger Proteste der G77 - allen voran Indiens - darauf, bei der Globalisierung die Weiterführung und Umsetzung der Ergebnisse der WTO-Konferenz von Doha zu fordern (3). Davon das man der wirtschaftlichen Globalisierung in Johannesburg soziale und ökologische Grenzen setzen will, war aber nicht die Rede. Im Bereich Wasser fehlte gleichzeitig jedes Bekenntnis gegen die Privatisierung dieser Ressource, wie es die NGOs fordern; und im Bereich Energie wird im abschließenden „Chair's report“ die Weiterentwicklung effizienter fossiler Energieträger als ein wichtiger Teil der Energiewende gesehen und ein Anteil an erneuerbaren Energieträgern von gerade mal 5% des globalen Energiebedarfs bis 2010 in Aussicht gestellt. Wenn die jetzt skizzierten möglichen Ergebnisse bereits das Maximale sind, was die Regierungen in Johannesburg an Antworten auf die drängendsten Themen unserer Zeit anzubieten bereit sind, dann ist schon jetzt absehbar, dass der Johannesburg Gipfel für die Nachhaltigkeit keinen Durchbruch bringen wird. Der Druck durch die NGOs wird deshalb in den nächsten Monaten wachsen müssen.

## **EU muss mehr führen**

Enttäuschend war auch, dass die EU als Block keinerlei Führungsrolle übernahm. Die spanische Präsidentschaft führte die EU extrem chaotisch. Die EU-Abstimmungen dauerten ewig (so dass die Spanier mindestens einmal nicht an ihrem Platz waren, als sie im Plenum aufgefordert





wurden zu sprechen) und die Spanier hielten sich dem Vernehmen nach dann auch nicht immer an die vereinbarten Formulierungen. Es gab ein einziges EU-NGO Treffen (in der zweiten Woche), das ebenfalls schlecht vorbereitet war. Zumindest zum Ende hin konnte man dieses Chaos nicht mehr mit der Tatsache, dass die Spanier erst seit Anfang des Jahres die Präsidentschaft führen, entschuldigen. Politisch war die EU auch häufig nicht progressiv. So sprach sich die EU z.B. gegen eine „Convention on corporate accountability“ aus, was unter den NGOs zu extremer Verärgerung führte. Eine Führungsrolle der EU ist notwendig, wenn der Johannesburg Gipfel gute Ergebnisse verabschieden will. Hier muss sich in den nächsten Monaten noch sehr viel ändern!

#### Demokratiedefizite

Eine Kampf Abstimmung gab es auch während der zwei Wochen in New York. Die EU erzwang eine Abstimmung über die Zulassung zum Gipfel für eine NGO, die für mehr Unabhängigkeit Tibets streitet. China bekämpfte die Akkreditierung dieser NGO – und zwar mit Erfolg. Eine sehr, sehr große Mehrheit sprach sich dafür aus, die betroffene NGO auszuschließen. Kein guter Tag für die Demokratie bei der UN.

#### Wer darf zum Gipfel?

Bei der PrepComm konnte man auch einiges weiteres über die logistischen Vorbereitungen in Südafrika erfahren. Leider gibt es in der internen Abstimmung der südafrikanischen NGOs noch einige Schwierigkeiten, so dass viele Details weiter unklar sind. Offensichtlich wurde aber in einer Präsentation der südafrikanischen Regierung, dass die bei der ersten PrepComm kritisierte Ghettoisierung der offiziellen Regierungsveranstaltung und des NGO-Gipfels weitgehend erhalten bleibt. Nur 1000 Nicht-Regierungsvertreter (d.h. inklusive Industrie!) werden jeden

Tag Zugang zu dem offiziellen Gipfelgeschehen erhalten. Dies wurde zwar erneut insbesondere von NGO-Seite kritisiert, scheint aber nicht mehr zu ändern. Gleichzeitig scheint es, dass die südafrikanischen Regierung sehr genau kontrollieren will, wer aus Anlass des Gipfels nach Johannesburg reist. So wird jeder, auch jemand der „nur“ am NGO Gipfel teilnehmen möchte, eine sogenannte „South African Accreditation“ benötigen – muss sich also offiziell bei der Regierung anmelden.

#### „Partnerschaftliche Abkommen“ als Ergebnisse

Interessant wird in den nächsten Monaten auch noch die Diskussion über die Form der Ergebnisse von Johannesburg. Es wurden in New York zwei Arten von Ergebnissen für den Gipfel angeregt. Einmal soll es natürlich ein zwischen den UN-Nationen ausgehandeltes Schlusskommunique geben, das völkerrechtlich verbindlich ist. Gleichzeitig will die UN aber auch „partnerschaftliche Abkommen“ zwischen Einzelstaaten, aber auch zwischen einzelnen „Stakeholdern“ als offizielles Ergebnis des Gipfels akzeptieren. Jeder Stakeholder soll sich in Johannesburg zu etwas verpflichten. Bisher fehlen aber jegliche Kriterien für derartige „partnerschaftliche Abkommen“ (darf auch die Atomindustrie gemeinsam z.B. mit einem Pro-Atom Staat Projekte anmelden?). Die NGOs machten sich außerdem über die weiteren politischen Konsequenzen dieser „partnerschaftlichen Abkommen“ Sorge. Ein mögliches Resultat dieser Regelung ist es, dass die Presse mit vielen positiven Einzelprojekten „abgespeist wird“ und damit der Druck auf die Regierungen zu einem überzeugenden Verhandlungsergebnis zu kommen sinkt. In New York war jedenfalls bereits erkennbar, dass Länder wie die USA durchaus darauf Hoffen, dass der Lärm dieser sogenannten „Type 2 outcomes“ die ma-

geren Ergebnisse des offiziellen Johannesburg-Prozesses verdecken könnte. Bis zur nächsten PrepComm müssen die NGO ihre Haltung zu diesen „partnerschaftlichen Abkommen“ klären.

#### Agenda steht – wo bleibt die Ökologie?

Die Agenda für Johannesburg steht und die richtigen Themen, wie Globalisierung, Produktions- und Konsummuster oder Wasser und Energie, werden in Johannesburg besprochen werden. Bisher sind aber die Antworten die die Regierungen auf diese wichtigen Herausforderungen zu geben bereit sind unzureichend. In vielen Punkten bahnt sich für Johannesburg nichts weiter als eine Fortschreibung der neoliberalen WTO-Politik auf dem Feld der nachhaltigen Entwicklung an. Die NGOs müssen in den nächsten Monaten den Druck – auch und gerade bei den PrepComms – erhöhen, wenn Johannesburg ein Gipfel zur ökologischen Gestaltung der globalen Gerechtigkeit werden soll, anstatt eines Eingeständnisses der Regierungen, dass ihnen nachhaltige Entwicklung nicht allzu wichtig ist und insbesondere Handelsinteressen im Zweifelsfall vorgehen.

Daniel Mittler

Der Autor ist Fachreferent für internationale Umweltpolitik beim BUND und koordiniert die Rio+10 Kampagne dessen internationalen Netzwerkes Friends of the Earth International (FoEI). Er ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung.

(1) Friends of the Earth International nutzte das World Economic Forum dazu, auch dort für eine Convention on Corporate Accountability zu werben. Z.B. verteilte Friends of the Earth einen Brief an 1200 Firmenchefs in dem sie aufgefordert werden, sich für eine derartige Konvention auszusprechen. Friends of the Earth International hat wie der BUND „corporate accountability“ zu einem Schwerpunktthema seiner Rio Arbeit gemacht. Ein Positionspapier finden sie unter [www.rio-plus-10.org](http://www.rio-plus-10.org).

(2) Punkt A 2 des Papiers las: „Launch negotiations for a multi-lateral agreement on global corporate accountability“

(3) Siehe auch Daniel Mittler, Rio minus 10, junge Welt, 16./17.2. 2002, Nr. 40

### Weitere Termine:

PrepComm 3, 25. 3. – 5. 4. 2002, New York

PrepComm 4, 27. 5. – 7. 6. 2002, Jakarta

Weltgipfel, 26. 8. – 4. 9. 2002, Johannesburg

### Alle Infos zum offiziellen Prozess gibt es unter

[www.johannesburgsummit.org](http://www.johannesburgsummit.org)

Infos zur Arbeit von Friends of the Earth International zu Rio+10: [www.rio-plus-10.org](http://www.rio-plus-10.org)



# Frischer Wind in der AG Landwirtschaft & Ernährung

*Auch Umweltverbände zeigen wieder mehr Interesse an der Arbeit der AG*

**Anfang Februar traf sich die AG Landwirtschaft&Ernährung in großer Runde in Rhöndorf. Die Aufrufe zur Mitarbeit während der letzten Wochen hatten große Wirkung gezeigt und mit knapp dreißig Teilnehmern und Teilnehmerinnen konnten wir ein sehr fruchtbares und richtungsweisendes Treffen durchführen. Alle Anwesenden hatten ein großes Interesse daran, dass die AG Landwirtschaft&Ernährung wieder aktiver wird als sie es im vergangenen Jahr war.**

In den letzten Jahren blieben die Umweltverbände zunehmend den Treffen der AG Landwirtschaft&Ernährung fern. Da aber das Forum Umwelt&Entwicklung ein Netzwerk der umwelt- und entwicklungspolitischen NROs ist, hat der Leitungskreis Ende letzten Jahres die Initiative ergriffen, und die großen Entwicklungs- und Umweltverbände zu einem Treffen eingeladen. Hier ging es darum, zu überlegen, wie eine Zusammenarbeit zum Themenkomplex Landwirtschaft in Zukunft aussehen kann. Einige Vertreter der Umweltverbände sehen sich u.a. aus Zeitgründen nicht in der Lage, sich kontinuierlich an den Aktivitäten der AG Landwirtschaft & Ernährung zu beteiligen, bzw. haben nur an einzelnen Themen Interesse. Es wurde deshalb angeregt, einmal im Jahr während der Grünen Woche ein großes Treffen zu veranstalten, um sich auszutauschen und über den aktuellen Arbeitsstand zu informieren. Erfreulicherweise waren auch einige Vertreter von Umweltverbänden bei dem AGLT-Treffen in Rhöndorf anwesend.

## Neuer Koordinator gewählt

Erneut hat die Koordination der AG Landwirtschaft&Ernährung gewechselt. Die drei Koordinatorinnen Susanne Gura, Nicole Podlinski und Gudrun Soergel, die die Koordination Anfang 2001 übernommen hatten, sind zurückgetreten und Rainer Engels, Geschäftsführer von GERMANWATCH, wurde zum neuen Koordinator gewählt. Er hat diese Tätigkeit be-

reits von 1996 bis Ende 2000 ausgeübt, mußte dann aber aufgrund seiner geschäftsführenden Arbeit bei Germanwatch pausieren. Die Mitglieder der AG Landwirtschaft & Ernährung haben es sehr begrüßt, dass er zur Zeit wieder freie Kapazitäten für die Koordination hat. Allerdings waren sich alle einig, dass es sinnvoll wäre, einen weiteren Koordinator aus dem Bereich der Umweltverbände zu gewinnen. Hierfür werden momentan noch Interessenten gesucht.

Gudrun Soergel wird Rainer Engels von seiten der Projektstelle des Forums bei der Arbeit für die AG Landwirtschaft&Ernährung unterstützen. Unter anderem ist sie zuständig für die Pflege des Verteilers, das Weiterleiten von Informationen und die Korrespondenz.

Die Hauptaktivität der AG Landwirtschaft&Ernährung war im letzten Jahr das Projekt zum „World Food Summit – Five years later“ (WFS-FYL), das seit Juni 2001 läuft (Einzelheiten dazu im letzten Rundbrief). Aufgrund der Verschiebung des WFS-FYL auf Juni 2002 läuft dieses Projekt noch bis Mitte dieses Jahres. Es wird seit 1. Februar von Annette Littmeier koordiniert.

## Neue Projektgruppen

Die AG Landwirtschaft & Ernährung hat in Rhöndorf drei neue Projektgruppen gegründet. In diesen Gruppen werden die Themen bearbeitet, die die AG als besonders relevant für dieses Jahr ansieht:

### 1. Welternährungsgipfel - fünf Jahre danach

(Ansprechpartnerin: Annette Littmeier) Diese Projektgruppe wird zunächst das Projekt zum WFS-FYL begleiten und beraten. Ein weiterer Schritt wird sein, die Verbindung zwischen dem Welternährungsgipfel in Rom und dem Rio+10-Gipfel in Johannesburg herzustellen und dafür einzutreten, dass die Themen der Welternährung auch in Johannesburg auf der Agenda stehen. Aufgrund der aktuellen weltpolitischen Lage wird sie sich außerdem mit dem Thema Sicherheitspolitik und Welternährung beschäftigen.

### 2. Agrarforschung und Gentechnologie

(Ansprechpartnerin: Susanne Gura) Dieses Projekt wird das laufende EU-finanzierte Projekt „Hungerbekämpfung durch internationale Agrarforschung“ begleiten und sich neben der Lobbyarbeit bei der CGIAR bzw. anderen Zusammenschlüssen zur internationalen Agrarforschung in den kommenden Monaten vermehrt auf die Zusammenarbeit mit anderen deutschen und europäischen NRO in diesem Bereich konzentrieren und inhaltlich u.a. zur Gentechnik arbeiten.

### 3. Internationale Agrarwende/WTO

(Ansprechpartner: Rainer Engels) Hier geht es darum die Agrarwende sowohl von entwicklungspolitischer als auch von umweltpolitischer Seite zu beleuchten. Ein konkretes Anliegen ist, die Plattform 2007, bei der bisher die internationalen Aspekte keine Berücksichtigung gefunden haben, zu beeinflussen. Dazu soll ein Positionspapier erstellt werden. Ausserdem werden in dieser Projektgruppe die Agrarverhandlungen der WTO wichtiges Thema sein. In diesem Zusammenhang ist gemeinsam mit der AG Handel im Herbst eine Studienreise nach Genf geplant.

Die Projektgruppen werden auf jedem Treffen der AG Landwirtschaft&Ernährung Bericht erstatten. Ihre Aktivitäten sind auf bestimmte politische Ereignisse und aktuell relevante Themen ausgerichtet. Deshalb werden sie nur für eine bestimmte Zeit existieren und nach Bedarf werden neue Projektgruppen gegründet.

Das Treffen hat die Mitglieder der AG Landwirtschaft&Ernährung darin bestärkt, dass ein Austausch zwischen den verschiedenen Organisationen sehr wichtig ist und gemeinsame Aktivitäten nicht notwendigerweise Mehrbelastung sondern auch Arbeitsteilung bedeuten können.

Weitere Interessierte sind herzlich willkommen!

*Gudrun Soergel*

Die Autorin ist Mitglied in der AG Landwirtschaft & Ernährung des Forums Umwelt & Entwicklung. Für weitere Informationen über die Arbeit der AG Landwirtschaft&Ernährung wenden Sie sich bitte an: Gudrun Soergel, Lessingsstr. 27, 53113 Bonn, gudrun.soergel@gmx.de



## Umweltszene auf einem Auge blind?

*Workshop fördert Wahrnehmung von feministischer Forschung*

**Am 28.11.01 fand in den Räumen des Forum Umwelt und Entwicklung ein Workshop der AG Frauen zum Thema „Wahrnehmung von Natur und die Bedeutung von Naturvorstellungen im wissenschaftlichen und politischen Raum“ statt.**

Hintergrund und Motivation für die Veranstaltung war ein abgeschlossenes Forschungsprojekt mit dem Titel „Natur - Wissenschaft - Nachhaltigkeit: Die Bedeutung ökologischer Wissenschaften im Nachhaltigkeitsdiskurs sowie deren Zusammenhang mit gesellschaftlichen Natur- und Geschlechtervorstellungen“, das im Auftrag des Bundesforschungsministeriums (BMBF) vom AK „Feministische Naturverständnisse“ der AG Frauen von August 2000 bis August 2001 durchgeführt worden war.

Dass feministische Forschungserkenntnisse und Theorieansätze im jeweiligen „mainstream“ der umweltwissenschaftlichen und umweltpolitischen, insbesondere politikberatenden Kreise nicht zur Kenntnis genommen werden, war eines der zentralen Ergebnisse dieser Studie. Diese „Rezeptionsblockade“ wirkt sowohl wissenschaftsintern z.B. im Bereich der Weiterentwicklung von theoretischen Zusammenhängen und Erklärungsmodellen als auch offenbar dann, wenn es um Fragen der gesellschaftspolitischen „Verwertbarkeit“ im Kontext der Anwendung geht, d.h. - bezogen auf unser Thema -, bei der Suche nach Gestaltungsmöglichkeiten

und Handlungsoptionen, nachhaltige Entwicklung „geschlechtergerecht“ zu realisieren.

Mit dem Workshop sollte die Scharnierfunktion der AG Frauen Mitglieder als Wissenschaftlerinnen in einem politischen Forum aktiv zum Tragen kommen. Ziel war es, Forschungserkenntnisse im Themenfeld „Geschlechterverhältnisse, Ökologie und Nachhaltigkeit“ mit einigen, in ihrer inhaltlichen Arbeit davon berührten, anwendungsorientierten umweltpolitischen Akteuren/innen zu diskutieren.

Letztlich sollte die Veranstaltung erste Impulse setzen, um die Kenntnisnahme und Rezeption feministischer Forschungserkenntnisse im Kontext der Nachhaltigkeit zu befördern und damit zu unterstützen, dass die Erkenntnisse aus dem Elfenbeinturm Forschung von eher handlungsorientierten Gruppierungen rezipiert und politisch wirksam werden können.

Ausgehend von vier Thesen (s.u.), die von externen Fachexperten/innen insbesondere aus dem Kreis der Umweltverbände kommentiert wurden, wurden Fragen nach den Naturvorstellungen und Geschlechterkonzeptionen in der inhaltlichen Arbeit der jeweiligen Umweltorganisation im besonderen und deren Relevanz im Nachhaltigkeitsdiskurs im allgemeinen diskutiert.

Angereichert wurde die Diskussion mit einem Vortrag von Claudia v. Braunmühl zu den strukturellen Widerständen und Hindernissen sowie den inhaltlich bedingten Blockaden, die einer Zur-Kennnis-

nahme und Berücksichtigung feministischen Erkenntnisgewinnes im Kontext der Nachhaltigkeit entgegenstehen.

### Thesen

- Ökologiebewegung und Nachhaltigkeitsdiskurs reproduzieren Natur-, Gesellschafts- und Geschlechtervorstellungen, gegen die sie auf anderen Ebenen gerade anarbeiten.
- Freie These zum Beharrungsvermögen gängiger Wissenschaft
- Die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche spiegelt sich in der Art, wie die Ökologie sich innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte präsentiert. Gleichzeitig stärkt und reproduziert die Ökologie die immanenten Grundannahmen und Priorisierungen der Ökonomie.
- Eine der wesentlichen Ursachen für die mangelnde gegenseitige Berücksichtigung von Erkenntnissen und Erfahrungen der Gender-Forschung über den Zusammenhang zwischen „Ökologie und Geschlecht“ einerseits und der mit ökologischen Themen befassten Natur- und Umweltschutzorganisationen andererseits liegt an grundsätzlichen Unterschieden in der Zielsetzung, Vorgehensweise, zeitlichen Erfordernissen und Strukturen ihrer jeweiligen Arbeitsbereiche.

*Nina Katz*

Die Autorin ist Mitglied der AG Frauen des Forums Umwelt & Entwicklung

## Zukunft gemeinsam gestalten – Rio + 10 im Nord-Süd-Dialog

*Konferenz des Eine-Welt-Netzwerkes NRW mit internationalen Partnerorganisationen*

**19.-21. April 2002 Münster Kolpinghotel**

in Zusammenarbeit mit:  
Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung

Infos bei: [www.lag3w.de](http://www.lag3w.de)





## Keine Trendwende in Sicht?

### *Tourismus 10 Jahre nach dem Erdgipfel*

**Ausgerechnet auf dem Marktplatz für anderes Reisen zückt eine Vortragsveranstaltung die „Rote Karte für den Tourismus?“ Der Titel der gleichnamigen hier vorgestellten Broschüre weckte beim Publikum des gut besuchten Reisepavillons in Hannover am 19. Januar 2002 große Neugier. Auf dicht gedrängten Stehplätzen erwarteten die Zuhörer zunächst eine Klärung: Warum die Farbe rot?**

**R**ote Karte meint einen Platzverweis, als deutlicher Appell an die Adresse der verantwortlichen Akteure des Tourismus, ins Training zurückzukehren und „fair play“ zu üben, so die ReferentInnen. Damit war ihr Anliegen von vorne herein transparent: So wie bisher könne es im Tourismus nicht weitergehen, und die stiefmütterliche Behandlung des Feriengeschäftes seitens der Politik sei endlich aufzugeben. Dem Tourismus komme - mit 700 Millionen Auslandsreisen als größter Wirtschaftssektor der Welt - gerade auch hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklungsperspektive besondere Verantwortung zu, die derzeit nicht wahrgenommen wird. Um hier den Rahmen für eine Wende abzustecken, präsentierten die ReferentInnen zehn Leitsätze und Forderungen für eine zukunftsfähige Entwicklung des Tourismus im 21. Jahrhundert. Angelehnt an die Inhalte der Kampagne des deutschen Forums Umwelt & Entwicklung zur Weltkonferenz für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg 2002 und den Kampagnenschwerpunkten in der Schweiz und in Österreich wurde ein Strategiepapier erarbeitet, das den Tourismus unter die Lupe nimmt. Verantwortlich zeichnet ein von dem deutschsprachigen Netzwerk DANTE (Die Arbeitsgemeinschaft für Nachhaltige Tourismusentwicklung) im September 2001 mit der Begleitung des tourismuspolitischen Geschehens im Hinblick auf den Weltgipfel mandatierte Autorenteam.

Angesichts der insgesamt dürrigen Ergebnisse seit Rio, ist der Tourismus mehr denn je gefordert, so der Tenor des von

12 entwicklungs- und umweltpolitischen NGOs und Initiativen unterzeichneten Strategiepapiers. Es fasst den nicht gerade glänzenden Ist-Zustand des Tourismus hinsichtlich der bedenklichen sozio-ökonomischen und ökologischen Auswirkungen in ihrer Verflechtung zusammen. Mit 10 Leitsätzen, unter denen sich jeweils gezielte Forderungen an alle Verantwortlichen im Tourismus finden, steckt das Autorenteam den Rahmen dessen ab, was ihrer Ansicht nach mindestens geschehen muss, wenn Tourismus zu einer sozial gerechteren Entwicklung der Reisedestinationen beitragen soll. Dieser Rahmen stellt gleichermaßen klar, dass soziale Verantwortung und Umweltgerechtigkeit im Tourismus nur durch eine Trendwende zu erreichen sind.

#### **GTZ und UNEP sehen Tourismus positiv**

Auf dem Reisepavillon organisierten die GTZ und UNEP anlässlich des internationalen Jahres des Ökotourismus der UN (IYE) das „International Forum“. Hier wurde Tourismus als Instrument für eine wirtschaftliche Entwicklung gerade der Länder der Dritten Welt wengleich behutsam, so doch voller Hoffnung betrachtet. Grundlage hierfür liefert ein Bericht der Welttourismusorganisation (WTO-OMT) und der UN-Konferenz zu Handel und Entwicklung (UNCTAD), wonach einige der Least Developed Countries (LDCs) ihre Stellung auf dem Weltmarkt dank Tourismus verbessern konnten. Dabei legt der gleiche Bericht ebenso den Schluss nahe, dass Tourismus die Armut bislang nicht reduzieren kann: Denn zehn der dreizehn Länder, in denen 80 Prozent der in absoluter Armut lebenden Menschen der Weltbevölkerung wohnen, verfügen über einen wichtigen Tourismussektor mit überdurchschnittlichem Wachstum.

#### **Lebensumstände der lokalen Bevölkerung bleiben unberücksichtigt**

Der Blick der NGO VertreterInnen fällt jedoch weniger auf nationale Statistiken denn auf die Lebensumstände der lokalen Bevölkerung. Denn allzu oft werden touristische Planungen ohne jegliche Teilnahme und selbst ohne Kenntnis der Bevölke-

rung geschmiedet: Land wird an Hotelketten verkauft, Strände werden weggeschaufelt und Golfplätze gebaut, Wälder zu »Ökoresorts« umdefiniert und Land für den Bau von Straßen beschlagnahmt, bevor die AnwohnerInnen sich über ihre Landrechte sachkundig machen können. Der Land- und Naturverbrauch des Tourismus schafft nicht nur, wie er angibt, Arbeitsplätze, er vernichtet auch Existenzgrundlagen. Vom Landverbrauch betroffenen sind insbesondere Menschen, die vom informellen Sektor, also von volkswirtschaftlich nicht erfassten Tätigkeiten leben. Diese machen aber in einigen Regionen bis zu 60 Prozent des Lebensunterhaltes insbesondere von marginalisierten Gemeinden aus. Gerade in den armen Ländern ohne funktionierende sozial-staatliche Sicherungssysteme ist der informelle Sektor für die Ernährungssicherung und Gesundheitsversorgung unverzichtbar. Naturverbrauch und Klimabelastung oder eine Einschränkung von Zugangs- und Verfügungsrechten werden zuallererst für die einheimische Bevölkerung und die kleinen Anbieter in den Destinationen spürbar und weniger für die flexible, transnational agierende Tourismusindustrie oder die mobilen TouristInnen. Und steigende Touristenankünfte können keineswegs immer die Verluste ausgleichen, die durch das übliche Abwälzen der Kosten des Ausbaus touristischer Infrastruktur auf die Allgemeinheit entstehen.

#### **Richtlinien für nachhaltige Tourismusentwicklung**

Die AG Rio +10 will darauf aufmerksam machen, dass die unter der Konvention für die biologische Vielfalt derzeit verhandelten »Internationale Richtlinien für Aktivitäten im Bereich nachhaltige Tourismusentwicklung und biologische Vielfalt« – ein an sich begrüßenswerter Vorstoß – keineswegs ausreichen, um eine Trendwende im Tourismus zu erreichen. Denn der gute Wille hinter dem Richtlinienentwurf, für eine nachhaltige Nutzung der Naturressourcen durch Tourismus und eine gerechte Verteilung der Gewinne aus deren Nutzung sorgen zu



## “Rio +10 - Rote Karte für den Tourismus? 10 Leitsätze und Forderungen für eine zukunftsfähige Entwicklung des Tourismus im 21. Jahrhundert”

Die Publikation wurde erstellt im Hinblick auf den Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung 2002 durch die AG Rio +10: Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung, Basel; FernWeh – Forum Tourismus & Kritik, Freiburg i. Br.; Naturfreunde Internationale, Wien; respect, Wien; TOURISM WATCH – Fachstelle des EED, Bonn; von DANTE - Die Arbeitsgemeinschaft für Nachhaltige Tourismusentwicklung.

Die Broschüre ist (gegen Versandkosten) in englisch, spanisch und deutsch ab März 2002 erhältlich bei:

Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung, Missionsstr. 21, CH-4003 Basel, Tel +41 61 261 47 42, Fax +41 61 261 47 21, info@akte.ch, www.akte.ch  
FernWeh – Forum Tourismus & Kritik, Postfach 5328, D - 79020 Freiburg i. Br., Tel +49 761 70 75 125, fernweh-iz3w@t-online.de, www.iz3w.org

wollen, wird von den Freihandelsabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) konterkariert. So “würdigt” das Dienstleistungsabkommen der WTO Tourismus als sein liebstes Kind: Die meisten Verpflichtungen zum Abbau von Handelsbeschränkungen wurden bislang im Tourismus eingegangen; seit 1995 haben über 120 der 140 Mitgliedsstaaten mindestens einen der vier Tourismus-Subsektoren liberalisiert. Der neuerlich vorgeschlagene Cluster-Ansatz, der mehrere tourismusrelevante Dienstleistungen wie medizinische Versorgung, Elektrizitätszuleitung und Umweltdienstleistungen, Straßen-

transportwesen und Wasserzulieferung zu einem Paket mit tourismustypischen Dienstleistungen bündeln soll, um sie dann in einem Schub den Freihandelsprinzipien zu unterstellen, bewirkt wohl eine enorme Beschleunigung des touristischen Wachstums. Der Infrastrukturausbau für das opulente Wachstum des Feriengeschäftes und die touristische Erschließung immer neuer Naturgebiete ist die Folge, die Einsparungen an Ressourcen wie Energie und Wasser durch ökoefiziente Technologien werden durch immer häufigeres Reisen in immer fernere Paradiese wieder zunichte gemacht.

### Bilanzbroschüre

Angesichts der Bilanz, die in der Broschüre “Zehn Jahre nach Rio - Rote Karte für den Tourismus?” gezogen wird, sind Beschlüsse wie das 1999 von der Kommission für Nachhaltige Entwicklung auf ihrer 7. Sitzung (CSD-7) verabschiedete Arbeitsprogramm für eine nachhaltige Ausgestaltung des Tourismus oder auch der Richtlinienentwurf unter der CBD richtig einzuordnen: Sie kommen häufig nicht über den völkerrechtlichen Status des »soft law« oder der politisch-moralischen Empfehlung hinaus, während die Industrieländer und auch die Regierungen vieler Entwicklungsländer den Freihandel durch eine globale Institution mit harten Rechtsverpflichtungen und Sanktionsmöglichkeiten stärken.

Als Reiseweltmeister sollten sich die drei Länder Deutschland, Österreich und die Schweiz nach Meinung der AG Rio +10 des DANTE Netzwerkes gerade auch für den Ferntourismus mitverantwortlich fühlen. Die Forderungen der Broschüre zielen auf eine Rahmenstruktur, welche die teilweise ungeheuren Anstrengungen der kleinen AnbieterInnen im Tourismus, die sich um verträgliche Angebote bemühen, nicht durch ressourcenverschließende Wachstumszwänge und Konkurrenzkämpfe um Billigreisen zunichte zu machen.

Martina Backes

Die Autorin ist freie Journalistin und Mitarbeiterin bei FernWeh

## Bewohnerbewegungen setzen wenig Hoffnung in Rio+10

### Privatisierung von Wohnraum schreitet ungehindert fort

Im Rahmen ihrer Vorbereitungen zu Rio+10 hat die AG Habitat eine Reihe von Bewohnerbewegungen in aller Welt um Beiträge und Einschätzungen gebeten. Welche Rolle spielen Agenda 21 oder auch die Habitat Agenda für die Wohnraum- und Siedlungspolitik im Lande oder für die eigene Praxis?

Das Ergebnis ist ernüchternd. Zwar kennen viele Organisationen diese Prozesse, für die faktische Siedlungspoli-

tik aber sind sie aus ihrer Sicht im Süden, Osten und Norden fast ohne relevante Bedeutung.

„Trotz der Anstrengungen auf internationaler Ebene, geeignete Strategien für eine nachhaltige Entwicklung zu definieren, konnte die konkrete Anwendung dieser Ideen in unserem Land bisher nicht überzeugen“, meint zum Beispiel Christina Almazan vom selbstorganisierten Wohnungsbauprogramm UCISV-CENVI im mexikanischen Xalapa. „Die Politik scheint eher von den Empfehlungen der

internationalen Bankenwelt bestimmt zu sein, als von den Plänen und Programmen, die aus der Initiative und unter Beteiligung der Bürger entstanden sind. Die Bemühungen um eine nachhaltige Wohnungsverorgung unterliegen der gleichen Logik. In den letzten Jahren hat sich diese Situation verschärft. Verantwortlich dafür war vor allem die Reduzierung der Sozialausgaben sowie eine Wirtschaftspolitik, die sich darauf konzentriert, die von den internationalen Banken geforderten makroökonomischen Kriterien einzuhalten. Hinzu kommt, dass auf der lokalen Ebene kaum jemand von der Existenz, dem Inhalt und der Bedeutung von Vereinbarungen wie der Agenda 21 oder der Habitat Agenda gehört hat.“



Quelle: BMZ

### Armutsbekämpfung ohne Staat?

Beispiel Senegal. Seit der Rio-Konferenz ist das westafrikanische Land immer mehr in die ökonomische und soziale Krise gesackt, die Verarmung und die Slum-Bevölkerung haben massiv zugenommen. „Der Druck zur Schuldentilgung sowie die Politik von G7, Weltwährungsfonds und Weltbank hat die Regierung zu einer wilden Privatisierung profitabler Unternehmen und der öffentlichen Dienste geführt“, stellt Sidiki Daff, Aktivist des westafrikanischen Forschungs- und Trainingsnetzwerk CERPAC die Situation im Lande dar. Betroffen ist zum Beispiel die Basisversorgung mit Trinkwasser in den Slums um Dakar. Nur eine Minderheit der 2 Millionen Einwohner der selbstgebauten Siedlungen Pikine und Guediawaye kann individuellen Zugang zu Wasser bezahlen, die Mehrheit ist auf den Wasserkauf an öffentlichen Brunnen angewiesen – und die sind nach der Privatisierung rarer denn je. Mehr als ein Drittel der Bewohner hat ein Einkommen unter 3,5 Euro im Monat, die Mehrheit ist in einer völlig prekarierten Ökonomie tätig: Vorsortieren von Abfällen, professionelles Betteln, Prostitution... Die Landflucht hält unvermindert an und dementsprechend das Wachstum der Elendsquartiere mit zahlreichen negativen Folgen für die Hygiene und die lokalen Umweltbedingungen. Ein Teil der Bevölkerung baut Sand an der Küste ab, beutet die Wälder aus – mit der Folge, dass das Meer immer weiter vordringt und Wälder verschwinden.

Während Weltbank und NGOs auf kleine Selbsthilfeprojekte wie Brunnen oder Müllentsorgung mit Eseln setzen, ist eine öffentliche Politik zur Überwindung der Armut faktisch nicht existent. Die Stadtverwaltungen haben kein Programm, kleine Armutsbekämpfungsbudgets versacken im Klientelismus, - ein Schicksal, vor dem auch internationale Hilfsprogramme und NGOs nicht gefeit sind.

„Die internationalen Organisationen verfolgen einen rein sektoralen Ansatz ohne Bezug zur Makroökonomie“, mein Sidiki Daff. „Die Armutsbekämpfungsprogramme von Weltbank und anderen intervenieren unabhängig und ohne Abstimmung unter dem machtlosen Blick des Staates, der seine nationalen Armutsbekämpfungsprogramme nicht finanzieren kann.“

„Die Behandlung der Armut kann nicht an private Organisationen delegiert werden“, meint auch Universitätsprofessor Momba Coumba Dip. „Es ist nicht möglich, zu einer praktikablen Politik der Ar-

### Armutsbekämpfung ohne Staat ist nicht möglich

Nur bei offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen hatten Interventionen von UN-Strukturen gelegentlich eine gewisse unterstützende Wirkung, wie z.B. bei der Verweigerung der Anerkennung für traditionelle arabische Dörfer in Israel. Weder bei der Bewältigung von Erdbeben-Folgen etwa im japanischen Kobe noch bei der Integration von Behinderten und andren Ausgeschlossenen haben die hehren Grundsätze von Rio, Istanbul oder der WHO in den Augen der Betroffenen irgendeine Wirkung auf die nationale Politik. Und: Für fast alle ist die wirtschaftliche Globalisierung und Liberalisierung das eigentliche globale Thema.

### Siedlungen kaum Thema bei Prepcoms

Sieht man sich den bisherigen Verlauf des WSSD-Vorbereitungsprozesses an, gewinnt man den Eindruck, dass dieser oben beschriebenen Wahrnehmung ein entsprechendes Desinteresse bei den internationalen Konferenzen entspricht. In schroffem Kontrast zu ihrer Bedeutung in der Agenda 21 und ihrer strategischen Integrationsfunktion für Umwelt und Entwicklung kommt die Wohnraum- und Siedlungsentwicklung im bisherigen Vorbereitungsprozess zum WSSD nur am Rande vor. Zwar plant das UN Habitat Programm eigene Veranstaltungen, so das „Urban Forum“ Ende April in Nairobi. Gegen die Dominanz der „großen“ Themen im Kontext von Umwelt, Verarmung und Globalisierung kann sich der dezentrale und besonders partizipative, im Kern auf die Stärkung endogener Potentiale gerichtete Habitat-Ansatz einer nachhaltigen Armutsüberwindung aber kaum durchsetzen.

Nach einer gewissen Hoffnung auf den UN-Reform-Prozess in den 90er Jahren hat sich unter den städtischen Sozialbewegungen allenthalben Ernüchterung breit gemacht. Der Streit um das letzte Komma in einer internationalen Erklärung erscheint wenig attraktiv, wenn die wirtschaftliche Liberalisierung zur gleichen Zeit die letzten Voraussetzungen zerstört, in den Slums und Elendsquartieren zu einer abgestimmten Siedlungspolitik zu kommen.

Auch für die städtischen Sozialbewegungen ist die Anti-Globalisierungs-Bewegung als internationaler Bezugspunkt an die Stelle von UN-Konferenzen getreten. Dies ist sicher auch Ausdruck einer großen Nähe zu lokalen Erfahrungen und Anforderungen. Die Bewohnerorganisationen befinden sich in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu klassischen NGOs.

Die einschlägigen UN-Erklärungen zu Habitat erscheinen abgesehen von ihrer Unverbindlichkeit hinreichend. Der eigentliche Skandal ist das globale Vollzugsdefizit und eine Politik, die den wortreichen Aufrufen und Selbstverpflichtungen oft diametral entgegensteht. Während die WSSD-Vorbereiter von neuen Anläufen einer nachhaltigen Entwicklung reden und Ökologen immer mehr auf Marktstrategien setzen, befinden sich die Bewohnerbewegungen vielerorts in einem Verteidigungskampf gegen die Privatisierung öffentlicher Dienste, Versorgungs- und Infrastrukturen. Wo dieser Kampf verloren ist, ist die Aussichtslosigkeit einer nachhaltigen Armutsbekämpfung ohne starken öffentlichen Sektor offensichtlich.



mutsbekämpfung zu kommen und gleichzeitig für weniger Staat zu optieren. Im Gegenteil, mehr und besseres staatliches Engagement ist erforderlich.“ Armutsbekämpfung ist also ohne Staat nicht möglich

### **Privatisierung von öffentlichem Wohnraum**

Zahlreiche Gesellschaften mit einer Phase sozialstaatlichen Engagements hatten in den Zeiten von Wirtschaftswachstum öffentliche Wohnungsbauprogramme geschaffen. Die Ergebnisse können wegen ihrer oft schlechten sozialen und ökologischen Qualität, der gebauten Disziplinierung der Bewohner und im Süden aufgrund ihres Scheiterns am Wohnungsnotproblem vielfältig kritisiert werden. Diese Wohnungen sind jedoch ein wesentlicher Teil des vorhandenen Stadtbestandes und zumindest in den industrialisierten Ländern ist ein ausreichendes Angebot an öffentlich kontrollierten Wohnungen Grundvoraussetzung für die Wohnraumversorgung der ärmeren Bevölkerungsschichten. Seit Jahrzehnten wird an in zahlreichen Ländern an seiner Privatisierung gearbeitet. Immer wieder führt dies zu heftigen Widerständen.

In GROSSBRITANNIEN wurden seit 1980 zahlreiche kommunale Wohnungen zu Discountpreisen an die Mieter verkauft. Zugleich wurde der Neubau von kommunalen Wohnungen gestoppt, es gab immer weniger Sozialwohnungen. Die Armen wurden noch stärker konzentriert. In KANADA wurden große Bestände des Sozialen Wohnungsbaus privatisiert. Es kam dort in den letzten Jahren zu heftigen Mieterprotesten, die zum Teil auch Erfolg hatten.

In POLEN wurde der Wohnungsbestand einer ganzen Stadt zwangsversteigert. Ein beispielloser Mieterprotest zwang die Regierung, die Wohnungen an die Stadt zurückzugeben.

Die härtesten Konsequenzen sind aus ÄGYPTEN zu melden. Dort wurden ehemals staatliche Fabriken privatisiert, die alten Arbeiter durch billigere ersetzt. Mit den Jobs verloren sie dann auch ihre Werkwohnungen. Mehrere hundert Familien wurden allein in Port Said zwangsgeräumt.

In RUSSLAND wurde in vielen Städten 40 % des staatlichen Wohnungsbestan-

des an die Mieter privatisiert. Nun ist aber niemand in der Lage, für die Instandsetzung der großen Mietskasernen zu sorgen. Mieterorganisationen versuchen jetzt, genossenschaftliche Lösungen zu finden.

### **Verkäufe sind Sorge No.1 der Mieterorganisationen**

DEUTSCHLAND steht diesen Trends inzwischen in nichts nach. Die ehemals staatlichen Unternehmen Bahn und Post veräußerten ihren gesamten Wohnungsbestand – zum Teil an internationale Kapitalgruppen. Viele Kommunen haben ihre kommunalen Bestände oder Beteiligungen an kommunalen Unternehmen am Markt veräußert oder planen dies zu tun. Ehemals werkverbundenen Unternehmen wie Viterra haben sich von Wohnraumverwaltungen für die Arbeitnehmer in zunehmend global agierende Immobilienspekulanten verwandelt. Sie kaufen öffentliche Wohnungen und verkaufen aus ihrem Bestand zu überhöhten Preisen an die verängstigten Mieter.

Zugleich hat innerhalb nur weniger Jahre ein gigantischer Konzentrationsprozess im privaten Sektor eingesetzt. Der Multi Eon will mit der Viterra (180.000 Wohnungen) an die Börse, das größte börsenorientierte europäische Immobilienunternehmen WCM erwarb öffentliche Beteiligungen, einflussreiche Anteile an seinem Hauptkonkurrenten und plant die Übernahme des Werkwohnungsbestandes von Thyssen/Krupp.

Mehr und mehr Wohnungsunternehmen – öffentliche wie private – orientieren sich an Shareholder-Value-Interessen und kalkulieren mieterfeindliche Nachverdichtungen, vor allem aber Bestandsverkäufe und Umwandlungen in Eigentumswohnungen in ihre Gewinnstrategien ein. Nach hohen Investitionen in der Zeit der Wohnraumkrise und wirtschaftlichen Fehlern befinden sich etliche öffentliche Unternehmen in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Die Folgen der Staatsschuldenübertragung auf die Wohnungswirtschaft in Ostdeutschland sind noch nicht überwunden, da wird den verbliebenen öffentlichen Unternehmen die alleinige Last des Abrisses von mehreren hunderttausend Wohnungen aufgebürdet.

Diese Prozesse haben zu vielen Beunruhigungen unter den betroffenen Mietern

geführt. In Gebieten mit ausreichendem Ersatzangebot verlassen die Mieter nach Umwandlungen oft scharenweise ihre angestammte Wohnumwelt und hinterlassen Leerstände. Andere fühlen sich trotz hoher Preise, ungenügender Vorbereitung und Finanzierung zum Kauf ihrer Wohnung genötigt. Über steigende Zwangsversteigerungszahlen wird berichtet. Generell verliert der deutsche Markt immer mehr von seinen Niedrig-Preis-Sektoren zur Versorgung der ärmeren Bevölkerungsschichten.

Die denkbare Alternative zum Einzelverkauf – die Bildung von Genossenschaften – wird im Unterschied zum Einzeleigentumserwerb nur sehr beschränkt gefördert und ist zudem für die betroffenen Nachbarschaften eine nur Ausnahmefällen zu meisternde Organisationsaufgabe.

Für die Mieterbewegungen in Deutschland ist innerhalb weniger Jahre die Auseinandersetzung mit Privatisierungen und Konzentrationsprozessen zu einer Hauptaufgabe geworden. Nach dem faktischen Ende des Sozialen Wohnungsbaus und der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit werden die kommunalen Unternehmen als letzte Reserve für eine öffentlich beeinflussbare Wohnraumpolitik gesehen. In etlichen Städten wurden und werden Bürgerbegehren gegen die Veräußerung kommunaler Unternehmen durchgeführt.

Von einigen wird bewusst eine Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit hergestellt. Hier zeigt sich besonders deutlich, wie wichtig dieses Thema auch innerhalb der Vorbereitungen für Johannesburg sein müsste. Denn ohne einen kommunalen Wohnungsbestand kann ein zugleich sozialer und ökologischer Umbau der Städte kaum gelingen. Die Alternative heißt Zersiedlung und extreme soziale Polarisierung.

Nur ganz am Rande wird in Deutschland freilich auch ein globaler Kontext entdeckt. Die massiven transnationalen Konzentrationsprozesse der Wohnungswirtschaft in der letzten Zeit machen deutlich, dass auch hier die Zeichen auf Globalisierung stehen.

*Knut Unger*

Der Autor ist einer der Koordinatoren der AG Habitat des Forums Umwelt & Entwicklung

## Veranstaltungen/Termine

### Fundraising und Umweltschutz

*Fachtagung für Natur- und Umweltschutzverbände*

25. – 26. März 2002

*Diakonische Akademie Deutschland, Berlin*

Eine Umfrage im Vorfeld dieser Fachtagung zu Fundraising und Umweltschutz bei ca. 70 Bundesverbänden für Umwelt- und Naturschutz stieß auf breite Resonanz. Die Vertiefung der Fundraising-Praxis, aber auch die Diskussion um politische Voraussetzungen wurden gewünscht. Das Ergebnis ist diese Fachtagung, die die meistgenannten Themen aufgreift und ein Forum für die politische Diskussion bietet. Die Bedingungen für das Fundraising stehen am ersten Tag im Mittelpunkt. Am zweiten Tag laden Expertinnen und Experten von Umwelt- und Naturschutzverbänden zum Erfahrungsaustausch über den Fundraising-Alltag ein. Die Teilnahmegebühr beträgt € 100 (2 Tage) und € 70 (1 Tag).

*Informationen:*

FUNDNET

Schudomastr. 5

12055 Berlin

Tel.: 030-69041761

Fax: 030-69041760

E-Mail: [info@FundNet.de](mailto:info@FundNet.de)

[www.FundNet.de](http://www.FundNet.de)

### Geschlechterverhältnisse, Umwelt und nachhaltige Entwicklung – Beiträge zum Gender Mainstreaming

*Kongress*

23./24. April 2002

Berlin

Das FrauenUmweltNetz (in Zusammenarbeit mit der AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung) lädt ein zu einem Kongress zum Themenkomplex Gender (Mainstreaming), Umwelt und nachhaltige Entwicklung.

Der Kongress soll ein Forum für Informationen und Diskussionen über laufende und geplante Aktivitäten zu diesem Themenkomplex bieten, den Austausch über in-

haltliche Fragen, konkrete Projekte, Erfahrungen und Strategien ermöglichen und zur Vernetzung beitragen.

Folgende Programmpunkte sind vorgesehen: Die Schritte zur Umsetzung des Gender Mainstreaming im Bundesumweltministerium wird die Staatssekretärin Gila Altmann skizzieren. Projekte des Bundesumweltministeriums (Gender Impact Assessment) und des Umweltbundesamtes (Workshopreihe Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit) und deren (Zwischen-) Ergebnisse werden vorgestellt. Den Zusammenhang zwischen Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit verdeutlichen und konkretisieren Ines Weller, Uni Bremen und Sabine Hofmeister, Uni Lüneburg. Arbeitsgruppen, begleitet von Ex-

pertinnen, vertiefen anschließend einzelne Aspekte aus diesem Themenkomplex wie z.B. Konsum, Zeit, Mobilität, vorsorgendes Wirtschaften. In zwei „Talk“-runden stellen Vertreter/innen von Umweltverbänden bzw. Kommunen und Bundesländern ihre Aktivitäten zum Gender Mainstreaming im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung zur Diskussion.

Begleitet wird der Kongress von einem „Markt der Möglichkeiten“. Hierzu sind wir alle Interessierten herzlich eingeladen, eigene Projekte, Ideen und Aktivitäten zum Themenkomplex „Gender – Umwelt – Nachhaltigkeit“ auf der dafür vorgesehenen Ausstellungsfläche zu präsentieren. Der Kongress wird finanziert vom Umweltbundesamt.

*Informationen:*

Angela Fuhrmann

Life e.V./FrauenUmweltNetz

Tel.: 069-97785878

(Kongressorganisation)

E-Mail:

[umweltnetz@life-online.de](mailto:umweltnetz@life-online.de)

[www.frauenumweltnetz.de](http://www.frauenumweltnetz.de)

### Unternehmen Nachhaltigkeit – Von der Vision zur Praxis

*Fachtagung*

25. – 26. April 2002

Konzerthaus, Freiburg

Im September dieses Jahres wird der „World Summit on Sustainable Development“ in Johannesburg stattfinden – 10 Jahre nach Rio, 3 Jahre nachdem der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan vor dem Weltwirtschaftsforum seinen „Global Compact“ präsentierte. Vor und auf dem Nachhaltigkeitsgipfel richtet sich das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf den Beitrag der Unternehmen zu einer nachhaltigen Entwicklung. Viele Unternehmen werden im Vorfeld des Gipfels noch die Chance nutzen wollen, ihre Handlungsansätze im Nachhaltigkeitsbereich zu optimieren.

Frederick Dubie – UN Global Compact, Dr. Thilo Bode – langjähriger Geschäftsführer von Greenpeace International und Peter Knoedel – Vorstandsmitglied von BP Deutschland sind einige Teilnehmer der eröffnenden Podiumsdiskussion und lassen eine spannende Debatte rund um Unternehmen, Nachhaltigkeit und gesellschaftspolitische Prozesse erwarten. In den themenspezifischen Diskussionsforen besteht die Gelegenheit, neue Methoden zur Umsetzung von Nachhaltigkeit speziell im Kommunikations-, Produktentwicklungs- und Personalbereich kennen zu lernen. Weil nachhaltige Entwicklung nicht ohne Dialog denkbar ist, vor allem nicht ohne den Dialog unterschiedlicher Interessen, sind Repräsentanten aller gesellschaftl-



### Umweltfestival Unter den Linden und Dorf der Nachhaltigkeit

#### Aktionstag, 2. Juni 2002, Berlin

Das Umweltfestival Unter den Linden, das Ziel der Fahrradsternfahrt ist, wird dieses Jahr mit einem „Dorf der Nachhaltigkeit“ um einen weiteren Höhepunkt ergänzt. Das Dorf soll ein Schauplatz für die vielfältigen Aktivitäten der Kampagnenmitglieder werden, die das Motto der Kampagne „Globale Gerechtigkeit nachhaltig gestalten“ den Menschen vor Ort näher bringen. Machen Sie mit bei der Gestaltung des Dorfes. Das Dorf wird auf einem geeigneten Platz Unter den Linden im Rahmen des Umweltfestivals aufgebaut und besteht aus verschiedensten Ständen, die sich dem Thema der Nachhaltigen Entwicklung widmen werden. Wie ein echtes Dorf wird es in der Mitte einen zentralen Platz geben, der von den Ständen umschlossen wird. Besucher sollen durch ein vielseitiges Bühnenprogramm angelockt werden. Zehntausende von BesucherInnen werden durch das Dorf ziehen, sie bieten ein breites Spektrum neuer Kontakte und Austauschmöglichkeiten.

Wir möchten alle Umwelt- und Entwicklungsverbände einladen, das Dorf der Nachhaltigkeit durch Stände, Aktionen und Ausstellungen mitzugestalten. Die Infrastruktur des Dorfes wie Strom-, Wasseranschluss etc. wird zentral durch die Veranstalter organisiert. Ein Infostand kostet ca. 20 Euro.

*Informationen:* Forum Umwelt & Entwicklung

Am Michaelshof 8-10

53177 Bonn

Tel.: 0228-359704

Fax: 0228-92399356

E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)

[www.rio-10.de](http://www.rio-10.de)

[www.forumue.de](http://www.forumue.de)





## Veranstaltungen/Termine

cher Gruppen eingeladen. Die Teilnahmegebühr beträgt 200 zzgl. Mwst, eine Ermäßigung ist möglich.

Informationen:

Öko-Institut e.V.

Jahrestagung 2002

PF 6226

79038 Freiburg

Tel.: 0761-45295-22

Fax: 0761-475437

E-Mail: [m.tronnier@oeko.de](mailto:m.tronnier@oeko.de)

[www.oeko.de](http://www.oeko.de)

### Internationale Kulturwerkstatt – Wasser ist mehr als H2O

Seminar

17. – 20. Mai 2002

Hoisbüttel, Hamburg

Wasser ist Ursprung und Quelle des Lebens. Ohne Wasser ist kein Leben möglich, aber es kann auch Leben bedrohen und zerstören. Der alltägliche Umgang mit Wasser und seine symbolische Bedeutung in verschiedenen Kulturen und Religionen, aber auch die Konflikte, die im Kampf um Wasser entstehen - dies sind Aspekte, die wir auch bildnerisch und musikalisch aufgreifen werden.

Informationen:

Martha Schramm

E-Mail:

[eed@haus-am-schueberg.org](mailto:eed@haus-am-schueberg.org)

### 26. Deutscher Naturschutztag 2002: Biologische Vielfalt – Leben in und mit der Natur

Fachveranstaltung

17. – 21. Juni 2002

Congress Centrum, Hannover

Die Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio hat 1992 Begriffe wie Nachhaltigkeit und Biologische Vielfalt in die öffentliche Diskussion gerückt. Das globale Aktionsprogramm Agenda 21 und die Biodiversitätskonvention haben im Gefolge herausragende Bedeutung für den Naturschutz auf internationaler und nationaler Ebene erlangt. Der 26. Deutsche Naturschutztag will nach 10 Jahren Bilanz ziehen: das Geschehene analysieren, aktuelle Entwicklungen darstellen und Konsequenzen für die zukünftige Arbeit im und für den Naturschutz ableiten. Aufbauend auf dem aktuellen Kenntnisstand wird diese zentrale Fachveranstaltung des Naturschutzes einen umfassenden Überblick über Arbeitsbereiche, Instrumente und Strategien des Naturschutzes vermitteln.

Es werden Fachvorträge zu folgenden Themen im Plenum mit anschließender Diskussion gehalten: Nachhaltige Entwicklung und Übereinkommen über die Biologische Vielfalt; Nachhaltige Ent-

wicklung – eine Chance für mehr Naturschutz; Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes; Nachhaltigkeit, Biologische Vielfalt und Naturschutz. In parallelen Fachveranstaltungen (Arbeitskreise, Workshops, Seminare) werden den Teilnehmern im kleineren Kreis aktuelle Informationen vermittelt und Möglichkeiten zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch gegeben. Im Hinblick auf das Generalthema des DNT werden u.a. folgende Schwerpunkte angeboten:

Ziele, Struktur und Möglichkeiten der Biodiversitätskonvention; Schwerpunkte des novellierten Bundesnaturschutzgesetzes und ihre Umsetzung; Naturschutzverträgliche regionale Entwicklung im Lichte der neuen Agrarpolitik; Bildung und Kommunikation für Nachhaltigkeit und Biologische Vielfalt; Lebenskonzepte und Ethik im Naturschutz; Internationaler Naturschutz – Instrumente und Handlungsfelder.

Ein Empfang der niedersächsischen Landesregierung, Ausstellungen und Poster ergänzen die

inhaltlichen Schwerpunkte. Aktionen der Naturschutzverbände, ein Rahmenprogramm der Landeshauptstadt Hannover sowie Sendungen des NDR-Hörfunks begleiten den 26. Deutschen Naturschutztag. Folgende Exkursionen sind geplant: Zweitägige Exkursion in die Diepholzer Moorniederung und zum Dümmer vom 21. – 22. Juni 2002 (mit 1 Übernachtung); Zweitägige Exkursion in die Lüneburger Heide und zur Elbe vom 21. – 22. Juni 2002 (mit 1 Übernachtung); Kurzexkursion am Abend des 18. Juni 2002 - Fledermäuse; Halbtages-Exkursionen am Nachmittag des 19. Juni 2002: Fließgewässer Leine; Hannoversche Moorgeest; Stadtkultur Kronsberg; Steinhuder Meer; Herrenhäuser Gärten. Tagungsgebühren: 40 €; Studierende etc. 20 €

Informationen:

Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN)

Konstantinstr. 110

53179 Bonn

Tel.: 0228-8491-116

Fax: 0228-8491-200

E-Mail: [BeckerA@bfn.de](mailto:BeckerA@bfn.de)



### Berlin fährt Rad – Traditionelle Fahrradsternfahrt „Auf dem Weg nach Johannesburg“

Fahrradsternfahrt, 2. Juni 2002, Berlin

Diese Fahrradsternfahrt wird seit 1995 von der Grünen Liga Berlin und dem ADFC Berlin in Verbindung mit dem Umweltfestival anlässlich des Tages der Umwelt durchgeführt. Die beiden Veranstalter stellen die diesjährige Sternfahrt unter das Motto „Auf dem Weg nach Johannesburg“. Über 50.000 RadfahrerInnen werden Berlin in ein Fahrradparadies verwandeln. Wir möchten Sie dazu aufrufen, diese Sternfahrt mit fantasievollen Beiträgen mit zu gestalten, damit sie zu einer gewaltigen Demonstration der politischen Forderungen an den Johannesburg Gipfel wird.

Informationen:

Forum Umwelt & Entwicklung

Am Michaelshof 8-10

53177 Bonn

Tel.: 0228-359704

Fax: 0228-92399356

E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)

[www.rio-10.de](http://www.rio-10.de)

[www.forumue.de](http://www.forumue.de)



### Countdown für Johannesburg

Konferenz

31. Mai – 1. Juni 2002

Umweltforum Friedrichshain, Berlin

In Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung werden Entwicklungs- und Umweltverbände mit nationalen und internationalen Gästen ihre Forderungen für Johannesburg formulieren und auf den Weg bringen. Ein Programm wird in Kürze erscheinen. Alle Interessierten sind herzlich willkommen.

Informationen:

Forum Umwelt & Entwicklung

Am Michaelshof 8-10

53177 Bonn

Tel.: 0228-359704

Fax: 0228-92399356

E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)

[www.rio-10.de](http://www.rio-10.de)

[www.forumue.de](http://www.forumue.de)

### Mit Kindern die Natur erleben! Großer NAJU Naturerlebnis- wettbewerb – „Erlebter Früh- ling 2002“

Vorhang auf für den Erlebten Frühling 2002! Auch in diesem Jahr hat die Naturschutzjugend (NAJU) wieder vier spannende Frühlingsboten ausgewählt. Diesmal teilen sich Buntspecht, Rotbuche, Rote Waldameise und Siebenschläfer den gemeinsamen Lebensraum „Wald“. Kinder im Alter zwischen 5 und 15 Jahren sollen hinaus in die Natur gehen, den Wald entdecken und erforschen. Außer dem Erlebnis sollen rund um die Frühlingsboten kreative und phantasievolle Projekte gestaltet werden. Die Kinder können sich alleine oder zusammen mit Freunden anmelden. Natürlich ist es auch möglich, ein Gruppenprojekt mit der ganzen Schulklasse oder der Kindergarten-Gruppe durchzuführen. Einsendeschluss für alle Beiträge ist der 30. Juni 2002.

Zum Wettbewerb gibt es umfangreiches pädagogisches Begleitmaterial: Ein Klassensatz besteht aus einem Plakat, 25 Kinderheften und einer Arbeitshilfe für Lehrer oder Betreuer. Das Kinderheft ist selbstverständlich auch einzeln erhältlich. Als Hauptpreis feiert Christoph Biemann von der „Sendung mit der Maus“ lustige Partys mit den Gewinnern. Außerdem beteiligt sich das Aktionsforum „Glasperpackung“ mit einer Familienreise nach Berlin und einer tollen Klassenfahrt.

Informationen:

NAJU-Bundesgeschäftsstelle  
Stichwort „Erlebter Frühling“

Heike Hildebrand  
Herbert-Rabius-Str. 26  
53225 Bonn

Tel.: 0228-4036193

E-Mail: Heike.Hildebrand@NAJU.de

www.erlebter-fruehling.de



### 10 Jahre nach Rio – Rote Karte für den Tourismus?

Der Tourismus lebt wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig von schönen Landschaften und der Gastfreundschaft der Menschen in den Zielgebieten. Das allein müsste ihn zum Vorreiter der nachhaltigen Entwicklung machen, wie sie auf dem Erdgipfel in Rio 1992 von der Staatengemeinschaft beschlossen wurde. Heute, angesichts der insgesamt dürftigen Ergebnisse des Rio-Prozesses, ist der Tourismus mehr denn je gefordert, ist er doch in den letzten Jahren zum wichtigsten Wirtschaftszweig und Arbeitgeber der Welt avanciert. Die rasante Entwicklung des Tourismus geht indessen klar auf Kosten der lokalen und globalen Umwelt und allzu oft auch zu Lasten der breiten Bevölkerung in den Gastregionen. Zwar bemühen sich immer mehr touristische Anbieter in Nord und Süd um einen schonenderen Umgang mit der Umwelt. Die Trendwende im Tourismus, wie sie für eine nachhaltige Entwicklung notwendig wäre, ist jedoch nicht in Sicht.

Zum Zeitpunkt der Bilanz zehn Jahre nach der Rio-Konferenz droht dem Tourismus eine rote Karte: Ein Platzverweis als deutlicher Appell an die Adresse der verantwortlichen Akteure des Tourismus, ins Training zurückzukehren, um „fair play“ zu üben und den Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten, der ihnen als VertreterInnen des führenden Wirtschaftszweiges zukommt! Das meinen die VertreterInnen von Organisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, die sich im Rahmen des Netzwerkes DANTE (Die Arbeitsgemeinschaft für eine Nachhaltige Tourismus-Entwicklung) kritisch mit Tourismus befassen. Im Hinblick auf den Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung (WSSD), der im Sommer 2002 in Johannesburg/Südafrika stattfinden wird, legen sie zehn Leitsätze mit Forderungen an alle Verantwortlichen für eine zukunftsfähige Entwicklung des Tourismus im 21. Jahrhundert vor. Das Strategiepapier orientiert sich

an zehn der wichtigsten Themen, die auf dem WSSD auf der Tagesordnung stehen werden, hinterfragt die spezifischen Wechselwirkungen mit dem Tourismus und stellt Postulate für die künftige Entwicklung zur Diskussion. Das Strategiepapier wurde erstellt durch die AG Rio+10: Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung – Basel; FernWeh – Freiburg i. Br.; respect – Wien; TOURISM WATCH – Bonn. Als Broschüre ist das Strategiepapier ab Februar 2002 in deutsch und englisch gegen Versandkosten erhältlich.

Bezug:

TOURISM WATCH,  
Ulrich-von-Hassell-Str. 76,  
53123 Bonn,  
Tel.: 0228-81012303,  
Fax: 0228-8101160,  
E-Mail: tourism-watch@eed.de,  
www.tourism-watch.de

### Bonner Umwelt- und Eine-Welt- Gruppen stellen sich vor

Die Broschüre im praktischen Taschenformat ist 100 Seiten stark und stellt ein Verzeichnis mit insgesamt 50 Bonner Vereinen und Verbänden aus den Bereichen Agenda 21; Frieden & Entwicklung; Umweltschutz vor. Sie wird kostenlos verteilt (Selbstabholer) oder kann gegen einen Betrag von 2,- Euro für Porto und Versand beim Ökozentrum Bonn angefordert werden.

Bezug:

Ökozentrum Bonn e.V., Adenauer Allee 58,  
53113 Bonn,  
Tel.: 0228-692220,  
Fax: 0228-9768615,  
E-Mail: umwelt@oez-bonn.de

### Entwicklung braucht Finanzierung – Der Beitrag der Entwicklungsfinanzierung zur Erreichung der 2015-Ziele

Dieses Positionspapier in deutsch und englisch ist von deutschen, österreichischen und schweizer Nichtregierungsorganisationen im Hinblick auf die UN-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung (FfD) im März 2002 in Monterrey/Mexiko verfasst worden. Dabei unterstützen die o.g. NRO den am-

## Publikationen

bitionierten Ansatz der UN, eine Weltkonferenz mit einer umfassenden Agenda zur Diskussion aller für die Entwicklungsfinanzierung des nächsten Jahrzehnts wichtigen Fragen zu veranstalten. Für diese Konferenz muss der Beschluss eines Aktionsplanes mit konkreten Verpflichtungen für Industrie- und Entwicklungsländer und die Schaffung geeigneter Instrumente zum Monitoring der Umsetzung dieser Verpflichtungen im Vordergrund stehen. Richtschnur dieses Positionspapiers sind die im Mai 1996 vom Entwicklungsausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) formulierten und auf dem UN-Millenniumsgipfel im September 2000 von der gesamten Staatengemeinschaft unterstützten Ziele, den Anteil der absolut Armen bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu senken und bis zu diesem Zeitpunkt auch weitere wesentliche Fortschritte für eine soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Die deutsche Bundesregierung hat sich diese Internationalen Entwicklungsziele für das Jahr 2015 mit ihrem im April 2001 veröffentlichten „Aktionsprogramm 2015“ nachdrücklich zu eigen gemacht. Mit diesem Hintergrund richten sich die NRO mit 17 Forderungen an die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, mit Blick auf die 2015-Ziele im Vorbereitungsprozess der UN-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung eine aktive und konstruktive Rolle einzunehmen.

Bezug:

VENRO-Geschäftsstelle,  
Kaiserstr. 201,  
53113 Bonn,  
Tel.: 0228-946770,  
Fax: 0228-9467799,  
E-Mail: sekretariat@venro.org,  
www.venro.org,  
(kostenlos).

### Brücken für die Zukunft – Ein Manifest für den Dialog der Kulturen

Zum Abschluss des UN-Jahres des Dialogs zwischen den Kulturen ist Ende 2001 dieses Dokument er-



schiene. Eine von UN-Generalsekretär Kofi Annan berufene Gruppe von zwanzig bedeutenden Persönlichkeiten hat dieses Manifest verfasst – vergleichbar mit dem Bericht der Nord-Süd-Kommission (Brandt-Report) oder dem Bericht des Club of Rome. Die Autoren überwinden die Thesen von Unausweichlichkeit des „Kampfes der Kulturen“ und des „Endes der Geschichte“. Sie plädieren für einen Dialog der Kulturen als einzige Chance für eine friedliche Zukunft und entwerfen eine Weltordnung der kooperativen Politik. Dieses einmalige Dokument ist Aufruf und Vorbild zugleich, den Dialog der Kulturen entschlossen aufzunehmen. Der globalpolitische Bedeutung des Werkes wird unterstrichen durch ein Vorwort von Bundesaußenminister Joschka Fischer.

**Bezug:**  
Stiftung Entwicklung und Frieden,  
Gotenstr. 152,  
53175 Bonn,  
ISBN 3-10-009640-1,  
www.sef-bonn.org oder  
www.s-fischer.de,  
€ 10.

 **Access & Benefit Sharing: Zugang und Vorteilsausgleich - das Zentrum des Konfliktfelds Biodiversität**

Verglichen mit anderen Umweltthemen wie Klima, Atomkraft oder (Tropen-) Wälder hat das Thema Biodiversität in Deutschland bislang einen relativ geringen Stellenwert. Dies gilt sowohl für die breitere Öffentlichkeit als auch für

die wissenschaftlichen und politischen Fachdiskussionen. Bei genauerem Hinsehen mag dies erstaunen, denn das Interesse an biologischer Vielfalt und insbesondere an einer ihrer „Komponenten“, den genetischen Ressourcen, ist durchaus vorhanden. Neben dem Naturschutz haben auch die Agrar- und Pharmaindustrie sowie damit verbundene Forschungsinstitute ein erhebliches Interesse am Zugang zu genetischen Ressourcen und an einer effektiven internationalen Biodiversitätspolitik. Die geringe öffentliche Bedeutung könnte damit zusammenhängen, dass die Problematik der biologischen Vielfalt immer noch weitgehend als eine des Natur und Artenschutzes thematisiert wird.

Beim Thema biologische Vielfalt geht es jedoch nicht nur um deren Schutz, sondern auch um ihre Nutzung und die Verteilung der Gewinne aus ihrer Nutzung. Dies besagt die auf der UNCED 1992 unterzeichnete und Ende 1993 in Kraft getretene Konvention über die biologische Vielfalt (CBD). Internationale Biodiversitätspolitik ist der Sache nach zwar wesentlich älter, gewann aber nach dem Inkrafttreten der CBD eine stärkere Dynamik. Zwei zentrale Fragen, nämlich die nach dem Zugang zu biologischer Vielfalt und dem gerechten Vorteilsausgleich (access & benefit sharing), standen im Oktober 2001 in Bonn auf der Tagesordnung einer internationalen Konferenz.

Diese Studie dient zunächst dem Zweck, die Bedeutung dieses Themas für die Biodiversitätspolitik im Ganzen verständlich zu machen. Darüber hinaus geht es auch darum, angesichts der Komplexität der zu verhandelnden Sachverhalte und der relativen Offenheit vieler damit verbundener Fragen die wesentlichsten Konfliktlinien nachzuzeichnen und die politische Brisanz dieses Prozesses herauszuarbeiten.

**Bezug:** Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228-359704, Fax: 0228-92399356, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, (kostenlos).

**Enno legt los! – Intelligente Energienutzung in der Schule CD-Spiel**

Das Energie- und Umweltzentrum hat ein Energie-Mangament-Computerspiel „Enno legt los! Intelligente Energienutzung in der Schule“ entwickelt. Schülerinnen und Schüler von 12 bis 18 Jahren sollen lustvoll ins Thema intelligente Energienutzung eingeführt werden. Durch richtiges Spielverhalten wird der günstigste Energieverbrauch an der Bildungseinrichtung erzielt.

Enno läuft auf Rechnern ab 1997 (ab Windows 95): Pentium 100 MHz mit 32 MB RAM und 12x-CD-Laufwerk – zur Not reicht auch ein 4x-CD-LW. Die Kinder sollen auch Spaß an der Geschwindigkeit haben: die Spieldauer ist, in möglichst einer Stunde bis zu 146 Taler für die richtige Einstellung von Licht, Wärme und Fenstern in den Schulgebäuden zu sammeln.

**Bezug:**  
Energie- und Umweltzentrum e. V.,  
Stefan Raspini,  
31832 Springe,  
Tel.: 05044-975-16,  
Fax: 05044-975-66,  
E-Mail: raspini@e-u-z.de,  
www.e-u-z.de/enno,  
€ 8,90/11,50 zzgl. VK.

**Wishful Thinking – Umwelt & Entwicklung 10 Jahre nach Rio**

Die aktuelle Ausgabe Nr. 259 der nord-süd-politischen Zeitschrift iz3w hat u.a. den Themenschwerpunkt „Umwelt & Entwicklung 10 Jahre nach Rio“. Als vor knapp zehn Jahren beim UN-Umweltgipfel in Rio der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ seine beispiellose Karriere begann, glaubten selbst kritische Ökologinnen an seine positive Wirkung. Heute, wenige Monate vor der Rio+10-Konferenz in Johannesburg, herrscht Ernüchterung. Weder beim Klimaschutz noch bei der Armutsbekämpfung sind - global betrachtet - wirkliche Fortschritte zu verzeichnen. Die von Umwelt- und Entwicklungsministerien, WissenschaftlerInnen und NGO als Allzweckwaffe eingesetzte Parole von der Nachhaltigkeit erwies sich als bloßes wishful thinking. Der aktuelle Themenblock widmet sich der Entwick-

lung der Nachhaltigkeitsdebatte und der Misere der Umweltpolitik. Themen im Schwerpunkt: Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg; Gespräch mit Jürgen Maier und Wolfgang Sachs über den Rio-Prozess; Ökologie zwischen Markt, Sicherheit und Gerechtigkeit; Feministische Perspektiven auf nachhaltige Entwicklung; Kosten des nachhaltigen Tourismus; Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum. Weitere Themen im Heft: Politik und Ökonomie: Wahlterror in Zimbabwe; Aufstand in Argentinien; Kaschmir-Konflikt dient Musharraf zur Herrschaftssicherung; Geschichtspolitik und Revisionismus in Indien; Die Ziellostigkeit der Intifada; Islamismus Teil 2; Wegzeichen des Terrors in Ägypten; Die Geschichte islamistischer Gewalt in Algerien; Jihad im Internet. Kultur und Debatte: Zum Verhältnis von Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus; Weltmusik und ihre Rezeption; Interview mit Asian Dub Foundation.

**Bezug:**  
Iz3w- Verlag und Redaktion,  
Postfach 5328,  
79020 Freiburg,  
Tel: 0761-74003,  
Fax: 0761-709866,  
E-Mail: info@iz3w.org,  
www.iz3w.org,  
€ 4.



**Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet – Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren**

Die Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung ist zu einem beherrschenden Thema in Wissenschaften und Politik geworden. Auch wenn das Leitbild der Nachhaltigkeit weitgehend anerkannt

ist, so gehen doch die Vorstellungen darüber weit auseinander, was dies jeweils für konkrete Ziele, Strategien oder Handlungsprioritäten heißt. In diesem Buch wird ein integratives Konzept der Nachhaltigkeit vorgestellt, das seinen Ausgangspunkt in einer gleichrangigen Betrachtung inter- und intragenerativer Gerechtigkeit nimmt. Über Zukunftsfähigkeit wird nicht alternativ in der ökologischen, ökonomischen oder sozialen Dimension von Nachhaltigkeit entschieden, sondern in einer komplexen Verknüpfung zwischen ihnen. Hierbei ergibt sich die Notwendigkeit einer expliziten Berücksichtigung der politisch-institutionellen Dimension. Die Autoren präsentieren ein in sich geschlossenes Konzept, das sich in seiner Sichtweise und Interpretation des Leitbilds von vorhandenen Ansätzen deutlich unterscheidet und diese weiterentwickelt. Das Konzept erstreckt sich auf das Grundgerüst einer integrativen Operationalisierung, auf die Formulierung und Begründung eines Systems von Nachhaltigkeitsregeln und auf dessen Operationalisierung in Form von Indikatoren.

Die Reihe „Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektiven für Deutschland“ macht die Ergebnisse einer langfristig angelegten Forschungstätigkeit der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren (HGF) Interessenten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit zugänglich und bildet ein Forum zur weiteren, durch Forschung unterstützten gesellschaftlichen Verständigung über Nachhaltige Entwicklung.

Bezug: Im Buchhandel,  
ISBN: 3-89404-571-X,  
edition sigma,  
rainer bohn verlag,  
Karl-Marx-Str. 17,  
12043 Berlin,  
Tel.: 030-6232363,  
Fax: 030-6239393,  
€ 25,46.

### Ernährung sichern durch Zukunftsfähige Landwirtschaft

Diese Publikation ist ein Ergebnis einer Forschungsarbeit, die im Auftrag von Brot für die Welt, Greenpeace Deutschland und

dem UK Department for International Development erstellt wurde. Eine kleine Gruppe von Wissenschaftlern begleitete die Auftragsvergabe und den Forschungsprozess. Sie zeigt das hohe Potenzial auf, welches eine alternative, an den Bedürfnissen der Armen orientierte und an die Bedingungen der Standorte angepasste Bodenbearbeitung für die Ernährungssicherung im Süden hat. Ein wesentliches Ergebnis ist, dass mit den alternativen Methoden der Bodenbearbeitung bei natürlicher Bewässerung 50-100 Prozent höhere Erträge erzielt werden können. Auch bei künstlicher Bewässerung sind die Erträge signifikant steigerbar. Die Untersuchungen waren umfassender als bei früheren Studien dieser Art. Insgesamt wurden weltweit mehr als 200 Projekte, die mehr als 9 Millionen Haushalte umfassen, untersucht.

Im Gegensatz zur industrialisierten und kapitalintensiven Landwirtschaft mit zuweilen umweltschädlichem Eintrag an Agrarchemie ist die Nachhaltige Landwirtschaft ideal auf die Bedingungen der armen Landbevölkerung in Afrika, Asien und Lateinamerika zugeschnitten. Zwar sind keine so großen Überschüsse wie bei der industrialisierten Landwirtschaft möglich. Doch ist sie, wie sich aus der Studie schließen lässt, in der Lage, jenen signifikanten Teil der Weltbevölkerung, der heute Hunger leiden muss, die Selbstversorgung und Ernährungssicherung zu ermöglichen. Darüber hinaus leistet sie übergeordnete, globale Aufgaben für die Bodenkonservierung, den Klimaschutz und die Schonung der natürlichen Ressourcen. Schon aus diesem Grund wäre die Politik schlecht beraten, wollte sie auf die bewusste Förderung von Nachhaltiger Landwirtschaft verzichten, um sich angeblichen Zwängen des Freihandels unterzuordnen.

Bezug: *Brot für die Welt*,  
Stafflenbergstr. 76,  
70184 Stuttgart,  
Tel.: 0711-2159-0,  
E-Mail:  
j.brandstaeter@brot-fuer-die-welt.org,  
bfdwrelu@brot-fuer-die-welt.org

### Neuerscheinung der Bildungszeitschrift 21 - Das Leben gestalten lernen

Was kann Schule dazu beitragen SchülerInnen zur Übernahme einer aktiven Rolle in der Gesellschaft zu aktivieren? Das zeigt zum Beispiel Olaf-Axel Burow im aktuellen Themenheft Zukunft der Zeitschrift 21 - Das Leben gestalten lernen. Die Schule der Zukunft kann nach Burow nur eine wirkliche „Gestaltungsgemeinschaft“ sein, wenn sie von organisatorischen Fesseln wie Klassenstruktur und Unterrichts im 45-Minuten-Takt befreit wird. Der Weg dahin kann nur in kleinen Schritten begonnen werden.

Die Materialein dieses Heftes liefern engagierten Pädagoginnen sowie SchülerInnen geeignete Bausteine. Eine Auseinandersetzung mit der Delphie-Studie oder die Durchführung einer Zukunftswerkstatt macht SchülerInnen selbst zu Zukunftsforschern. Einen spannenden Abriss über die Entstehung und Entwicklung der Zukunftsforschung vom Orakel zu Delphi über Jules Verne bis hin zur Quantenrevolution gibt Fritz Heidorn, Geschäftsführer von econetur, in seinem einleitenden Bericht.

Bezug:  
*21 - Das Leben gestalten lernen*,  
Ausgabe 1/2002: *Zukunft*  
Hrsg. von der Koordinierungsstelle des BLK-Programms „21“,  
Berlin, 2002-02-19  
76 Seiten DIN A4,  
reich illustriert, 8 Euro zzgl.  
Versandkosten  
Ökom Verlag [www.oekom.de](http://www.oekom.de)



### Energie und Nachhaltige Entwicklung

Angeregt durch den vom Forum Umwelt & Entwicklung und der Heinrich Böll Stiftung durchgeführten Dialog-Workshop zu nachhaltiger Energienutzung, anlässlich der sechsten Klimakonferenz (COP VI), ist diese Broschüre entstanden. Sie spannt einen Bogen von der neunten Konferenz der Kommission für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (CSD) 2001, bis hin zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002. Mit der CSD 9 wurde das Thema



Energie und Nachhaltige Entwicklung auf der Agenda der Vereinten Nationen hoch angesiedelt. Dieser Zeitraum bietet der internationalen Gemeinschaft die entscheidende Chance, das Fundament für ein globales Abkommen und einen Aktionsplan zur Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung im Energiebereich zu legen. Autoren aus unterschiedlichen Ländern befassen sich in dieser Broschüre mit den Hintergründen und den wichtigsten Fragestellungen zu diesem Thema. Unterstrichen wird die Bedeutung der Problematik durch Beispiele aus Ländern wie Ghana, wo die Abhängigkeit von Ölimporten Entwicklung verhindert, Nigeria, wo trotz großer Öl- und Gasvorkommen die Menschen hungern müssen und Ungarn, wo durch alte Machtinteressen ein Umbau des Energiesektors nicht voran kommt.

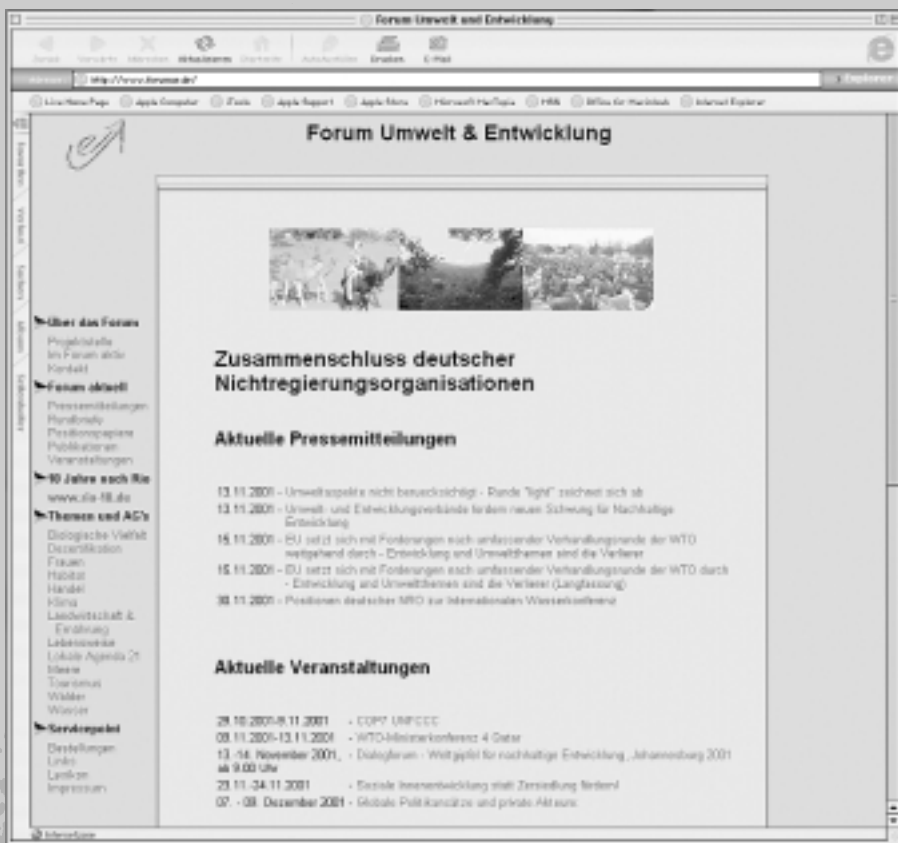
Bezug:  
*Forum Umwelt & Entwicklung*,  
Am Michaelshof 8-10,  
53177 Bonn,  
Tel.: 0228-359704,  
Fax: 0228-92399356,  
E-Mail: [info@forummue.de](mailto:info@forummue.de),  
Internet: [www.forummue.de](http://www.forummue.de),  
(kostenlos).



# www.forumue.de

Die neue Internetseite des Forums Umwelt & Entwicklung wird in den nächsten Wochen weiter ausgebaut und aktualisiert. Neu hinzugekommen ist

unter anderem die Möglichkeit, Publikationen direkt aus dem Internet über ein email-Formular zu bestellen; das Lexikon wurde erweitert.



Die neue Internetpräsenz des Forums ist online - mit neuem Layout und deutlich schneller als bisher: <http://www.forumue.de>